

SPD SPD SPD
SPD SPD SPD

**PROGRAMMENTWURF
ZUR LANDTAGSWAHL 2018**

SPD SPD SPD

SPD SPD S

**ZUKUNFT IM KOPF,
BAYERN IM HERZEN.**

Bayern

SPD

 **BAYERNSPD
BAYERNSPD.DE**

1		
2	Zukunft im Kopf –Bayern im Herzen	3
3	Bayern zum Land mit den besten Arbeitsbedingungen machen!.....	7
4	Wohnraumoffensive Bayern: Bezahlbar Wohnen im Freistaat	11
5	Familie ist vielfältig	14
6	Kein Kind darf in Armut aufwachsen – Kindergrundsicherung einführen!	14
7	Beste Bildung von Anfang an - kostenfrei und in höchster Qualität	15
8	Bildung, Hochschule und Kultur	18
9	Bildung und Schule.....	18
10	Hochschulen, Wissenschaft und Forschung.....	20
11	Kulturpolitik	21
12	Generationen Hand in Hand	23
13	Jugendpolitik	23
14	Senior*innenpolitik.....	24
15	Engagement.....	26
16	Integration heißt Werte teilen	28
17	Sprache, Bildung und Arbeit sind Grundlagen für die Integration	28
18	Integration entscheidet sich vor Ort	29
19	Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.....	29
20	Für ein soziales Bayern: Rente, gute Gesundheit und Pflege im Freistaat	31
21	Wohnortnahe Gesundheitsversorgung – gleichwertige Lebensbedingungen.....	31
22	Gute, verlässliche und würdige Pflege	32
23	Verlässliche, solidarische Rente	34
24	Mut zu Fortschritt und Veränderung: Klima-, Umwelt- und Naturschutz für Bayern	35
25	Umwelt	35
26	Verbraucherschutz	36
27	Landwirtschaft	37
28	Tierschutz	39
29	Bayern der Zukunft: In wirtschaftliche Entwicklung investieren, Rahmenbedingungen	
30	sicherstellen	41
31	Wirtschaft.....	41
32	Digitales	42
33	Energie.....	43
34	Infrastruktur und Verkehr	44
35	Solide Landesfinanzen.....	46
36	In eine gute Zukunft für die Menschen in Bayern investieren.....	46

1	Verschuldung abbauen – Handlungsspielräume für die Zukunft schaffen	47
2	Bayerns Einnahmen sichern – Steuergerechtigkeit im Blick	48
3	Bayern: Sicher leben – Bürgerrechte stärken	50
4	Katastrophenschutz und Feuerwehr	52
5	Die Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit der Justiz stärken	52
6	Mehr Demokratie und Transparenz in Bayern	54
7	Für eine offene und tolerante Gesellschaft	55
8	Rechtsextremismus bekämpfen:	55
9	Gleichstellung ist Verfassungsauftrag	58
10	Queeres Bayern	60
11	Die inklusive Gesellschaft menschenwürdig und sicher gestalten	60
12	Gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land	63
13	Kommunen und Ländlicher Raum: Gut Leben vor Ort	63
14	Bezirke als dritte kommunale Ebene stärken	65
15	Europapolitik: Denn Bayern ist mittendrin	65
16		
17		

1 **Zukunft im Kopf**

2 **Bayern im Herzen**

3

4 Bayern ist ein starkes Land. Wir haben uns viel aufgebaut. Nicht zuletzt wirtschaftliche
5 Stärke und Wohlstand. Darauf sind wir zu Recht stolz. Bayerns Stärke eröffnet Möglichkeiten
6 und schafft Verantwortung. Diese Möglichkeiten müssen wir nutzen. Dieser Verantwortung
7 müssen wir gerecht werden. Denn Stärke ohne Solidarität ist nur Egoismus – und das ist
8 nicht unser Bayern.

9

10 Die meisten von uns leben gut hier in Bayern. Wir wollen Bayerns wirtschaftliche Stärke
11 erhalten und für die Zukunft sichern. Und wir wollen dafür sorgen, dass alle in Bayern nicht
12 nur den Erfolg erarbeiten, sondern auch etwas davon haben.

13

14 Bayern lebt von seinen Werten: Nächstenliebe und Solidarität, Weltoffenheit und Toleranz,
15 Liebe zur Freiheit und ein wacher Sinn für Gerechtigkeit. Diese Werte sind unser
16 Ausgangspunkt. Sie müssen in jeder politischen Entscheidung spürbar sein.

17

18 Wir haben die Zukunft im Kopf. Wir wollen sie gemeinsam mit den Menschen in Bayern
19 gestalten. Dafür braucht es mehr Ernsthaftigkeit und Sachorientierung. Mehr
20 Gesprächsoffenheit und Wertschätzung. Mehr Menschlichkeit und Toleranz.
21 Kurz: Einen neuen politischen Stil für Bayern.

22

23 Mit diesem Programm soll Bayern noch stärker werden. Dazu müssen wir mehr
24 Zusammenhalt schaffen, unsere Vielfalt als Kraftquelle nutzen, Bayern zur Heimat für alle
25 machen, die hier leben – und vor allem die kleinen und großen Hürden überwinden, die
26 Menschen in Bayern tagtäglich vorfinden.

27

28 **Veränderung gestalten: Zukunft im Kopf**

29

30 Bayern verändert sich, wie auch die Welt um uns herum: Die Digitalisierung verändert
31 unsere Arbeitsplätze und unser Freizeitverhalten. Menschen ziehen aus ganz Deutschland
32 und darüber hinaus nach Bayern und vom Land in die Städte. Neue Technologien machen
33 uns mobiler und helfen uns, miteinander in Kontakt zu bleiben.

34

35 Dieser dynamische Wandel bringt Chancen für Bayern. Diese Chancen müssen wir nutzen.
36 Aber gleichzeitig bringt er Herausforderungen die wir lösen müssen: Der Zuzug in die Städte
37 macht Wohnraum knapp und teuer. Er bringt Nahverkehr, Kinderbetreuung,
38 Bildungseinrichtungen und vieles andere an die Belastungsgrenzen. Viele Menschen sorgen
39 sich, ob sie mit den Veränderungen der Arbeitswelt mithalten können. Sie spüren
40 zunehmenden Druck – sei es am Arbeitsplatz oder während ihrer Ausbildung.

41

42 Die Unterschiede der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land, zwischen den
43 boomenden Metropolen und dem ländlichen Raum, sind in den letzten Jahren zu groß
44 geworden. Und überall in Bayern geht die Schere zwischen Arm und Reich immer stärker
45 auseinander.

46 Wir nehmen diese Veränderungen nicht einfach hin. Wir gestalten den Wandel.

47 Wir sorgen dafür, dass in Bayern niemand abgehängt wird. Deshalb wollen wir Wohnungen
48 bauen, mehr Kinderbetreuung schaffen, das Angebot an Bussen und Bahnen ausbauen.

1 Und wir sorgen dafür, dass keine Region in Bayern zurückbleibt: Wir stärken Schulen,
2 Nahverkehr und Pflege im ländlichen Raum. Mit schnellem Internet und besten
3 Verkehrsverbindungen sorgen wir dafür, dass Menschen dort leben und arbeiten können, wo
4 sie das wünschen.
5 Wir machen aus den technischen Veränderungen von heute, sozialen Fortschritt von
6 morgen. Mit einem Recht auf Weiterbildung und starkem Schutz von Arbeitnehmer*innen im
7 digitalen Kapitalismus.

8
9 Dafür steht die BayernSPD: Bayern erfolgreich in die Zukunft führen. Mit klaren Antworten
10 und fortschrittlichen Ideen für die vielfältigen Herausforderungen. Und dafür, alle solidarisch
11 an der Gestaltung zu beteiligen.

12

13 **Bayerns Stärke nutzen: Mehr Zusammenhalt schaffen**

14

15 Bayern ist am stärksten, wenn wir zusammenhalten. Darum geht es uns: Mehr Gemeinschaft
16 schaffen, füreinander da sein – und auch ein neuer Umgangston.

17

18 Wir stehen für eine Politik, die Menschen stark macht in ihrem täglichen Leben. Aus unserer
19 Geschichte wissen wir, was Solidarität bewirkt und erreicht. Wir sichern gute Arbeit und
20 bauen sie zu guten Bedingungen gemeinsam aus. Wir erneuern den Vertrag zwischen den
21 Generationen und führen ihn in eine sichere Zukunft für alle. Wir sorgen dafür, dass alle
22 unabhängig von ihrem Einkommen oder Wohnort die beste Gesundheitsversorgung
23 bekommen.

24

25 Und Zusammenhalt heißt für uns auch, dass wir einen besonderen Blick auf jene haben, die
26 unsere gesellschaftliche Kraft besonders brauchen. Menschen mit niedrigerem Einkommen
27 oder knapper Rente. Das gilt für Familien und Alleinerziehende. Das gilt für Kinder,
28 Jugendliche und junge Erwachsene, die in diesem starken Land alle Chancen bekommen
29 sollen. Das gilt für Menschen, die keinen guten Arbeitsplatz finden oder nicht wissen, ob sie
30 ihre Beschäftigung behalten können. Armut darf im wohlhabenden Bayern keinen Platz
31 haben.

32

33 Mehr Zusammenhalt heißt für uns bezahlbaren Wohnraum schaffen, vor allem durch
34 eigenen Wohnungsbau des Freistaats.

35

36 Mehr Zusammenhalt heißt für uns Familien zu unterstützen und Kindern Chancen zu geben
37 mit einer Kindergrundsicherung und kostenfreien Kindertagesstätten.

38

39 Mehr Zusammenhalt heißt für uns Arbeitsplätze sichern und Menschen fit machen für die
40 Anforderungen der Arbeitswelt von morgen. Und einen Anspruch auf Weiterbildung.

41

42 Mehr Zusammenhalt heißt für uns, Menschen die nach Bayern kommen, die Chance zu
43 geben, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen – auch wenn ihr Aufenthaltsstatus
44 noch nicht geklärt ist.

45

46 Mehr Zusammenhalt heißt für uns, Menschen Sicherheit zu geben und damit die
47 Gemeinschaft als Ganzes stärken. Diese Sicherheit schafft auch Offenheit für Neues,
48 Neugier auf Veränderungen und Kraft, etwas für andere zu tun.

49

1 **Bayerns Identität: Die Vielfalt der Lebensentwürfe**

2
3 Bayern ist ein besonderes Land. Wir haben eine starke Identität und diese Identität liegt in
4 unserer Vielfalt. Eine vermeintliche „Leitkultur“ gab es im demokratischen Bayern nie und wir
5 brauchen auch keine. Der Staat hat nicht die Aufgabe, Religion und Weltanschauung zu
6 regeln.

7
8 Wir stehen zum Grundgesetz und zur Bayerischen Verfassung als Grundlagen unseres
9 Zusammenlebens. Diese Werteordnung gilt für alle, die hier leben. Auf dieser Basis
10 entfaltetet sich die Vielfalt unserer Lebensentwürfe: In Stadt und Land, religiöser oder
11 weltlicher, traditioneller oder moderner – so, wie wir eben leben wollen.

12
13 Diese Vielfalt und die Toleranz gegenüber anderen Lebensentwürfen macht unser Bayern
14 stark.

15 **Unser Bayern: Heimat für alle**

16
17
18 Bayern ist unsere Heimat. Für manche von uns von Geburt an. Für manche von uns ist
19 Bayern Heimat geworden. Beides ist uns gleich viel wert.

20
21 Heimat ist das Dorf, in dem wir leben. Und Heimat bewahren heißt, dass wir Arbeit, Bildung,
22 Freizeit und Pflege dort ermöglichen, wo Menschen in Bayern leben wollen.

23
24 Heimat ist das Stadtviertel, in dem wir leben. Und Heimat bewahren heißt, dass niemand aus
25 seinem Viertel verdrängt werden soll.

26
27 Heimat ist mehr als ein Ort, Heimat ist Gemeinschaft, Sicherheit und Zusammenhalt. Unser
28 Verständnis von Heimat richtet sich deshalb nicht gegen andere Menschen oder Teile der
29 Bevölkerung.

30
31 Bayern ist immer wieder Heimat geworden: Für Hugenott*innen und Sudet*innen. Für
32 Italiener*innen und Türk*innen. Für Rheinländer*innen und Berliner*innen. Und für viele
33 andere. Sie alle haben Bayern mitgeprägt und mitgestaltet. Sie haben dazu beigetragen,
34 Bayern zu einem so starken Land zu machen.

35 In Bayern geben wir Menschen eine Heimat. Unser Handwerk, unser Mittelstand und unsere
36 Industrie brauchen die Einwanderung von Fachkräften. Ihnen wollen wir das Ankommen und
37 Einleben so einfach wie möglich machen.

38
39 Das gilt auch für Menschen, die in ihrer angestammten Heimat nicht mehr leben können. Wir
40 tun das aus Verantwortung, aus Menschlichkeit, aus Nächstenliebe. Weil Bayerns Stärke
41 Verpflichtung ist, mehr für die Schwachen und Verfolgten zu tun.

42 **Modernes Bayern: Ein neuer Stil**

43
44
45 Bayern braucht einen neuen politischen Stil und einen sachlichen Umgang mit den
46 Herausforderungen. Wir wollen den Zusammenhalt in Bayern ganz praktisch stärken. Wie
47 das geht, beschreiben wir konkret in diesem Programm.

1 Wir wollen Bayern gestalten – mit den Menschen die hier leben. Dazu gehört ein neuer Stil:
2 Ernsthaftigkeit und Wertschätzung im Umgang miteinander – unter Politikerinnen und
3 Politikern wie mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wir hören zu und nehmen Sorgen und
4 Probleme ernst. Wir diskutieren und wir suchen gemeinsam mit den Bürgerinnen und
5 Bürgern nach Lösungen.

6

7 Politische Maßnahmen müssen in erster Linie wirksam sein. Zu oft werden in der
8 bayerischen Politik Scheinlösungen präsentiert, die nur auf schnellen Applaus zielen und die
9 Problem nicht lösen. Zu oft werden öffentliche Mittel nach dem Gießkannenprinzip verteilt
10 und nicht für die Menschen eingesetzt, die wirklich Unterstützung brauchen. Ein neuer Stil
11 heißt auch: Effizientes Handeln statt Symbolpolitik. Gezielte Investitionen statt Klientelpolitik.
12 Ehrlichkeit im Umgang mit den Grenzen politischer Gestaltungsmöglichkeiten statt falscher
13 Versprechungen.

14

15 Wir machen Politik im Dialog – nicht von oben herab. Den Dialog führen wir auf der Basis
16 klarer Werte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir stehen für eine offene und tolerante
17 Gesellschaft. Wir stehen für eine Gemeinschaft, die niemand ausschließt. Auf Basis dieser
18 Werte machen wir Politik.

19

20 Und das heißt auch: Wir wollen es nicht allen rechtmachen, nicht immer mit allen einer
21 Meinung sein. Aber wir nehmen alle ernst, die unsere Ansichten nicht teilen. Aber das gilt in
22 beide Richtungen: Wer demokratische Spielregeln nicht akzeptiert, anderen Meinungen ihre
23 Berechtigung abspricht und Intoleranz predigt, kann nicht unser Gesprächspartner sein. Mit
24 allen anderen aber ringen wir um den richtigen Weg.

25

26 Wir wollen unsere Heimat für alle erhalten und stark machen. Mit guten Arbeitsplätzen,
27 bezahlbarem Wohnraum und mehr Unterstützung für Familien. Wir wollen Digitalisierung und
28 Innovationen so einsetzen, dass die unsere Heimat sozialer und lebenswerter machen.

29

30 Dafür steht die BayernSPD: Wir haben die Zukunft im Kopf und Bayern im Herzen.

1 **Bayern zum Land mit den besten Arbeitsbedingungen machen!**

2
3 Wir werden gute Arbeit gestalten. **Gute Arbeit ist ein Teil des Lebens sie macht das**
4 **Leben nicht zu einem Teil der Arbeit. Gute Arbeit und faire Löhne sind der beste**
5 **Schutz vor Armut.** Daher sorgen wir dafür, dass das sozial abgesicherte und tariflich
6 bezahlte unbefristete Arbeitsverhältnis für die bayerischen Arbeitnehmer*innen wieder der
7 Normalfall wird. Denn Bayern geht es wirtschaftlich so gut, weil die Menschen hier engagiert
8 und fleißig sind – und dafür sollen sie auch in der Arbeitswelt belohnt werden.

9
10 Wir sagen: Gute Arbeit ist machbar durch

- 11
- 12 • Gute Tarifverträge und Mitbestimmung für alle Arbeitnehmer*innen
- 13 • angepasste Arbeitszeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- 14 • Das Recht auf Weiterbildung
- 15 • Das Zurückdrängen von Niedriglöhnen, Scheinselbständigkeit und Missbrauch
- 16 von Leiharbeit und Werkverträgen
- 17 • Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung
- 18 • Die Abschaffung aller Ausnahmen beim Mindestlohn
- 19 • Bildung für die digitale Kompetenz unserer Kinder in Schulen, die das mit
- 20 guter personeller und sachlicher Ausstattung vermitteln
- 21 • Ein Tariftreuegesetz – denn der Freistaat muss Vorbild für gute Arbeit sein
- 22 • Ausbau der Kombination von Teilzeitarbeit und Teil-Erwerbsunfähigkeitsrente
- 23 damit der Arbeitsplatz auch erhalten bleibt bei gesunkener Leistungsfähigkeit

24
25 Der Arbeitsalltag hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Wir arbeiten immer schneller
26 und müssen flexibler sein. Unser Wissen veraltet in kürzeren Abständen, Zeit wird immer
27 kostbarer. Auf jedes erreichte Ziel folgt das nächste, das noch ehrgeiziger ist. Es ist die Rede
28 von Wandel gar von Revolution. Einige blicken voller Zuversicht in die Zukunft und sehen neue
29 Möglichkeiten zu kreativem Arbeiten, andere sorgen sich um ihren Arbeitsplatz und ihre
30 Zukunft.

31
32 Wir wollen **eine Umkehr bei der Arbeitszeit:** Das heißt, dass Arbeitnehmer*innen **in jeder**
33 **Lebensphase selbst bestimmen** können, wann und wie lange sie arbeiten. Die
34 Unternehmen dürfen nicht allein entscheiden, was Flexibilität für Arbeitnehmer*innen und
35 konkret für deren Leben bedeutet. Familie und Beruf müssen miteinander vereinbar sein - für
36 Männer und Frauen. Hierfür brauchen wir echte Flexibilität und nicht immer längere und
37 häufig unbezahlte Arbeitszeiten. **Unser Ziel bleibt die 30-Stunden-Woche – flexibel und**
38 **selbstbestimmt gestaltet.** Dazu brauchen wir eine andere Kultur und andere Regeln; denn
39 die besten Arbeitnehmer*innen sind nicht diejenigen, die möglichst lange anwesend oder
40 mobil verfügbar sind. Wir brauchen auch eine **Ausweitung der Tarifbindung, und eine**
41 **Stärkung der Mitbestimmung. Bei der Stärkung der Tarifbindung sind uns die**
42 **Sozialberufe besonders wichtig.** Wer unsere Jüngsten groß macht und unsere Älteren
43 begleitet braucht einen **allgemeinen Branchentarifvertrag Soziales und muss endlich**
44 **gut für das bezahlt werden was geleistet wird.**

45
46 Der Arbeitgeber Freistaat Bayern geht mit gutem Beispiel voran: Bei der Stärkung der
47 Mitbestimmung fangen wir mit dem **bayerischen Personalvertretungsgesetz** an. Das ist

1 dringend reformbedürftig. Besonders bei der Mitbestimmung bei Qualifizierung der
2 Beschäftigten einschließlich der Weiterbildung der Personalvertretungen, der
3 Personalbemessung und der weitest möglichen Angleichung an die Betriebsverfassung in
4 vielen Detailfragen. Viele Beschäftigte des Freistaates Bayern erfahren zu wenig oder sogar
5 keinerlei Wertschätzung und Anerkennung obwohl sie so viel für unsere Gesellschaft leisten.
6 Es wird Zeit für einen Neustart. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen,
7 dass der **Freistaat Bayern zum Vorbild als Arbeitgeber** wird. Forschung und Wissenschaft
8 an bayerischen Einrichtungen und Hochschulen werden sich intensiv mit Arbeits- und
9 Arbeitsmarktforschung befassen.

10
11 **Wer Aufträge vom Freistaat Bayern erhalten will, muss Tarifverträge einhalten** und
12 haftet dafür, dass auch die Subunternehmer, die er beauftragt, die gesetzlichen und
13 tariflichen Vorgaben einhalten. Soziale, umweltbezogene oder innovative Anforderungen
14 können zusätzlich zur Bedingung für die Auftragsvergabe gemacht werden. Dafür schaffen
15 wir ein **Tariftreue- und Vergabegesetz**. Nur so werden endlich nicht mehr Steuermittel für
16 schlechte Löhne missbraucht. Nur so werden unsere Steuern in gute Arbeit investiert. Wir
17 treiben das Ende von Kettenbefristungen voran. Dafür werden wir die unsäglichen
18 Befristungen, die Bayern bis jetzt selbst nutzt, abschaffen und auf Bundesebene an der
19 Eindämmung mitwirken.

20
21 Bessere Arbeitsbedingungen müssen auch außerhalb der Betriebe kontrolliert werden. Daher
22 werden wir die Gewerbeaufsichtsämter mit mehr Personal und mehr Rechten ausstatten.
23 Deshalb werden wir eine **Schwerpunktstaatsanwaltschaft Arbeit** gründen.

24 Der **Wandel der Arbeit** fordert gleichzeitig den **Wandel der Bildung** im Rahmen des
25 lebenslangen Lernens: in der Kita, in der Schule, in der Ausbildung, im Studium, im Beruf und
26 in jeder Lebensklage. Gute Arbeit und sichere Arbeitsplätze für alle werden mehr denn je von
27 guter Bildung und Qualifizierung für alle abhängig sein. Deshalb werden wir ein
28 **Weiterbildungsgesetz** schaffen das einen Rechtsanspruch zur Freistellung von
29 Arbeitnehmer*innen zum Zwecke der beruflichen und gesellschaftspolitischen Weiterbildung
30 gesetzlich verankert. Damit sich alle auch nach der Ausbildung und Studium Bildung leisten
31 können und Zeit dafür zur Verfügung haben. Wir schaffen ein **Recht auf Weiterbildung für**
32 **Arbeitnehmer*innen**. Das ist ein wesentlicher Schlüssel, um den Wandel am Arbeitsplatz, zu
33 gestalten. Denn die wichtigsten Expert*innen ihrer Arbeitsbedingungen sind die
34 Arbeitnehmer*innen selbst. Weiterbildung und Mitbestimmung schaffen dafür Freiräume.
35 Bayern muss dazu endlich Unterstützung leisten. Wir werden Netzwerke aufbauen und die
36 Forschung für gute und selbstbestimmte Arbeit an den bayerischen Universitäten ausbauen.
37 Ein Schwerpunkt dabei ist der betriebliche Gesundheitsschutz.

38
39 Wir stehen für **gleichen Lohn für gleiche Arbeit**. Frauen verdienen endlich den gleichen
40 Lohn, wie ihre männlichen Kollegen. Das gilt auch für alle, die durch Leiharbeit,
41 Werkverträge, Projektstellen oder andere Formen von schlechteren Arbeitsbedingungen,
42 weniger verdienen und geringere Rechte haben. Hier hat die Änderung der Gesetze erste
43 Erfolge erzielt. Eine bayerische Staatsregierung muss im Bundesrat aktive Anwältin für
44 gerechte Arbeit sein. **Gute Arbeit ist gerechte Arbeit**. Weil Bayern mitten in Europa liegt,
45 muss auch die EU Garant dafür sein. Wir fordern: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am
46 gleichen Ort. Hierfür brauchen wir eine Entsenderichtlinie, die dies durchsetzt. Arbeitszeit,
47 Ladenschlussgesetz oder Gesetze zum Schutz von Behinderten sind für uns nur
48 verbesserbar - jeden Abbau gesetzlicher Regelungen zum Schutz der arbeitenden
49 Menschen lehnen wir ab.

1
2 **Arbeit fördert die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben - für alle Menschen.** Jedoch
3 haben es einige schwerer, Ausbildung, Weiterbildung und Arbeit zu finden. Wir werden sie
4 unterstützen, denn **niemand darf abgehängt werden.** Dafür werden wir auch einen
5 öffentlichen Beschäftigungssektor aufbauen, der allen die Teilhabe am Erwerbsleben mit einer
6 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sichert.

7
8 Teilhabe zu schaffen ist auch Aufgabe des Freistaats Bayern und nicht nur der Kommunen
9 und der Bundesagentur für Arbeit. Wir werden gemeinsam mit den Jobcentern und den
10 Kommunen die Barrieren beseitigen und individuelle Wege zu Ausbildung, Arbeit und
11 Weiterbildung schaffen. Auch dies gehört zu guter und gerechter Arbeit

12
13 Wir wollen in Bayern eine **Ausbildungsgarantie** mit Umlagefond verwirklichen. Der
14 Anspruch auf eine den eigenen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung ist schon in der
15 Bayerischen Verfassung verankert. Allen Menschen in Bayern, die dies möchten, muss
16 ermöglicht werden, eine duale oder schulische Berufsausbildung aufzunehmen und ohne
17 Ausbildungskosten erfolgreich abzuschließen. Wer Beratung und Hilfe beim Übergang von
18 der Schule ins Berufsleben braucht, muss die notwendige Infrastruktur vorfinden und
19 unkompliziert die Unterstützung erhalten, die benötigt wird, um sich ganz auf die Ausbildung
20 konzentrieren zu können. Die **Mindestauszubildendenvergütung** muss mindestens in
21 Höhe von 80 Prozent der branchenüblichen Vergütung bzw. des vollen, aktuellen
22 Studierenden-BAFÖG-Satzes erfolgen.

23
24 Wir wollen das **Duale System der Berufsausbildung stärken.** In Landeszuständigkeit
25 fallen hier vor allem die Berufsschulen. Die Qualität ihres Angebotes hängt vor allem mit der
26 Verzahnung mit der betrieblichen Ausbildung zusammen. Dort können auch am besten für
27 die vielen besonderen Situationen (Blockunterricht, weite Wege, Fahrkosten,
28 Ausbildungszeiten, Unterbringung usw.) pragmatische Lösungen gefunden werden. Der
29 Freistaat muss entsprechend Mittel zur Verfügung stellen.

30
31 Die Qualität der Ausbildung ist ein zentraler Baustein für das gesamte Arbeitsleben von
32 jungen Menschen. Leider werden **Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz sowie gegen**
33 **das Berufsbildungsgesetz** viel zu selten geahndet, da die Kontrollen und das Personal
34 fehlen. Ausbildungsqualität lässt sich am besten durch Mitbestimmung starker Jugend- und
35 Auszubildendenvertretungen sichern. Doch auch in Betrieben, in denen es keine Jugend-
36 und Auszubildendenvertretung und keinen Betriebs-/Personalrat gibt – zum Beispiel in
37 kleinen Betrieben auf Grund zu geringer Beschäftigtenzahlen - muss die Einhaltung von
38 Gesetzen und Verordnungen kontrolliert werden. Gewerbeaufsichtsämter, die über die
39 Einhaltung der gesetzlichen Regelungen wachen sollten, sind unterbesetzt und überfordert
40 und die, für die Überwachung der Ausbildungsqualität zuständigen Berufskammern sind oft
41 wenig geneigt bei Verstößen gegen die Ausbildungsordnung oder schlicht schlechten
42 Ausbildungsbedingungen gegen die Unternehmen durchzugreifen, die mit ihren
43 Mitgliedsbeiträgen auch die Arbeit der Berufskammern finanzieren. **Gewerbeaufsichtsämter**
44 sind personell so auszustatten, dass es gewährleistet ist, dass sie die Ausbildungsqualität
45 mindestens einmal jährlich in den Ausbildungsstätten kontrollieren können.

46
47 **Berufsbildungsausschüsse** brauchen ein Anhörungsrecht, zudem muss es eine feste
48 Verankerung eines Unterausschusses zur Ausbildungsqualität geben. Der Zugriff auf die
49 Auszubildenden, unabhängig der Strukturen ihres Ausbildungsbetriebes sind die

1 Berufsschulen. Dafür ist es sinnvoll, **Auszubildendenräte** in den Berufsschulen als
2 Partizipationsmöglichkeit zu etablieren. Zusätzlich müssen **Anlaufstellen für**
3 **Auszubildende in den Berufsschulen** gestärkt werden, um in Konfliktsituationen mit dem
4 Betrieb zu vermitteln, bei der Kontaktaufnahme zu Kammern, Gewerkschaften oder
5 Berufsinteressenvertretung zu unterstützen und gegebenenfalls gemeinsam vorgehen zu
6 können. Den **Gewerkschaften** des DGB ist ein gesetzlich verankertes, regelmäßiges
7 Zugangsrecht zur Information der Berufsschüler*innen während der Unterrichtszeit in den
8 Klassen an allen Berufsschulen zu gewähren
9
10 Jeder Fall von **Langzeitarbeitslosigkeit** ist individuell. Daher müssen auch die Beratung,
11 die Strategie und die angewandten Maßnahmen individuell sein. Es ist immer besser, Arbeit
12 statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Für die, die momentan keine Chance auf reguläre
13 Beschäftigung haben, braucht Bayern öffentlich geförderte Beschäftigung mit
14 Lohnzuschüssen und intensivem Coaching. Langzeitarbeitslosigkeit ist vererbbar. Diesen
15 Trend werden wir noch stärker als bisher mit Ansätzen, die die gesamte Familie mit
16 einbeziehen, durchbrechen.

1 **Wohnraumoffensive Bayern: Bezahlbar Wohnen im Freistaat**

2
3 Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen ist eines der drängendsten Probleme in Bayern.
4 Weit über die Großstädte und Ballungszentren in ländliche Regionen hinein steigen Mieten
5 und Wohnungspreise rasant. Familien, Alleinerziehende, Senior*innen, Auszubildende und
6 Studierende, Bezieher*innen niedriger und selbst mittlerer Einkommen können sich Wohnen
7 kaum noch leisten. Dies ist eine Folge davon, dass die CSU im Land über Jahrzehnte die
8 Wohnungsbaupolitik vernachlässigt hat: Es gibt zu wenige Wohnungen, die sich in
9 öffentlicher Hand befinden und zu wenig Instrumente, den Mietanstieg zu reduzieren. Die
10 Wohnungsbauffensiven, die viele Kommunen angestoßen haben, kommen gegen diese
11 Vernachlässigung durch die CSU nicht an.

12
13 Was wir deshalb dringend brauchen, ist eine „Wohnraumoffensive Bayern“! Gebündelt in
14 einem Wohnungsbauministerium wollen wir die Wohnungskrise bewältigen. Dazu werden
15 wir in den nächsten fünf Jahren 100.000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen in Bayern
16 schaffen. Gleichzeitig wollen wir im Bestand den Mietanstieg dämpfen und die Potentiale zur
17 Energieeinsparung nutzen. Unsere Wohnungsbauffensive heißt:

- 18
19 • Wir werden in den kommenden fünf Jahren in einer **landeseigenen**
20 **Wohnungsbaugesellschaft** 25.000 Wohnungen bauen. Diese Gesellschaft wird
21 wirksam vor Privatisierung geschützt. Diese Wohnungsbaugesellschaft baut zum
22 einen auf Grundstücken des Freistaats Mietwohnungen für Personen, die Anspruch
23 auf geförderte Wohnungen haben, und für die Bediensteten des Freistaats. Die
24 Planung dieser Projekte erfolgt in Abstimmung mit den Kommunen und deren
25 Wohnungsbaugesellschaften. Zum zweiten baut diese Wohnungsbaugesellschaft
26 geförderte Wohnungen in Kommunen, die über keine eigene
27 Wohnungsbaugesellschaft verfügen, vor allem auf Grundstücken, die ihr von diesen
28 Kommunen für diesen Zweck vergünstigt überlassen werden.
- 29 • In einem **Flächenkataster des Freistaates** erheben wir, über welche Grundstücke
30 der Freistaat verfügt und welche dieser Grundstücke für Wohnungsbau geeignet sind.
31 Geeignete Grundstücke, auf denen nicht die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft
32 baut, werden **vergünstigt an Wohnungsbaugesellschaften** abgegeben. Diese
33 Flächen müssen für geförderten Wohnungsbau genutzt werden. Wir bevorzugen
34 Erbpacht oder ein Rückkaufsrecht für den Freistaat, wenn die Bindungen für den
35 geförderten Wohnungsbau auslaufen. Damit erhalten wir die Kontrolle über den
36 Boden. Auch den Kommunen wollen wir eine entsprechende Bodenpreispolitik
37 ermöglichen.
- 38 • Wir werden den **geförderten Wohnungsbau** erheblich ausweiten:
- 39 ○ Die Landesmittel für den Wohnungsbau werden wir auf **jährlich 350**
40 **Millionen** Euro erhöhen. Zusätzlich wird es spezifische bzw. ausgeweitete
41 Förderungen für die Barrierefreiheit, inklusive Wohnformen, Studierende,
42 Auszubildende, Seniorinnen und Senioren, Familien sowie für flexible
43 Wohnformen geben.
 - 44 ○ Die **Sozialbindung** geförderter Wohnungen wird erheblich verlängert und
45 **neue Belegungsrechte zugekauft**
 - 46 ○ Bei den Kostengrenzen des geförderten Wohnungsbaus werden wir
47 überprüfen, ob die Baukostenentwicklung und insbesondere die Kosten für die
48 notwendigen Standards bei Barrierefreiheit und Energieeffizienz eine

- 1 Erhöhung nötig machen. Die Förderhöhe wird dann ebenfalls entsprechend
2 angepasst.
- 3 ○ Wir werden regeln, dass die **Grundmiete** im Bereich der
4 Einkommensorientierten Förderung nicht regelmäßig nach dem Mietspiegel
5 bzw. der ortsüblichen Vergleichsmiete angepasst werden dürfen, sondern nur
6 in deutlich niedrigerem Umfang – beispielsweise nach dem Index der
7 Bauunterhaltskosten.
 - 8 ○ **Genossenschaften** – bestehende wie neu gegründete – werden als eigene
9 Säule in das Wohnraumförderungsprogramm aufgenommen.
- 10 ● Wir werden die Möglichkeiten für Kommunen, gemeinsame
11 Wohnungsbaugesellschaft über die Grenzen der Gebietskörperschaften hinweg zu
12 gründen, erweitern. Den Landkreisen ermöglichen wir eine Beteiligung an solchen
13 Gesellschaften. Wir werden außerdem in der Haushaltsaufsicht klarstellen, dass
14 Kreditaufnahmen und bestehende Kredite, die dem Wohnungsbestand von
15 Kommunen zuzurechnen sind, in der Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit
16 der Kommune getrennt von den sonstigen Haushaltsteilen ausschließlich nach
17 wohnungswirtschaftlichen Kriterien beurteilt werden.
 - 18 ● Schwerpunkt des Wohnungsbaus wird der **Geschosswohnungsbau** sein. Dazu
19 werden wir entsprechende Absprachen mit den Kommunen treffen. Damit erreichen
20 wir das Schaffen der dringend notwendigen Wohnungen mit geringer
21 Neuversiegelung von Flächen.
 - 22 ● Wir werden die **bayerische Bauordnung** und ihre Ausführungsbestimmungen
23 vereinfachen. Dazu werden wir prüfen, ob die notwendigen Standards bei
24 Barrierefreiheit, Energieeffizienz und Brandschutz mit weniger detaillierten und
25 kostengünstigeren Vorgaben zu erreichen sind. Generell streben wir eine
26 Vereinfachung der Bauvorschriften an. Auch im Bund werden wir dahingehend aktiv.
 - 27 ● Wir werden die bestehenden Programme des Bundes, der KfW und des Freistaats
28 zum barrierefreien Umbau und zur energetischen Sanierung des
29 Wohnungsbestandes ergänzen. Dabei wird das In-Anspruch-Nehmen der Förderung
30 im Gegenzug die Umlage der Sanierungskosten auf die Miete beschränken. Für das
31 Schaffen altersgerechter und barrierefreier Wohnungen werden wir ein bayerisches
32 **Sonderprogramm „Aufzug statt Umzug“** auflegen. Wir werden außerdem ein
33 Förderprogramm für die Grund- und energetische Sanierung von Wohnungen in den
34 Regionen Bayerns auflegen, in denen die Sanierungskosten nicht über die Miete
35 gedeckt werden können.
 - 36 ● Wir werden die bayerischen Verordnungen und Ausführungsbestimmungen zur
37 **Mietpreisbremse** so überarbeiten, dass dieses Instrument endlich auch in Bayern
38 wirksam eingesetzt werden kann.
 - 39 ● Wir werden ein bayerisches **Wohnungsaufsichtsgesetz** erlassen, das es den
40 Kommunen wirksam ermöglicht, gegen Missstände bei Mietwohnungen vorzugehen.
 - 41 ● Wir werden die **Städtebauförderungsprogramme des Bundes** um Programme zur
42 barrierefreien oder energetischen Sanierung von Quartieren ergänzen sowie um
43 Möglichkeiten, in neu entstehenden oder zu verdichtenden Stadtteilen soziale
44 Infrastruktur zu fördern, wenn diese aufgrund der vergünstigten Abgabe von
45 Baugrund durch Kommunen und Freistaat nicht aus den Erschließungsgewinnen
46 finanziert werden kann.
 - 47 ● Über den Bundesrat setzen wir uns ein für ein **neues Bodenrecht**, für die
48 Möglichkeit, in Bebauungsplänen Vorgaben über den Wohnungsmix festzulegen

1 (Wohnungsgrößen, Mietwohnungen, geförderte Wohnungen), mehr Investitionen
2 auch des Bundes in den geförderten Wohnungsbau, für eine Abschaffung der
3 Spekulationsfrist, für die stärkere Miteinbeziehung von Bestandsmieten im
4 Mietspiegel, die Verschärfung der Mietpreisbremse und eine weitere Absenkung der
5 Modernisierungsumlage. Damit gehen wir den Weg des aktuellen Koalitionsvertrages
6 im Bund konsequent weiter.

- 7 • Die Lebenshaltungskosten in den einigen Zentren und Regionen sind
8 überproportional hoch, so dass auch viele Öffentlich Bedienstete das Einkommen
9 nicht ausreicht. Auch ist es deshalb besonders schwierig, Personal zu gewinnen. Der
10 Freistaat Bayern als Arbeitgeber muss hierauf sowohl hinsichtlich bezahlbaren
11 Wohnraums (zum Beispiel durch Bedienstetenwohnungen) als auch bei den
12 Einkommen reagieren. Versetzungen unter Druck und Nebenjobs sind darauf keine
13 Antwort. Wir werden daher die **Ballungsraumzulage** auf alle Kommunen mit
14 besonders hohen Kosten ausweiten und angemessen erhöhen. Das gilt gerade auch
15 für Berufsanfänger*innen und in Ausbildung stehende Beschäftigte.

16

1 **Familie ist vielfältig**

2
3 Für uns ist Familie da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Hierfür
4 müssen sie unsere Unterstützung bekommen und die notwendigen staatlichen
5 Rahmenbedingungen geschaffen werden:

- 6 • Kinderrechte ins Grundgesetz!
- 7 • Kindergrundsicherung einführen!
- 8 • Kinder und Jugendliche stärker beteiligen!
- 9 • Kostenfrei Kitas und mehr Erzieherinnen und Erzieher!
- 10 • Mehr Zeit für die Familie!
- 11 • Familien finanziell entlasten!

12 13 **Für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft - Kinderrechte stärken!**

14
15 In welcher Familie Kinder aufwachsen hat noch immer großen Einfluss auf ihren späteren
16 Lebensweg. Für uns geht es jedoch darum, für alle Kinder und Jugendliche, die in Bayern
17 leben, gute Verhältnisse und beste Chancen zu schaffen. Sie sollen ihren eigenen
18 Lebensweg finden, sich frei und sicher entwickeln und an unserer Gesellschaft teilhaben
19 können. Dazu gehört auch, **ihre Rechte** wie das Recht auf Bildung, auf Gesundheit, auf
20 Schutz vor Gewalt oder auf Spiel und Freizeit endlich als eigenes Recht im **Grundgesetz**
21 **und der bayerischen Verfassung** zu verankern.

22
23 **Vorbeugen ist besser als heilen.** Deshalb fördern wir Netzwerke zwischen Schulen,
24 Kinderärzt*innen, Kinder- und Jugendhilfe und Gemeinden, um gesundes Aufwachsen und
25 gute Ernährung zu fördern und Missbrauch oder Vernachlässigung zu verhindern. Wir
26 fördern finanziell und organisatorisch die Einrichtung unabhängiger Ombudsstellen, die
27 Eltern und Jugendliche beraten und bei Konflikten mit Jugendämtern vermitteln.

28 29 **Kein Kind darf in Armut aufwachsen – Kindergrundsicherung einführen!**

30
31 Alle Kinder sind uns gleich viel wert. Wir wollen kein Kind zurücklassen, sondern eine
32 umfassende soziale Absicherung, beste Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe.
33 Wir wollen Kinderarmut überwinden und werden Kinder deshalb in den Mittelpunkt unserer
34 Politik stellen. Wir geben in unserem Land viel Geld aus, damit Kinder, Jugendliche und
35 Familien gefördert werden. Leider kommt das Geld nicht immer da an, wo es am
36 dringendsten benötigt wird. Rund 245.000 Minderjährige sind in Bayern armutsgefährdet
37 – trotz der guten wirtschaftlichen Lage.

38
39 Von einigen familienpolitischen Leistungen profitieren vor allem die, die wirtschaftlich
40 ohnehin schon in der Lage sind, ihren Kindern die beste Förderung zukommen zu lassen.
41 Alleinerziehende, Geringverdienende, Arbeitssuchende oder Familien mit mehreren
42 Kindern brauchen mehr Unterstützung. Mit der **Einführung einer Kindergrundsicherung**
43 bündeln wir die vorhandenen Familienleistungen und sorgen dafür, dass Unterstützung
44 endlich zielgerichtet ankommt. Jedem Kind steht ein fester Grundbetrag zu, der Armut
45 verhindert und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Eine Kindergrundsicherung, werden
46 wir nicht alleine in Bayern durchsetzen können. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den
47 SPD-regierten Bundesländern eine Initiative starten, die Kinderarmut verhindert. Das

1 Bündnis Kindergrundsicherung hat Vorschläge, die wir in diesem Rahmen aufgreifen
2 wollen.

3
4 Kinderarmut ist auch immer **Elternarmut**. Wir setzen uns deshalb weiter dafür ein, auch
5 die Situation der Eltern zu verbessern. Unter anderem indem wir die Vereinbarkeit von
6 Familie und Beruf ermöglichen, Betreuungs- und Unterstützungsangebote ausbauen, gute
7 Arbeitsbedingungen durchsetzen, die Regelsätze im ALGII erhöhen und Sanktionen
8 abschaffen.

9 10 **Alle Kinder und Jugendliche müssen teilhaben!**

11
12 Kinder, Jugendliche und Familien müssen ernst genommen werden. Dafür müssen wir vor
13 Ort eine **kinder- und jugendgerechte Ansprache und Beteiligungsformen** entwickeln.
14 In der Schule, bei Klassenfahrten, in Vereinen oder im Jugendzentrum darf es keine Rolle
15 spielen, wie viel die Eltern verdienen. Deshalb müssen wir finanzielle Hürden abschaffen
16 und dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche unbürokratisch die Unterstützung
17 bekommen, die sie brauchen.

18
19 Jugendarbeit und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vor Ort muss fester
20 Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe sein. Auch im ländlichen Raum brauchen wir
21 die Möglichkeit, für Kinder und Jugendliche eigene Projekte zu schaffen und bei der
22 Entwicklung und Gestaltung ihres Umfelds mitzuwirken. Wir wollen die Beteiligung in allen
23 Bereichen – von der Schule über die Kommunen, bei Spielplätzen, Jugendzentren und der
24 Stadtgestaltung – ausbauen und Kinder und Jugendliche unsere und ihre Gesellschaft
25 mitgestalten lassen. Dafür wird das Land gemeinsam mit den Kommunen eine „**Kinder
26 und Jugendbeteiligungs-Strategie**“ erarbeiten.

27 28 **Beste Bildung von Anfang an - kostenfrei und in höchster Qualität**

29
30 Jedes Kind in Bayern hat vom zweiten Lebensjahr an bis zum Schuleintritt das Recht auf
31 Bildung und individuelle Förderung in einer bayerischen Kindertageseinrichtung. Hier wird
32 der Grundstein für eine gelingende Entwicklung und den späteren Bildungserfolg gelegt.
33 Wir sorgen für **ausreichend Plätze für alle Kinder**, die den höchsten Ansprüchen
34 genügen.

35
36 Deshalb brauchen wir eine **Qualitätsoffensive für bayerische Kitas!** Das bedeutet
37 ausreichend und gut qualifiziertes Personal, damit auch in den frühen Morgen- und
38 späteren Nachmittagsstunden Betreuung stattfinden kann und Kitas nicht in den Ferien
39 schließen müssen. Ein deutlich besserer Personalschlüssel ermöglicht kleinere Gruppen.
40 Erzieher*innen können besser arbeiten, wenn sie für Leitungsaufgaben freigestellt werden
41 und Zeit zur Vor- und Nachbereitung und Elternarbeit bekommen. Fachkräfte für
42 besondere Förderung (z.B. Sprache, Musik, Bewegung oder Kinder mit besonderen
43 Bedürfnissen) sollen in die Teams eingebunden werden und mit für gute Bildung sorgen.

44
45 Diese Verbesserungen kommen nicht nur den betreuten Kindern zugute, sondern helfen
46 auch, dem **Fachkräftemangel** im Erziehungswesen entgegen zu treten. Bayernweit
47 fehlen bereits heute rund 11.500 pädagogische Fachkräfte für pädagogisch hochwertige
48 Bildungsarbeit, mit dem weiteren Kita-Ausbau wird sich diese Zahl noch weiter erhöhen.
49 Nötig ist ein **Sofortprogramm für mehr Erzieher*innen**, denn unsere Kinder können

1 nicht warten. Eine attraktivere Ausbildung mit Ausbildungsvergütung muss bayernweit
2 angeboten werden und auch für Quereinsteiger*innen fordern wir eine angemessenere
3 Vergütung. Denn wer mitten im Leben steht, kann nicht von einer Ausbildungsvergütung
4 allein leben.

5 Das Berufsfeld der Erzieher*in muss attraktiver gestaltet und aufgewertet werden. Das
6 schaffen wir durch gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Entlohnung. Hierfür
7 brauchen wir auch eine Neuordnung der Ausbildung. Diese soll in das
8 Berufsbildungsgesetz aufgenommen werden und entsprechend vergütet werden.

9
10 Kindergarten- und **Kita-Besuch wollen wir kostenfrei** stellen, denn Zugang zu Bildung
11 darf nicht vom Geldbeutel der Familien abhängig sein. Die Kommunen bekommen für Kita,
12 Kindergarten und Schulbetreuung Mittel vom Freistaat ersetzt. **Wir werden die**
13 **Finanzierung der Kitas und der Schulbetreuung in Bayern auf eine neue Grundlage**
14 **stellen, die Kinder bedarfsgerecht fördert und den Trägern Planungssicherheit gibt.**
15 Wie in Rheinland-Pfalz, Hamburg und Berlin ist dies ein Beitrag zu Bildungsgerechtigkeit.

16
17 Wir werden den bundesweit für 2025 angekündigten **Rechtsanspruch auf**
18 **Ganztagsbetreuung** im Grundschulbereich früher erreichen und auch auf Kinder bis 14
19 Jahre ausdehnen. Dazu werden wir noch 2019 im Gespräche mit Bund, Kommunen,
20 Schulen, freien Trägern der Jugendhilfe und Elternvertreter*innen klären, in welchem
21 Rechtskreis (Schule oder Jugendhilfe) dieser Anspruch umgesetzt wird bzw. wie
22 Kombinationen aussehen können. Ab 2020 erfolgt die Umsetzung. Die Kosten für den
23 notwendigen Ausbau der Einrichtungen erhalten die Kommunen vom Land erstattet,
24 soweit keine Bundesmittel zur Verfügung stehen. Das ist wichtig, um Familien zu entlasten,
25 Kindern beste Startchancen zu geben und die Rahmenbedingungen für eine bestmögliche
26 Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben zu schaffen.

27 28 **Mehr Zeit für Kinder, mehr Unterstützung für Eltern!**

29
30 Wir brauchen ein Umdenken in der Arbeitswelt, das Familien und Kindern entgegenkommt.
31 Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf sich nicht länger nur an dem Bedarf der
32 Arbeitgeber orientieren, sondern endlich auch an den Wünschen von Familien. Kinder
33 brauchen Zeit für sich, sie brauchen aber auch Zeit mit ihren Eltern.

34
35 **Arbeit, die zum Leben passt.** Wie viel Zeit man für Erwerbsarbeit oder Familienarbeit
36 aufwendet, das entscheidet über Einkommen, Karrierechancen, Berufsbiografien und die
37 spätere Rente. Was wir nicht wollen ist, dass vor allem Mütter sich komplett aus dem
38 Erwerbsleben zurückziehen oder in Minijobs abgedrängt werden. Denn dafür müssen sie
39 später bezahlen: mit ökonomischer Abhängigkeit, mit 50% geringerem Verdienst über die
40 gesamte Lebensarbeitszeit und mit Renten, die mehr als 50% geringer sind als die Renten
41 von Männern. Sondern: Wir unterstützen Eltern, die sich Familien- und Erwerbsarbeit
42 partnerschaftlich aufteilen. Bis zum Erreichen einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung
43 werden wir mit einer **Familienarbeitszeit** Familien dabei unterstützen, mehr Zeit
44 füreinander zu haben und partnerschaftlich die Arbeitszeit zu reduzieren. Sie müssen das
45 Recht haben, weniger zu arbeiten. Damit Zeit bleibt für die Kinder, für gemeinsames
46 Spielen, Sport und Gespräche. Wer Kinder hat, soll nicht doppelt draufzahlen, sondern
47 Unterstützung bekommen, um Arbeit und Familie zu vereinbaren. Das wollen wir auch mit
48 Landesmitteln unterstützen.

1 **Finanzielle Entlastungen im Alltag:** Familien unterstützten heißt auch, sie mit den
2 Alltagskosten nicht alleine zulassen. Bücher- und Kopiergeld, Schulwegkosten, Ausflüge,
3 die größere Wohnung – all das belastet das Familienbudget. Wir wollen Eltern unter die
4 Arme greifen, zum Beispiel durch die vollständige Lehrmittel- und Schulkostenfreiheit,
5 mehr Angebote in Familienstützpunkten, bei haushaltsnahen Dienstleistungen und durch
6 die Anpassung des Steuersystems auf Bundesebene hin zu einem Familiensplitting. Und
7 natürlich durch unserer Wohnungsbauffensive für bezahlbaren Wohnraum in ganz
8 Bayern, die insbesondere auch Familien zugutekommen wird.

9
10 Wir fördern dort, wo unsere Unterstützung wirklich gebraucht wird. Nur unser
11 **Gesamtkonzept** mit einer eigenständigen Grundsicherung für Kinder, guter kostenfreier
12 Kinderbetreuung, guten kostenfreien Ganztagschulen und einem sozial gesteuerten
13 Familiengeld zusammen mit bezahlbarem Wohnen für Familien gibt allen unseren Kindern
14 die besten Chancen für die Zukunft und tritt der Altersarmut von morgen entschieden
15 entgegen.

16
17 **Eine gemeinsame Initiative mit der Wirtschaft:** Familienfreundliche Arbeit bindet
18 Fachkräfte. Deshalb wollen wir bayerische Unternehmen dabei unterstützen,
19 familienfreundlichere Arbeitsbedingungen und Angebote für berufstätige Eltern zu
20 schaffen. Zum Beispiel durch **verlässliche Arbeitszeiten, flexible Arbeitszeitmodelle,**
21 **ein Rückkehrrecht von Teil- auf Vollzeit, den Ausbau von Telearbeit oder neue**
22 **Betriebs-Kitas.** Wer sich auf seinen Arbeitgeber verlassen kann, arbeitet gerne und
23 erfolgreicher. Der **Freistaat Bayern muss mit gutem Beispiel vorangehen** und
24 Familienfreundlichkeit im öffentlichen Dienst flächendeckend ermöglichen.

25
26 **Unterstützung für pflegende Angehörige:** Die Familie ist auch in Bayern der größte
27 Pflegedienst. Von den etwa 350.000 Pflegebedürftigen in Bayern wird fast die Hälfte allein
28 von Angehörigen versorgt. Pflege darf die pflegenden Angehörigen nicht arm oder krank
29 machen. Wir setzen uns für mehr Plätze in der Kurzzeit- und Verhinderungspflege ein,
30 einen Anspruch auf eine befristete Reduzierung der Arbeitszeit und einer
31 Lohnersatzleistung analog dem Elterngeld, um Einkommenseinbußen abzufedern. Aber
32 auch für Angebote zur eigenen Gesundheitsvorsorge, denn auch pflegende Angehörige
33 haben das Recht auf Zeit für Erholung. Dies muss der Bund regeln, wir werden aber
34 entsprechende Regelungen für die Beschäftigten des Freistaats Bayern einführen
35

1 **Bildung, Hochschule und Kultur**

2 Bildung ist ein Menschenrecht und daher eines der höchsten Güter unserer Gesellschaft.
3 Unser Verständnis von guter und hochwertiger Bildung ist ganzheitlich und versteht Lernen
4 als lebensbegleitenden Prozess: moderne Bildungspolitik muss daher die Bildungslaufbahn
5 jedes Einzelnen von Anfang an und ein Leben lang begleiten. Das Bildungsangebot der
6 Zukunft ist ein schlüssiges Gesamtkonzept, das sowohl gut als auch gerecht ist. Unser Ziel ist
7 es, allen Menschen gleiche Bildungschancen zu ermöglichen und niemanden auf dem Weg
8 des Lernens zurückzulassen. Bildung ist der Schlüssel zu einer demokratischen Teilhabe aller
9 Menschen an der Gesellschaft und befähigt sie zu einer aktiven Mitgestaltung:

- 10 • Wir wollen **Schule neu denken** und ein Schulsystem, in dem Leistung gefördert und
11 Chancenvielfalt ermöglicht wird. Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen heißt
12 Bildungserfolg unabhängig von Herkunft, finanziellem Hintergrund und Bildungsstatus
13 der Eltern zu garantieren.
- 14
- 15 • Ziel unserer **Hochschulpolitik ist, hervorragende Ausbildungsbedingungen** in
16 der Breite für alle Studierenden und damit auch die Basis für wissenschaftliche
17 Spitzenleistungen zu schaffen. Hochschulbildung muss für möglichst viele Menschen
18 unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft geöffnet werden.
- 19
- 20 • Wir wollen durch eine Landeskulturpolitik der Offenheit, Transparenz und Beteiligung
21 **Voraussetzungen für die Freiheit der Kunst** schaffen. Dafür werden wir im Dialog
22 mit den Kulturschaffenden eine zeitgemäße und transparente Förderungsstruktur
23 schaffen.

24 **Bildung und Schule**

25 Wir sorgen dafür, dass für alle Schularten **ausreichend Lehrkräfte** zur Verfügung stehen und
26 Unterrichtsausfall vermieden wird. Wir begrenzen die **Klassengröße auf 25 Schüler*innen** in
27 allen Schularten. Wir reduzieren sie weiter, wenn Kinder mit besonderem Förderbedarf
28 besondere Unterstützung brauchen. Lehrkräfte werden künftig durch weitere pädagogische
29 Fachkräfte unterstützt. Alle Schulleitungen bekommen genug Leitungszeit und ausreichend
30 Verwaltungspersonal. Künftig wird jedes Schulsekretariat an allen Schultagen personell
31 ausreichend besetzt sein. Entscheidend für uns ist eine zeitgemäße Fortbildung und
32 professionelle Begleitung der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals.

33 Mit dem Angebot von **Gemeinschaftsschulen** nehmen wir den Druck aus den Grundschulen
34 und sorgen für mehr Chancengleichheit. Für eine Schule, die längeres gemeinsames Lernen
35 ohne Aussieben der Schwächeren und die Teilhabe von Kindern mit und ohne Handicaps
36 ermöglicht brauchen wir neue Lehrer*innenbildung. Wir gehen von der Gleichwertigkeit der
37 Lehrämter aus, sodass der Grundsatz gelten muss: kein Lehramt ohne Masterabschluss. Für
38 uns ist eine intensive Verzahnung von Praxis und Studium von großer Bedeutung.

39 Aufgabe sozialdemokratischer Bildungspolitik ist es, allen Menschen das notwendige
40 Werkzeug an die Hand zu geben, um in einer digitalisierten und automatisierten Arbeitswelt
41 und Gesellschaft zurechtzukommen. Digitale Kompetenzen müssen in die Lehrpläne der
42 Schulen integriert werden. Dazu gehören sowohl Grundkenntnisse der
43 Programmiersprachen und Funktionsweise von Algorithmen, wie auch die Fähigkeit zur

1 kritischen Reflexion des eigenen **Umgangs mit digitalen Endgeräten und eine**
2 **Sensibilisierung für Privatsphäre und Datenschutz sowie ein hohes Maß an**
3 **Medienkompetenz.** Für den schulischen digitalen Methodenmix müssen die Bedingungen
4 geändert werden: Jede Schule muss Bildung 4.0 anbieten können. Dafür benötigt sie nicht
5 nur entsprechende Hardware, sondern auch EDV-Personal, das die Geräte und die Software
6 betreut. Die Lehramtsausbildung für alle Schularten werden wir durch ein Fach „technical
7 education“ ergänzen.

8 Wir begreifen **Vielfalt als Chance.** Kinder mit Migrationshintergrund sind eine Bereicherung
9 und erfordern unsere größtmögliche Aufmerksamkeit. Da Schulerfolg von den
10 Sprachkenntnissen erheblich abhängt, sorgen wir dafür, dass sie beim Erwerb der deutschen
11 Sprache unterstützt werden und auch zusätzlichen Unterricht in ihrer Muttersprache erhalten.
12 Bayern muss die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ernst nehmen und
13 schnellstmöglich inklusive Bildungseinrichtungen schaffen. **Echte Inklusion** gelingt, wenn
14 auf die Bedürfnisse von Schüler*innen und von Lehrkräften gleichermaßen eingegangen
15 wird. Neben baulichen Voraussetzungen gehören dazu multiprofessionelle Teams, die allen
16 Schulen zur Verfügung stehen. Inklusion muss an allen Schularten Wirklichkeit werden.

17 Wir streben eine gründliche **Überarbeitung der Lehrplaninhalte** aller Schularten an, dabei
18 bleibt die Entwicklung der gesamten Persönlichkeit der jungen Menschen im Blick. Für uns
19 geht es nicht darum, Wissen in der Wiedergabe von möglichst vielen Fakten zu verstehen,
20 sondern Wissen zu vernetzen und vielfältige Kompetenzen zu erlernen. Schule ist mehr als
21 nur Wissensvermittlung: Sie ist auch Ort der demokratischen und politischen Bildung. Unsere
22 Kinder lernen, ihre Stimme zu nutzen und sich aktiv einzubringen und mitzumachen.
23 Demokratie kann man nicht nur erlernen, man muss sie auch erfahren. Das geht nur mit
24 einer **starken Schüler*innenmitverantwortung** und einer demokratisch organisierten
25 Schulfamilie.

26 Jedes Kind muss das **Recht auf einen Ganztagschulplatz** erhalten. Gute Ganztagschule
27 ist mehr als Nachmittagsbetreuung. Sie organisiert Lern- und Übungszeiten,
28 Arbeitsgemeinschaften und Freizeitangebote über den ganzen Schultag verteilt, sodass
29 Schüler*innen ausreichend Zeit und Raum für ganzheitliche Bildung und
30 Persönlichkeitsentwicklung haben.

31 Der Dreh- und Angelpunkt für Unterrichtsqualität ist die Schule. Sie muss mehr
32 Verantwortung und Entscheidungsrecht bekommen. Dazu braucht sie auch die nötigen
33 Strukturen und Ressourcen.

34 Demografische Veränderungen und eine zunehmende „Landflucht“ machen es wichtiger
35 denn je, die ländlichen Regionen attraktiv für junge Familien zu halten, indem wir auch kleine
36 Schulstandorte auf dem Land sichern. Wir schaffen flächendeckend ein wohnortnahes
37 Bildungsangebot mit hohen Qualitätsstandards.

38 **Akademische und berufliche Bildung sollen gleichwertig sein.** Dazu werden wir eine
39 Werbeoffensive für den Einstieg in die berufliche Bildung auf den Weg bringen. Im Rahmen
40 der dualen Ausbildung hat der Staat eine große Verantwortung, die Berufsschulen
41 handlungsfähig zu erhalten und für eine gute Personalausstattung zu sorgen.

1 Bildung ist ein Menschenrecht. Wir werden die **Erwachsenenbildung** auf die persönlichen,
2 beruflichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse der Lernenden abstimmen.
3 Erwachsenenbildung beinhaltet damit alle Formen organisierten Lernens nach der Schule, in
4 den gleichrangigen und gleichwertigen Bereichen der allgemeinen, politischen, kulturellen
5 und beruflichen Weiterbildung.
6

7 Hochschulen, Wissenschaft und Forschung

8

9 **Soziale Herkunft und wirtschaftliche Lage der Eltern darf nicht über eine akademische**
10 **Laufbahn entscheiden.** Das Studium muss gebührenfrei bleiben auch für ausländische
11 Studierende. Außerdem wollen wir soziale Rahmenbedingungen für das Studium
12 verbessern. Bezahlbares Wohnen ist Kernthema der Sozialdemokratie. Wir werden die
13 bayerischen Studentenwerke stärker bezuschussen und damit den Wohnungsmarkt
14 entlasten. Die soziale Infrastruktur ist wichtiger Bestandteil eines guten Studiums.
15 Wohnheimplätze, Mensen und Cafeterien, psychologische und andere Beratungsangebote
16 müssen mit der steigenden Zahl von Studienplätzen mithalten.
17

18 Nur mit langfristig garantierten verbesserten Mitteln werden die Hochschulen die neuen
19 Herausforderungen wie Internationalität, Qualitätsentwicklung und modernes
20 Hochschulmanagement bewältigen können. Wir sehen uns in der Pflicht, unsere bayerischen
21 **Hochschulen mit langfristig garantierten verbesserten Investitionen auszustatten.**
22 Mehr Sachmittel, Personal und die Verbesserung der Situation der Hochschulbibliotheken
23 sind dringend notwendig. Über alle Hochschulen hinweg gibt es Finanzierungsprobleme bei
24 der Bereitstellung einer technischen Infrastruktur und der personellen Ausstattung zur
25 Erstellung digitaler Lehr- und Lernangebote. Den Sanierungstau im Hochschulbereich, der
26 inzwischen über fünf Milliarden Euro beträgt, werden wir schrittweise beheben.
27

28 Inzwischen kommt jeder vierte Euro für die Universitäten und Hochschulen aus Drittmitteln.
29 Dabei handelt es sich vermehrt um Gelder von Unternehmen oder Verbänden. Wir werden
30 den finanziellen Druck, der zur Verwendung von Drittmitteln führt, reduzieren und
31 Voraussetzungen für mehr Transparenz in der Wissenschaft schaffen.

32 **Landtag und Hochschulen sollen gemeinsame Regelungen zur Annahme und**
33 **Anwendung von Drittmitteln erarbeiten.** Forschungsziele sollen offengelegt, die
34 Finanzierung der Projekte und die Verwertung ihrer Ergebnisse transparent gestaltet werden.
35 Transparenz ist für die Unabhängigkeit von Lehre und Forschung an den staatlichen
36 Hochschulen des Freistaates unverzichtbar.
37

38 Bei der Gestaltung von Studiengängen müssen die Bedürfnisse von **Studierenden mit**
39 **Kindern** berücksichtigt werden. Eine flexiblere Studienplanung, zum Beispiel durch
40 Teilzeitstudiengänge, muss möglich sein.
41

42 Hoch qualifizierte Wissenschaftlerinnen gehen dem Wissenschaftsbetrieb durch mangelnde
43 **Frauenförderung** verloren. Wir werden Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit
44 gleichstellungspolitischer Maßnahmen umsetzen und eine Quotenregelung einführen.
45 Beschäftigungsbedingungen und Karrieremodelle müssen stärker als bisher auf die
46 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichtet werden.
47

1 Wir setzen uns für **barrierefreie** Hochschulgebäude, Wohnungsheimplätze und für
2 barrierefreie Prüfungen ein, die an die Bedürfnisse der Studierenden mit Behinderungen und
3 chronischen Krankheiten angepasst werden.

4
5 Ausländische Studierende und junge Menschen aus Migrationsfamilien sind an Bayerns
6 Hochschulen willkommen. Wir werden Geflüchtete mit Interesse an akademischer Bildung
7 fördern und die Hochschulen bei der Integration unterstützen

8
9 Von besonderer Bedeutung sind eine Stärkung der inneren Demokratie und der
10 Gleichberechtigung an Hochschulen sowie der Ausbau der Autonomie der
11 Bildungseinrichtungen. Professor*innen, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen,
12 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter*innen und Studierende sollen viertelparitätisch in allen
13 Gremien der Hochschulen repräsentiert sein. Wir werden eine Studierendenvertretung mit
14 Satzungs- und Finanzhoheit sowie mit politischem Mandat, die **verfasste**
15 **Studierendenschaft**, wiedereinführen.

16
17 Die **Arbeitsbedingungen der Wissenschaftler*innen** müssen verbessert werden. Ziel ist
18 es, verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft zu schaffen.

19
20 Wir bekennen uns klar zur Grundlagenforschung an den Hochschulen. Gleichzeitig streben
21 wir eine engere Kooperation außeruniversitärer und universitärer Forschung an, ohne die
22 institutionelle Selbständigkeit der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Frage zu
23 stellen. Angewandte Forschung spielt an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften
24 eine zunehmende Rolle. Bei einem weiteren Ausbau der Hochschullandschaft liegt ein
25 besonderes Gewicht auf den Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

26
27 Im bayerischen Hochschulsystem leisten Hochschulen für angewandte Wissenschaften
28 einen unverzichtbaren Beitrag für die Qualifizierung von Fachkräften, für
29 anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung, den Wissenstransfer und damit für die
30 regionale Innovationskraft. Das Funktions- und Anforderungsspektrum der praxisorientierten
31 Hochschulen hat sich erheblich erweitert. Anwendungsbezogene Forschung und
32 Entwicklung gehören heute zum festen Aufgabenspektrum. Wir setzen uns dafür ein, dass
33 die Forschungsförderung des Bundes und des Landes verstärkt und das wissenschaftliche
34 Personal ausgebaut wird. Fächern mit ausgeprägten Schwerpunkten in angewandter
35 Forschung muss das Promotionsrecht eingeräumt werden. Vor allem in Fachbereichen, die
36 von Universitäten nicht abgedeckt sind, ist es für die Hochschulen von großer Bedeutung,
37 ihren eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden.

38 39 **Kulturpolitik**

40 Bayern ist reich an Qualität von Museen, Denkmälern, Theatern und Orchestern. Sie sind
41 von großer Bedeutung für die Attraktivität unseres Landes als Kultur-, Tourismus-, und
42 Wirtschaftsstandort. Wir werden die staatlich finanzierten großen Kulturorte für neue Formen
43 und neues Publikum öffnen. Die Freie Kulturszene werden wir stärken und eine bayernweite
44 Förderung der soziokulturellen Zentren und Initiativen einführen. Alle Regionen müssen vom
45 kulturpolitischen Engagement des Freistaats gleichermaßen profitieren.

46
47 Kulturelle Bildung fördert Kreativität, intellektuelle und soziale Fähigkeiten und gibt
48 Orientierung beim Umgang mit neuen Medien. In der Kooperation mit Künstler*innen und

1 Kulturpädagog*innen sollen Kindern **neue Zugänge zum kulturellen Leben** eröffnet
2 werden. In Kindertagesstätten und Schulen muss Kulturelle Bildung noch stärker als bisher
3 verankert werden.

4 Wir wollen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels darauf achten, dass für
5 ältere Bürger*innen Kultur und Möglichkeiten zur kreativen Tätigkeit zur Verfügung stehen.

6 Zum einem Kulturstaat gehört es für uns, sich um die Bedingungen von Kunstproduktion und
7 Kreativität zu kümmern. **Künstler*innen müssen von ihrer kreativen Arbeit leben**
8 **können.** Wir wollen die Beratung und Unterstützung von kulturwirtschaftlichen
9 Unternehmensgründungen ausbauen und Kreativstandorte in ganz Bayern entwickeln.

10 Kultur- und Kreativwirtschaft hat ein großes Wachstums- und Beschäftigungspotenzial. Sie
11 ist zum Impulsgeber für gesellschaftliche Erneuerung geworden. Da die Bedürfnisse der
12 Kreativbranche nicht denen der übrigen Wirtschaft entsprechen, müssen hier neue Konzepte
13 entwickelt werden. Wir werden den Filmstandort Bayern mit seinen Produktionsstätten und
14 seinen Kinos auch in der Fläche und insbesondere in der Ausbildung stärken.

15 Kulturpolitik handelt auch vom Erinnern. Nur wer sich der Vergangenheit stellt, wird den
16 gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen gerecht. Deshalb wollen wir junge
17 Menschen sensibilisieren und stark machen gegen rechte Gewalt und Fremdenhass. **In die**
18 **Entwicklung einer zukunftsweisenden Erinnerungskultur wollen wir die Mahn- und**
19 **Gedenkstätten in Bayern verstärkt einbinden.**

20

21 **Vertriebenenpolitik: Erbe bewahren, Brücken bauen**

22 Bayern ist nach dem Zweiten Weltkrieg für Millionen Flüchtlinge und Vertriebene zur neuen
23 Heimat geworden. Schätzungen besagen, dass ein Viertel aller Bürgerinnen und Bürger des
24 Freistaats Heimatvertriebene und deren Nachkommen sind. Heute gehören
25 Sudetendeutsche, Schlesier, Pommern, Ostpreußen, Banater und Siebenbürger wie
26 selbstverständlich zu uns. Das Wort des Bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner
27 (SPD) von den Sudetendeutschen als „Vierten Stamm“ neben Altbaiern, Franken und
28 Schwaben gilt längst für alle Heimatvertriebenen, gleich welcher landsmannschaftlich-
29 geographischen Herkunft. Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung dieses Erbe
30 bewahren und Brücken bauen für eine gute Zukunft. die Verständigungs- und
31 Versöhnungsarbeit weiterhin staatlich fördern.

32 Wir sehen es als wichtige Aufgabe an, zum einen, die geschichtliche Erinnerung und das
33 reiche kulturelle Erbe der unterschiedlichen Vertriebenengruppen zu wahren. Dazu bedarf es
34 weiterhin einer angemessenen staatlichen Förderung für die vielfältige Verständigungs- und
35 Versöhnungsarbeit engagierter Initiativen, Verbände und Institutionen. Zu letzterem zählen u.
36 a. ein Sudetendeutsches Museum in München, ein Schlesisches Haus sowie die Stiftung
37 Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin. Ziel muss auch sein, die neuen Möglichkeiten
38 nach dem Beitritt der mittel-und osteuropäischen Länder in die Europäische Union zu nutzen
39 und zukunftsgerichtet weitere Brücken der Erinnerung und Verständigung in die
40 Herkunftsländer der Vertriebenen zu bauen.

41
42
43

1 **Generationen Hand in Hand**

2 **Jugendpolitik**

3
4
5 Das Recht auf Beteiligung ist Grundprinzip der UN-Kinderrechtskonvention. Wir setzen uns
6 für dieses Recht der Mitsprache von Kindern und Jugendlichen ein. Der Freistaat Bayern soll
7 zu einem Musterbeispiel an Jugendpartizipation werden, auf kommunaler genauso wie auf
8 Bezirks- und Landesebene.

9
10 Daher fordern wir:

- 11 • Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre
- 12 • Verpflichtende kommunale Jugendräte mit eigenem Budget
- 13 • Wiedereinführung der verfasste Studierendenschaft
- 14 • Stärkung der Rechte der SMVen
- 15 • Stärkung der politischen Bildung

16 **Ausbildung**

17
18 Nur noch jeder fünfte Betrieb bildet im dualen System aus. Gleichzeitig klagt die Wirtschaft
19 über Fachkräftemangel. Deshalb setzen wir uns für eine **gesetzliche Ausbildungsgarantie**
20 **mit einer Mindestausbildungsvergütung ein**: Alle Unternehmen mit über 10

21 Mitarbeiter*innen sollen dazu verpflichtet werden auszubilden. Betriebe, die nicht oder wenig
22 ausbilden, sollen Umlagezahlungen an einen Ausbildungsfond entrichten und sich dadurch
23 an den Ausbildungskosten beteiligen. In den Ausbildungsberufen, in denen bisher (fach-
24)schulische Ausbildungen vorgeschrieben sind sorgen wir für Ausbildungswege nach dem
25 Berufsbildungsgesetz. Dies gilt insbesondere für Pflegeberufe, Heil- und Hilfsberufe, Sozial-
26 und Erziehungsberufe.

27 **Kostenloses Landestickets für alle Auszubildenden, Schüler*innen und Studierenden**

28
29 Von Jugendlichen wird immer mehr Mobilität erwartet. Für viele ist es schlicht aus
30 Kostengründen nicht möglich, die in den letzten Jahren enorm gestiegenen Mieten in den
31 Ballungsräumen zu bezahlen. Das tägliche Pendeln mit dem öffentlichen Nahverkehr zur
32 Ausbildungsstätte ist keine Seltenheit mehr. Ein zusätzliches Problem stellt der Weg zur
33 Berufsschule dar. Auszubildende müssen häufig weite und dadurch kostenintensive Wege
34 zur Schule absolvieren. Die zum Teil immens hohen Ticketpreise müssen häufig für ein
35 gesamtes Jahr ausgelegt werden, bevor ein kleiner Teil der entstandenen Kosten
36 rückerstattet wird. Vor allem Auszubildende, die nur sehr gering oder gar nicht vergütet
37 werden, erfahren hier eine zusätzliche finanzielle Last und Einschränkung.

38 Nicht wirklich besser ist die Lage bei den Schüler*innen. Diese müssen ab der 11.
39 Jahrgangsstufe die Fahrtkosten zur Schule meist selbst tragen. Bei Studierenden konnten in
40 den letzten Jahren zumindest kleine Erfolge erzielt werden. An einigen Universitäten gibt es
41 Tickets nach dem Solidarmodell, die den Studierenden regional begrenztes Reisen zu
42 niedrigeren Preisen in Form eines Studierendentickets möglich machen.

43 Ein kostenloses Landesticket steigert die Mobilität vor allem junger Menschen und erleichtert
44 soziale Teilhabe, insbesondere bei, geringem Haushaltseinkommen. Die Umwelt wird
45 geschützt, die Nutzung von Kraftfahrzeugen zumindest in dieser Personengruppe wird
46

1 abnehmen. Durch das kostenlose Landesticket würde der Nahverkehr häufiger genutzt
2 werden und somit an Bedeutung gewinnen.

3
4 **Wir fordern daher die Einführung eines kostenlosen Landestickets für alle**
5 **Auszubildenden, Schüler*innen, Studierenden sowie Teilnehmende an den**
6 **Freiwilligendiensten 37-Bufdi, FSJ, FSJ Kultur, FÖJ, FSJ für Geflüchtete im Freistaat**
7 **Bayern. Die Kosten hierfür übernimmt der Freistaat Bayern.**

8 9 **Junges Wohnen**

10
11 Insbesondere auch für Junge Menschen fehlt es in Bayern an bezahlbaren und an ihre
12 Bedarfe angepassten Wohnraum. Hier muss staatliche Förderung ansetzen um jungen
13 Menschen, Student*innen, Auszubildenden und jungen Arbeitnehmer*innen einen Start in
14 den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Gerade ihnen fällt es oft besonders schwer sich auf
15 dem Wohnungsmarkt überhaupt zu versorgen, sind doch häufig hohe Bürgschaften und
16 Kautionen zu stellen sowie unbefristete Festanstellung Voraussetzung für den Zuschlag zu
17 einer Wohnung. Daher braucht es ein Landesförderprogramm für „Junges Wohnen“ das die
18 zweckgebundene Errichtung von bedarfsgerechtem Wohnraum für junge Menschen
19 insbesondere durch kommunale und gemeinnützige Träger ermöglicht. Gleichzeitig muss der
20 Freistaat Bayern die bedarfsangemessene Ausstattung der Student*innenwerke
21 sicherstellen. Insbesondere in den Universitätsstädten mangelt es an bezahlbarem
22 Wohnraum, häufig gibt es viel zu wenige Plätze in den Wohnheimen. In Kooperation mit
23 kommunalen und gemeinnützigen Trägern muss daher neuer Wohnraum für Studierende
24 geschaffen werden. Insbesondere Auszubildenden und Berufseinsteiger*innen fällt es
25 schwer eine bezahlbare Wohnung zu finden. Projekte für „Auszubildenden Wohnen“ in
26 kommunaler oder gemeinnütziger Hand sollen durch den Freistaat gefördert werden. Auch
27 müssen die Investitions- und Erhaltungskostenzuschüsse für Auszubildenden und
28 Blockschulwohnheime durch die Landesebene wiedereingeführt und erhöht werden, um die
29 angemessene Unterbringung von Berufsschulpflichtigen während ihrer Schulzeiten
30 sicherzustellen.

31
32 Daher fordern wir:

- 33 • Einrichtung eines Förderprogramms „Junges Wohnen“ für zweckgebundenen
- 34 kommunalen oder gemeinnützigen Wohnungsbau
- 35 • Verbesserung der Ausstattung der Studierendenwerke
- 36 • Förderung von Projekten zur Schaffung von Wohnraum für Auszubildende
- 37 • Wiedereinführung eines Investitions- und Erhaltungskostenzuschusses für
- 38 Auszubildenden- oder Blockschulwohnheime

39 40 **Senior*innenpolitik**

41
42 Senior*innenpolitik ist für uns eine Politik des Respekts gegenüber den älteren Bürgerinnen
43 und Bürgern in unserem Land. Respekt bedeutet für uns eine Fülle von Inhalten, wie:

- 44 • Anerkennung der Lebensleistung der Älteren
- 45 • Nutzung der Potentiale, des Wissens, der Erfahrung und der Kompetenzen der
- 46 Älteren.
- 47 • Wissen um körperliche, ggfls. auch geistige Einschränkungen im Alter

- 1 • Verantwortung haben für ein würdiges Altern
- 2 • Vermeidung von Altersdiskriminierung

3 Unsere Politik konzentriert sich darauf, die Bedürfnisse der älteren Bürger*innen bei allen
4 politischen Entscheidungen mitzudenken.

5 Senior*innen brauchen, um in unserer Gesellschaft gleichberechtigt mitmachen zu können
6 das **Miteinander der Generationen**. Die Einbindung der individuellen Lebenssituationen
7 sowie die Bedürfnisse der älteren Bürger*innen durch unsere Politik festigen das
8 Sozialgefüge unserer Gesellschaft. Wir müssen deshalb generationenübergreifende Projekte
9 in allen Politikfeldern unterstützen.

10 Wir fordern mit all unseren Maßnahmen die Solidarität zwischen Alt und Jung. Wir werden
11 das Miteinander von Jung und Alt fördern und ehrenamtliche Initiativen im Rahmen von
12 „Lokalen Generationenbündnissen“ anregen, die vor Ort die Lebensbedingungen
13 verbessern.

14 Die **Barrierefreiheit** ist für ältere Menschen von großer Bedeutung. Dies gilt neben dem
15 individuellen Raum genauso für den öffentlichen Raum, sei es im Personennah- und
16 Fernverkehr, bei Gleiszugängen und Bahnhöfen, Zugang zu öffentlichen Gebäuden und
17 Plätzen, zu Verkaufsstätten und kulturellen Einrichtungen. Mit einem Förderprogramm
18 „Barrierefreies Bayern“ werden wir die Kommunen Schritt für Schritt bei den notwendigen
19 Investitionen unterstützen. Außerdem werden wir auf Bundesratsinitiativen Einfluss nehmen,
20 bei der Rücknahme von massiven Kürzungen des Bund-Länder-Programms im Bereich
21 „Soziale Stadt“. Die finanziellen Bundesmittel hierzu sollen wieder aufgestockt werden.

22

23 **Wohnen im Alter**

24 Wir werden Senior*innengerechtes selbständiges Wohnen fördern und finanzieren. Dabei
25 werden wir auch neue Wohnformen für Ältere fördern, damit diese möglichst lang
26 selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben können. Pflegebedürftigkeit darf kein
27 Grund sein, die vertraute Wohnung verlassen zu müssen!

28

29 Wir wollen Hürden beim Ausbau alternativer Unterstützungs- und Wohnformen – wie z. B.
30 bei der steuerrechtlichen Bewertung von „Wohnen für Hilfe“ – beseitigen und
31 **Senior*innengenossenschaften** stärken.

32

33 **Mehrgenerationenhäuser** stellen eine unverzichtbare soziale Infrastruktur dar und leisten
34 damit einen wichtigen Beitrag zum generationenübergreifenden Dialog und zur Herstellung
35 gleichwertiger Lebensverhältnisse. Wir wollen sie absichern und weiter ausbauen,
36 insbesondere im ländlichen Raum. Wir regen auch an, dass Mehrgenerationenwohnen (in
37 Neubauten) mit Nachbarschaftstreffs für alle geplant und umgesetzt werden.

38 Das Modell „Wohnen im Viertel“ soll, wo immer möglich in (Neubau-)Quartiere integriert
39 werden. Wir werden im Bundesrat auch dafür eintreten das Programm „Altersgerecht
40 umbauen“ neu aufzulegen.

41

42 **Für ein gutes Leben – auch im Alter!**

43 Immer mehr Menschen in Bayern leben in Armut oder sind von Armut bedroht. Ein Grund
44 hierfür sind die zu geringen Renten – im Durchschnitt liegen diese in Bayern bei 793 Euro

1 und damit deutlich unter der Armutsgrenze von 1.039 Euro. Auch bei der Alterssicherung
2 zeigt sich eine Geschlechterlücke, denn Frauen beziehen mancherorts fast 50 Prozent
3 weniger Rente als Männer. Um Altersarmut effektiv zu bekämpfen und allen Menschen ein
4 gutes Leben im Alter zu ermöglichen, dürfen wir keine Zeit verlieren.

5

6 **Senior*innen und Digitalisierung**

7 Wir lassen ältere Menschen bei der Digitalisierung nicht allein. Der Zugang zu digitalen
8 Medien, die Nutzung der Potenziale der Digitalisierung und lebensbegleitendes Lernen sind
9 für ältere Menschen eine wichtige Voraussetzung dafür, möglichst lange aktiv bleiben zu
10 können. Deshalb ist eine Weiterbildung auch im Rahmen der Digitalisierung für die Älteren
11 unverzichtbar. Wir werden dazu geeignete Programme entwickeln.

12 **Mitwirkung von Senior*innen.**

13 Die Verabschiedung eines **Senior*innenmitwirkungsgesetzes**, das Initiativ-, Anhörungs-
14 und Mitwirkungsrechte der Seniorinnen und Senioren nachhaltig stärkt, haben wir
15 eingebracht und werden es weiterverfolgen. Wir werden die Wahl von
16 **Senior*innenvertretungen** in Kommunen gesetzlich verankern.

17 **Engagement**

18 Wir werden für Bayern

- 19 • bürgerschaftliches Engagement in seiner Vielfalt
- 20 • die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege
- 21 • den Schulsport, Breitensport und Leistungssport

22 endlich besser fördern.

23 **Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind unverzichtbar**

24 Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind unverzichtbar für unsere Gesellschaft.
25 Das verdient Respekt und Anerkennung. **Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement in**
26 **seiner Vielfalt weiter fördern - in der Stadt und auf dem Land.** Dazu werden wir die
27 Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf, Studium oder Schule mit
28 bürgerschaftlichem Engagement verbessern. Dazu gehören auch die Unterstützung und der
29 Ausbau von digitalem Engagement. Dabei werden wir darauf achten, dass staatliche Aufgaben
30 nicht ins Ehrenamt verschoben werden.

31 Wir werden für die Erstattung von entstanden Auslagen sorgen und uns für eine bessere
32 Berücksichtigung von freiwilligem Engagement bei der Steuer einsetzen. Außerdem werden
33 Vereinbarkeit zwischen Beruf und Ehrenamt fördern und auch Fragen zur Unfallversicherung,
34 zur Haftung oder Ähnlichem für freiwillig Engagierte klären.

35 **Wir setzen uns dafür ein, die organisierte und freie Zivilgesellschaft nach ihrem Bedarf**
36 **besser zu fördern.** Dafür werden wir bürokratische Hindernisse gezielt abbauen und
37 zuverlässige Rahmenbedingungen, beispielsweise bei der Finanzierung, schaffen. Ziel ist es,
38 verlässliche Strukturen für Alle zu stärken, die sich engagieren wollen.

1 **Soziale Infrastruktur verbessern**

2 **Kirchen und Religionsgemeinschaften sind wichtige Akteure der Zivilgesellschaft –**
3 **ebenso wie die zahlreichen weltlichen Organisationen, Vereine und Initiativen.** Sie alle
4 verdienen staatliche Anerkennung und öffentliche Unterstützung. Gemeinsam leisten sie viel,
5 beispielsweise in der sozialen Arbeit, der Kinderbetreuung, der Familienhilfe oder in der
6 Flüchtlingsarbeit. Wir wissen: Ohne ihr gemeinsames Engagement und dem Einsatz vieler
7 haupt- und ehrenamtliche Engagierten aus den Kirchen- und Religionsgemeinschaften sowie
8 aus der Zivilgesellschaft könnte die soziale Infrastruktur nicht aufrechterhalten werden.

9 **Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege wollen wir besser fördern und unterstützen.**
10 Gemeinsam mit den kommunalen und staatlichen Institutionen gewährleisten sie ein breites
11 Angebot an sozialen Diensten und Einrichtungen. Der Bayerische Sozialbericht zeigt, dass an
12 vielen Stellen die soziale Infrastruktur verbessert werden muss. Gemeinsam mit der Freien
13 Wohlfahrtspflege werden wir die notwendigen Maßnahmen entwickeln und vorantreiben.

14 Das **Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement** Bayern ist ein wichtiger
15 Bestandteil zur Förderung und Vernetzung von bürgerschaftlichen Engagements in Bayern.
16 Wir setzen uns für den dauerhaften Erhalt dieser und ähnlicher Strukturen, wie z.B. der
17 Freiwilligenagenturen, ein und begrüßen auch neue Formen des bürgerschaftlichen
18 Engagements.

19 Der Beitrag der **Selbsthilfe** in der Sozial- und Gesundheitspolitik ist lange Zeit unterschätzt
20 worden. Wir verstehen uns als Partner der Landesarbeitsgemeinschaft der Selbsthilfe in
21 Bayern, die wir besser ausstatten werden.

22 Wer freiwillig Engagierte unterstützt, leistet einen wichtigen Beitrag für unsere Demokratie. Wir
23 begrüßen und unterstützen das Engagement des **Bayerischen Bündnisses für Toleranz**
24 **und der örtlichen Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Rassismus und**
25 **Antisemitismus.**

26 **Sportland Bayern**

27 In Bayern engagieren sich unzählige Bürgerinnen und Bürger aktiv im und für den Sport und
28 leisten dort wichtige Stunden ehrenamtlicher Arbeit. Diese Menschen werden wir stärker als
29 bisher unterstützen. Sport hat eine herausragende gesellschaftspolitische Bedeutung. Wir
30 wissen: Sport ist eine wichtige Möglichkeit der Begegnung, ist Mittel zur Verständigung und
31 Chance für gemeinsame Erlebnisse. Im Sport begegnen sich täglich Menschen
32 unterschiedlichen Geschlechts, ethnischer Herkunft, kultureller oder religiöser Identität, sowie
33 Menschen mit und ohne Behinderung. Sport ist Bildungselement, Möglichkeit zur Vermittlung
34 gesellschaftlich relevanter Werte und Gesundheitsprävention.

35 Mehr als 12.000 Vereine mit fast 4,5 Millionen Mitgliedern sind im Bayerischen Landes-
36 Sportverband organisiert, außerdem gibt es mehr als eine halbe Million Schützen in Bayern.
37 Wir werden die Vereine, den Vereinssport beim Ausbau von Sportstätten stärker durch den
38 Freistaat unterstützen. **Fördergelder werden wir erhöhen und zeitnah auszahlen und die**
39 **Vereinspauschale und Investitionskostenzuschüsse für Vereinssportstätten erhöhen.**
40 Als Partner der Kommunen sorgen wir dafür, dass die notwendigen kommunalen Sportstätten,
41 insbesondere Schwimmbäder, in den nächsten Jahren flächendeckend realisiert und saniert
42 werden.

1 **Integration heißt Werte teilen**

2

3 Fast ein Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner Bayerns hat einen
4 Migrationshintergrund. Bayern ist ein Einwanderungsland. Die Frage ist, wie wir mit dieser
5 Einwanderung umgehen und wie wir sie gestalten. Was für eine Gesellschaft wollen wir
6 sein? Wir wollen eine starke Gemeinschaft, die zusammenhält. Integration ist dafür die
7 Grundlage.

8

9 Integration bedeutet, dass wir gemeinsame Werte leben. Diese Werte sind vom Grundgesetz
10 und von der bayerischen Verfassung vorgegeben. Wer Teil unserer Gesellschaft sein will,
11 muss diese Grundlage für unser Zusammenleben anerkennen. Es bedeutet aber auch, dass
12 wir Angebote machen, damit neu Hinzugekommene Teil der Gemeinschaft werden können.

13

14 Wir wollen eine Gesellschaft, in der Integration nicht mitgedacht werden muss, sondern
15 selbstverständlich ist. Integration ist eine Querschnittsaufgabe (fast) aller Ressorts. Wir
16 werden deshalb ein Bayerisches Integrations- und Partizipationsgesetz auf den Weg
17 bringen, das den Namen verdient. Das im Dezember 2016 verabschiedete
18 Integrationsgesetz der Bayerischen Staatsregierung spaltet die Gesellschaft, statt sie
19 zusammenzuführen.

20

21 **Sprache, Bildung und Arbeit sind Grundlagen für die Integration**

22

23 Der Schlüssel zur Integration ist die Sprache. Wie können wir eine starke Gemeinschaft sein,
24 wenn wir uns gegenseitig nicht verstehen? Wir wollen Sprachförderung von Anfang an,
25 beginnend mit frühkindlicher Bildung im Rahmen der Kinderbetreuung. Die Sprache
26 ermöglicht den Weg in erfolgreiche schulische und berufliche Bildung mit dem Ziel, auf
27 eigenen Beinen zu stehen. Mangelnde Sprachkenntnisse führen in die Isolation und in die
28 Abschottung von der Gesellschaft. Und ohne gute Sprachkenntnisse gibt es keine
29 Chancengerechtigkeit und kein Miteinander. Das Erlernen der deutschen Sprache wollen wir
30 deshalb als zwingende Voraussetzung für Integration fördern und auch einfordern.

31

32 **Integration beginnt in der Kita!**

33

34 Der Betreuungsschlüssel in Kindertageseinrichtungen muss für Kinder mit Förderbedarf beim
35 Spracherwerb verbessert werden. Spracherwerb – auch für Deutsch als Zweitsprache –
36 muss grundsätzlich Teil der Ausbildung sein, ebenso der Fort- und Weiterbildungsangebote
37 für pädagogische Fachkräfte. Die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Erzieher*innen
38 wollen wir stärken, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, um allen Kindern den
39 Zugang zu frühkindlicher Bildung zu ermöglichen.

40

41 **Starke Schulen für alle!**

42

43 In den Schulen wollen wir die Angebote ausbauen, um die deutsche Sprache schnell zu
44 erlernen und eine Eingliederung in das reguläre Schulsystem zu ermöglichen. Neben
45 Übergangsklassen ist dies auch durch ausreichend Lehrer*innenstunden für
46 Deutschförderkurse möglich. Wir wollen den Schulen die Handlungsfreiheit geben, die sie
47 brauchen.

48

1 Eine starke Integration in der Schule braucht starkes Personal. Wir werden den
2 Lehrkräftebedarf insbesondere an den bayerischen Grundschulen überprüfen und die
3 Ausbildung neuer Grundschullehrer*innen entsprechend anpassen. Wir wollen die Aus- und
4 Fortbildung von Lehrer*innen in den Bereichen „Deutsch als Zweitsprache“ und
5 „interkulturelle Kompetenzen“.

6
7 Islamunterricht muss auf Deutsch erteilt werden, von in Deutschland ausgebildeten
8 Lehrer*innen und flächendeckend unter staatlicher Kontrolle. Wir setzen zudem auf mehr
9 Schulsozialarbeiter*innen und Trauma-Teams für traumatisierte Kinder und Jugendliche.
10 Auch die Hochschulen wollen wir bei Angeboten wie Bildungsberatung und Sprachkursen
11 stärken.

12 13 **Teilhabe am Arbeitsmarkt bringt Menschen zusammen!**

14
15 Frauen mit Migrationshintergrund sind dreimal mehr von Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen
16 ohne Migrationshintergrund. Das hat vielfältige Gründe und einer liegt darin, dass
17 Migrantinnen weniger Unterstützung bei der Teilhabe am Arbeitsmarkt erfahren. Frauen
18 nehmen eine Schlüsselrolle ein im Integrationsprozess. Als Mittelpunkt der Familie haben sie
19 als Mütter einen starken Einfluss auf die Integration ihrer Kinder und der ganzen Familie. Sie
20 leben ihren Töchtern und Söhnen Rollenmodelle vor. Die Unterstützung von Frauen bei der
21 gesellschaftlichen und beruflichen Teilhabe ist uns deshalb besonders wichtig. Die
22 Integration einer Familie ist nicht abgeschlossen, wenn der Vater einen Arbeitsplatz
23 gefunden hat.

24
25 Integration ist ein Beitrag für eine durchlässige und gerechte Gesellschaft. Wir wollen nicht,
26 dass das Einkommen der Eltern über die späteren Chancen ihrer Kinder entscheidet. Und
27 wir wollen auch nicht, dass die Herkunft der Eltern über die Chancen der Kinder entscheidet.
28 Wir setzen daher auf kostenfreie Bildung von der Kita über das Erststudium bis zur
29 gebührenfreien Meister- und Techniker Ausbildung für alle Menschen in Bayern.

30
31 Grundsätzlich gilt: Wer zu seinem Lebensunterhalt beitragen kann, sollte dies auch tun
32 können. Flüchtlinge dürfen nicht zum Nichtstun verdammt werden. Deshalb wollen wir ihren
33 Zugang zu Ausbildungen und zum Arbeitsmarkt erleichtern. Vor diesem Hintergrund setzen
34 wir uns auch für eine konsequente Umsetzung der 3-plus-2-Regelung auch in Bayern ein,
35 die gerade deshalb auf den Weg gebracht wurde.

36 37 **Integration entscheidet sich vor Ort**

38
39 Ob Integration gelingt, entscheidet sich vor Ort. Die Kommunen müssen deshalb in die Lage
40 versetzt werden, diese Aufgabe auch zu stemmen, ob in der Kita, in der Schule, im Stadtteil
41 oder bei der Unterbringung. Mehrausgaben für die Unterbringung und Integration von
42 Flüchtlingen dürfen nicht zu Lasten anderer Aufgaben gehen. Um kommunale Spielräume zu
43 ermöglichen, müssen den Kommunen flexible, unbürokratische und dauerhafte Fördermittel
44 zur Verfügung gestellt werden.

45 46 **Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

47
48 Wenn wir wollen, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich mit unserem Land und
49 unseren Werten identifizieren, müssen wir Teilhabe ermöglichen. Das beginnt mit dem

1 kommunalen Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländer*innen. Dazu
2 gehören aber auch die Chance auf bezahlbaren Wohnraum durch mehr sozialen
3 Wohnungsbau und die Chance auf bessere Lebensbedingungen in einem Stadtviertel durch
4 einen Ausbau der sozialen Städtebauförderung. Wir wollen keinen Kampf um knappe
5 Ressourcen in unserer Gesellschaft. Bessere Lebensbedingungen für Alle sind der Schlüssel
6 für eine starke Gemeinschaft.

7
8 Die Vielfalt unserer Gesellschaft spiegelt sich nicht überall wider. Wir wollen junge Menschen
9 mit Migrationshintergrund vor allem für Bereiche gewinnen, in denen sie unterrepräsentiert
10 sind, zum Beispiel als Erzieher*innen oder als Polizist*innen. Vor allem den Anteil von
11 Migrant*innen im öffentlichen Dienst wollen wir erhöhen und dabei die Potenziale, wie
12 Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen, im Rahmen der Eignung stärker
13 berücksichtigen. Gleichzeitig wollen wir durch regelmäßige Schulungen die interkulturelle
14 Kompetenz der Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung erhöhen.

15
16 Ein starkes Ehrenamt begleitet in Bayern u.a. viele Flüchtlinge bei ihrem Weg in unsere
17 Gesellschaft. Wir stehen fest an der Seite der Ehrenamtlichen. Die ehrenamtliche
18 Integrationsarbeit an der Basis ist mit vielen Herausforderungen und Anstrengungen
19 verbunden. Wir sehen das und wollen die Ehrenamtlichen noch besser mit konkreten
20 Angeboten unterstützen und entlasten. Es darf nicht sein, dass sich Ehrenamtliche im Stich
21 gelassen fühlen. Wertschätzung ist das eine. Es braucht jedoch auch handfeste
22 Unterstützungsangebote, wenn das Ehrenamt weiter stark bleiben soll. Integration braucht
23 weiter auch starke und handlungsfähige Kommunen. Unser Ansatz ist es, diejenigen zu
24 stärken, die sich für Integration – und damit für eine starke Gemeinschaft – in Bayern
25 einsetzen.

26
27 Wenn Integration gelingt, stärkt Vielfalt die Gemeinschaft. Wir stellen uns allen entgegen,
28 welche die bayerische Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit oder Herkunft
29 auseinanderbringen und spalten wollen. Wir stehen für eine starke Gemeinschaft.

30
31

1 Für ein soziales Bayern: Rente, gute Gesundheit und Pflege im 2 Freistaat

3
4 Für ein gerechtes Bayern fordern wir

- 5 • ein „Gesamtkonzept integrierte Gesundheitsversorgung“, damit allen Patientinnen
6 und Patienten in Bayern unabhängig von Wohnort und Versichertenstatus eine
7 flächendeckende präventive, medizinische, pflegerische und rehabilitative
8 Versorgung zur Verfügung steht.
- 9 • eine Pflegeinfrastruktur, die eine gute, verlässliche, würdige und heimatnahe Pflege
10 zu ermöglicht
- 11 • eine Krankenhausplanung und Krankenhausfinanzierung, die sich am
12 Versorgungsbedarf und an Qualitätskriterien orientiert
- 13 • eine Verbesserung der Patientenrechte und Patientenbeteiligung
- 14 • eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD)

15 16 **Wohnortnahe Gesundheitsversorgung – gleichwertige Lebensbedingungen**

17 Jede Bürgerin und jeder Bürger in Bayern soll sich darauf verlassen können, dass er eine
18 gute barrierefreie Gesundheitsversorgung unabhängig von Wohnort und Versichertenstatus
19 erhält. Neben der haus- und fachärztlichen Versorgung müssen auch den Zugang zu
20 Präventionsmaßnahmen, guter Pflege und Rehabilitation sicherstellt werden. Zu einer guten
21 Gesundheitsversorgung gehören aber auch die Versorgung mit Arzneimitteln, eine
22 wohnortnahe Geburtshilfe und eine verlässliche Hebammenversorgung.

23
24 Angesichts der Bevölkerungsentwicklung und der Wanderungstendenzen bedarf es weiterer
25 Anstrengungen, um eine gute Gesundheitsversorgung sicherzustellen und damit für
26 gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen Bayerns zu sorgen. Deshalb fordern wir ein
27 „**Gesamtkonzept integrierte Gesundheitsversorgung**“. Dieses soll u.a. eine
28 funktionierende sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung und den Ausbau
29 telemedizinischer Leistungen berücksichtigen. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die
30 Notfallversorgung, die Überwindung der Sektorengrenzen zwischen ambulanter und
31 stationärer Versorgung und die Hospiz- und Palliativversorgung.

32
33 Bei der Bedarfsplanung müssen die Kommunen mehr Mitsprache erhalten, damit regionale
34 Faktoren stärker berücksichtigt werden können. Gerade für die flächendeckende Versorgung
35 mit Haus- und Kinderärzten, aber z.B. auch Fachärzt*innen wie Rheumatolog*innen und
36 Diabetolog*innen müssen wir stärker zusammen mit den Krankenkassen, kassenärztlichen
37 Vereinigung und den Landesvertretungen Lösungskonzepte erarbeiten. Alle Möglichkeiten
38 des Strukturfonds müssen ausgeschöpft werden, um Niederlassungen in strukturschwachen
39 Regionen zu fördern.

40
41 Bisherige Förderprogramme und Maßnahmen zur Sicherstellung und Verbesserung der
42 Gesundheitsversorgung haben noch nicht die gewünschte Wirkung entfaltet. Sie müssen
43 insgesamt praxistauglicher ausgestaltet werden, damit beim Patienten spürbare
44 Verbesserungen ankommen.

45
46 Die Defizite beim Übergang von der Kinder- zur Erwachsenenmedizin wollen wir beseitigen.
47 Denn gerade bei chronisch erkrankten Jugendlichen ist es wichtig, dass es keine

1 Versorgungslücken gibt. Hierfür ist eine koordinierte und passgenaue Transition nötig, die
2 neben medizinischen Bedürfnissen auch psychosoziale, schulische und berufliche Aspekte
3 berücksichtigt.

4
5 Um eine qualitätsgesicherte stationäre medizinische Versorgung in allen Regionen
6 sicherzustellen, muss die bayerische Krankenhauspolitik ihre planerischen Möglichkeiten
7 konsequenter nutzen und transparenter gestalten. Wir fordern insbesondere eine **deutliche**
8 **Verbesserung der Finanzierung der Krankenhausinvestitionen**, für welche die Länder
9 zuständig sind. Darüber hinaus müssen Förderkriterien v.a. realistisch und praxistauglich
10 ausgestaltet sein (z.B. Krankenhausküche).

11
12 Mit dem Krankenhaus-Strukturfonds sind gezielt strukturpolitische Maßnahmen zu fördern,
13 die die Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen sichern und dort, wo es nötig ist,
14 effektiv umgestalten (z.B. Förderung von Kooperation, Umwandlung in Pflegeeinrichtungen
15 oder nicht akutstationäre örtliche Versorgungseinrichtungen, Schaffung ambulanter
16 Versorgungsstrukturen).

17
18 Wir fordern eine **verbindliche Personalbemessung** in allen stationären Einrichtungen der
19 Alten- und Krankenpflege und in Rehakliniken. Damit begegnen wir der zunehmenden
20 Arbeitsbelastung der Pflegekräfte und der Arbeitsverdichtung. Wir wollen eine kostenfreie
21 Ausbildung für alle Gesundheitsfachberufe und einen gesetzlichen Anspruch auf
22 Weiterbildung für alle Arbeitnehmer.

23
24 Wir werden die **Versorgung psychisch kranker Menschen in allen Teilen Bayerns**
25 **ausbauen**, sowohl die Angebote für Erwachsene als auch besonders die Kinder-und
26 Jugendpsychiatrie. Die Mitsprache der Psychiatrieerfahrenen werden wir ausweiten. Wir
27 werden uns weiter für ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz als Kriseninterventionsgesetz
28 einsetzen, das die Versorgung im Sinne der Betroffenen bayernweit stärkt und diese nicht
29 stigmatisiert.

30 Der Öffentliche Gesundheitsdienst muss seinen Aufgaben entsprechend personell und
31 finanziell besser ausgestattet sein.

32
33 In der Drogen- und Suchtpolitik ist es an der Zeit, neue Wege zu gehen. Die strikte
34 Verbotspolitik ist offenkundig gescheitert und stigmatisiert die Betroffenen. Wir setzen
35 stattdessen auf Prävention und Aufklärung über Gefahren und Schäden, die Drogenkonsum
36 verursachen.

37 Wir wollen Kommunen die Einrichtung von Konsumräumen für Suchtkranke ermöglichen um
38 zusätzliche Risiken zu minimieren und Ausstiegschancen aufzuzeigen. Außerdem wollen wir
39 Therapieplätze für minderjährige Suchtkranke ausbauen. Kommunen sollen darüber hinaus
40 die Möglichkeit bekommen Modellprojekte einzuführen, die die regulierte Abgabe von
41 Cannabis an Erwachsenen ermöglichen.

42 43 **Gute, verlässliche und würdige Pflege**

44 Rund 350.000 Menschen in Bayern sind pflegebedürftig, bis zum Jahr 2060 wird sich die
45 Zahl fast verdoppeln. Die Zahl der Demenzerkrankten wird von derzeit 160.000 in den
46 nächsten 15 Jahren um 40 Prozent ansteigen.

1 Mehr als zwei Drittel der Pflegebedürftigen in Bayern werden zu Hause versorgt. Für die
2 pflegenden Angehörigen ist das oftmals eine große Herausforderung - psychisch, körperlich
3 und auch organisatorisch. Meist sind es Frauen, die sich um die Pflege ihrer Angehörigen
4 kümmern und deshalb aus dem Beruf aufsteigen oder in Teilzeit arbeiten. Das führt zu
5 sinkenden Renten und Altersarmut. Aber auch Jugendliche sind regelmäßig in
6 Pflegeaufgaben eingebunden. Hier brauchen wir passgenaue aufsuchende Beratung- und
7 Unterstützung. Pflegestützpunkte sind sehr hilfreiche Anlaufstellen für pflegende Angehörige.
8 Leider hinkt Bayern hier im Vergleich zu anderen Bundesländern weit hinterher, das muss
9 sich ändern. Wir brauchen einen verstärkten Auf- und Ausbau von flächendeckenden
10 Pflegestützpunkten in Bayern, die mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die Bezirke als Träger
11 der Hilfe zur Pflege sowie die Landkreise und kreisfreien Städte als Träger der Altenhilfe
12 müssen dabei unterstützt werden, ihr Initiativrecht zur Errichtung von Pflegestützpunkten zu
13 nutzen. Der Freistaat Bayern muss sich an den Kosten eines flächendeckenden
14 Beratungsangebotes ebenso angemessen finanziell beteiligen wie die Pflege- und die
15 Krankenkassen.

16
17 Für bessere Rahmenbedingungen streben wir die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung
18 zu einer Pflegevollversicherung an und wollen das prüfen. Die Pflegekammer lehnen wir ab,
19 sie löst keine Probleme. Nötig sind wirkliche Reformen der Ausbildung im Berufsfeld
20

21 **Wir wollen einen umfassenden und bedarfsgerechten Ausbau von**

22 **Entlastungsangeboten und Hilfen im Alltag.** Hierzu müssen bürokratische Hemmnisse
23 abgebaut werden. Die Betreuungs- und Entlastungsangebote werden nach Landesrecht
24 anerkannt, wobei komplizierte Vorgaben dazu führen, dass diese Leistungen kaum
25 abgerufen werden. Im Sinne der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen soll der Freistaat
26 dafür sorgen, dass diese Leistungen unkompliziert zur Verfügung gestellt werden und besser
27 darüber informiert wird. Verbessern und Vorantreiben müssen wir unbedingt den Ausbau der
28 Tages- und Nachtpflege sowie der Kurzzeit- und Verhinderungspflege zur Entlastung der
29 pflegenden Angehörigen und zur besseren Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf.
30 Kurzzeitpflegeplätze müssen so angelegt sein, damit die Betroffenen planbar und
31 zuverlässig darauf zurückgreifen können. Wir fordern deshalb eine
32 Investitionskostenförderung für solitäre Kurzzeitpflegeplätze. Wir brauchen außerdem einen
33 Landesrahmenvertrag für die Kurzzeitpflege und die teilstationäre Pflege. Damit wollen wir
34 eine gute pflegerische Versorgung der pflegebedürftigen Menschen gewährleisten.
35 Um die Entwicklung der Eigenanteile in Alten- und Pflegeheimen zu stabilisieren, brauchen
36 wir wieder einen **staatlichen Investitionskostenzuschuss**. Dieser soll für die
37 Modernisierung, Renovierung bzw. den Bau von Alters- und Pflegeheimen sowie für
38 Investitionen in moderne Technik zur Verfügung stehen.

39 Zu einer verlässlichen Betreuung und Pflege gehört auch die Begleitung in schwerer
40 Krankheit und im Sterben. Dafür braucht es einen Ausbau und verlässliche Finanzierung der
41 palliativmedizinischen Versorgung und der Hospize im ambulanten und stationären Bereich.
42

43 Um pflegende Angehörige besser abzusichern, werden wir uns auf Bundesebene dafür
44 einsetzen, dieser Gruppe - anlog zu Elterngeldbeziehern – den Zugang zu steuerfinanzierten
45 sozialen Leistungen zu ermöglichen. Wir wollen eine **bessere Anrechnung von**
46 **Pflegezeiten bei der Rente.**

47 Um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder zu verzögern, müssen die Möglichkeiten der
48 Rehabilitation stärker genutzt und finanziert werden.
49

1 **Für mehr Patientenbeteiligung und Information**

2 Die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung werden wir weiter stärken. Wir wollen
3 Patientinnen und Patienten in die Lage versetzen, eine selbstbestimmte Entscheidung über
4 Gesundheitsfragen zu treffen. Darüber hinaus setzen wir uns im Bund dafür ein, die
5 Patientenrechte und die Patientenbeteiligung auszubauen.

6

7 Wir wollen zudem, dass ein **Sorgentelefon und Angebote im Internet** als niederschwellige
8 Informations- und Anlaufstelle zur Verfügung stehen.

9

10 Die wertvolle Arbeit von **Selbsthilfegruppen** werden wir stärker als bislang fördern, damit
11 sie möglichst vielen als niedrigschwellige Unterstützung zugutekommt.

12

13 Die Umsetzung des **Bundesteilhabegesetzes** werden wir im Sinne der Betroffenen
14 begleiten.

15

16 **Verlässliche, solidarische Rente**

17 Voraussetzung für ein gutes Leben im Alter ist materielle Absicherung. Wir werden uns für
18 eine Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer paritätisch finanzierten und
19 armutsfesten Versicherung mit einer solidarischen Beitragspflicht für alle Bürgerinnen und
20 Bürger einsetzen. Damit stellen wir die Rentenversicherung trotz der älter werdenden
21 Gesellschaft auf ein solides Fundament. Am bewährten Umlageverfahren, mit dem die
22 Erwerbstätigen und Arbeitgeber die Renten solidarisch finanzieren, halten wir fest.

23 Das Rentenniveau darf nicht unter das Niveau von 50 Prozent absinken. **Die armutsfeste**
24 **Lebensstandardsicherung muss das Hauptziel der Gesetzlichen Rentenversicherung**
25 **sein.** Die staatlichen Mittel für die Altersvorsorge werden wir in der gesetzlichen
26 Rentenversicherung bündeln, also z. B. die Riesterrente bei Vertrauensschutz für bestehende
27 Verträge abschaffen. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den Bundeszuschuss (u.
28 a. freie Mittel der Riester- und Mütterrente) und die vom DGB vorgeschlagenen
29 Demographiereserve zu schließen. Das gesetzliche Rentenzugangsalter darf nicht weiter
30 steigen. Wir werden uns für ein flexibles und individuell organisiertes Renteneintrittsalter
31 einsetzen, das sich an der Erwerbsbiographie orientiert. Um der Altersarmut zu entgehen, darf
32 kein faktischer Zwang entstehen, bis 67 oder darüber hinaus zu arbeiten.

33

34 Um die Rentenbezüge zu heben, setzen wir uns für eine **Solidarrente für langjährig**
35 **Beschäftigte** ein. Wir werden weitere Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente
36 anregen und flexiblere Rentenübergänge prüfen.

37

1 **Mut zu Fortschritt und Veränderung: Klima-, Umwelt- und** 2 **Naturschutz für Bayern**

3 4 **Umwelt**

5 **Klimaschutz**

6 Die Klimaerhitzung trifft auch Bayern. Stürme, Starkregen und Hochwasser auf der einen
7 Seite, Wassermangel und Trockenheit auf der anderen Seite sind ernste Alarmzeichen.
8 Wir bekennen uns ohne Abstriche zu den nationalen und internationalen Klimaschutzzielen.
9 Bayern braucht ein verbindliches Klimaschutzgesetz, und das so bald wie möglich.
10 Die Energiewende muss aus Klimaschutzgründen weitergeführt und der Windkraftstopp
11 durch die 10-H-Regelung aufgehoben werden. Im Bereich Verkehr steht das Flächenland
12 Bayern beim Ausstoß von Klimagasen besonders schlecht da. Deswegen brauchen wir eine
13 Verkehrswende hin zu einem umweltfreundlichen, bezahlbaren öffentlichen Verkehr, aber
14 auch die Förderung emissionsfreier Fahrzeuge.

15
16 Wir wollen die Renaturierung von Mooren zum Klimaschutz verstärken und beschleunigen.
17 Dazu soll auch neben staatlichen Programmen auch ein freiwilliges Moorprogramm aufgelegt
18 werden.

19 20 **Artenschutz und Biodiversität**

21 Das weltweite Artensterben macht auch vor Bayern nicht halt. Es gefährdet, wie am
22 Insektensterben sichtbar wird, unsere eigenen Lebensgrundlagen. Wir müssen es möglichst
23 schnell stoppen und umkehren.

24 Dazu werden wir eine umweltfreundliche Landwirtschaft fördern, die möglichst wenig Dünger
25 und Spritzmittel einsetzt. Wir wollen einen besseren Schutz und eine stärkere Vernetzung
26 unserer Schutzgebiete. Die Vermeidung von Eingriffen muss Vorrang vor dem Ausgleich
27 haben.

28 Bayern braucht einen dritten Nationalpark, in dem die Natur sich selbst überlassen wird - sei
29 es im Steigerwald oder Spessart zum Schutz alter Laubwälder oder an der Donau für die
30 verbleibenden Auen. Wir wollen mehr Naturwaldreservate und Naturschutz im Wald an.
31 Wir akzeptieren und begrüßen die Wiederkehr früher ausgerotteter und ausgestorbener
32 Tierarten, auch von Beutegreifern wie dem Wolf. Dabei setzen wir auf ein gutes
33 Management. Wir werden Umweltkriminalität, und hierbei vor allem die illegale Tötung streng
34 geschützter Tierarten wie Luchse, hart und effektiv bekämpfen.

35 36 **Landschaftsschutz und Flächenverbrauch**

37 Wir bekennen uns zum Schutz unserer bayerischen Heimat und dem Erhalt unserer Natur-
38 und Kulturlandschaften. Sie dürfen nicht purem Profitdenken geopfert werden.
39 Wir wollen den Flächenverbrauch in Deutschland auf unter 30 Hektar am Tag, und in Bayern
40 auf unter 5 Hektar am Tag begrenzen. Dazu werden wir wirksame Instrumente entwickeln,
41 mit denen sich der Schutz von Landschaft und Natur mit wirtschaftlichen und sozialen
42 Erfordernissen verbinden lässt. Ein wichtiger Grundsatz für uns ist dabei: Innenentwicklung
43 muss Vorrang vor der Erweiterung nach außen haben! Die CSU hat mit der Lockerung des
44 Anbindegebots – dem Gebot, das Gewerbegebiete bisher nur angrenzend an Städte und
45 Gemeinden eingerichtet werden dürfen - die Schleusen für mehr Flächenversiegelung weit
46 aufgemacht: Das werden wir umgehend rückgängig machen!

47 48 **Wasser und Gewässer**

1 Wir wollen sauberes Wasser in öffentlicher Hand und lehnen jegliche Privatisierung der
2 Wasserversorgung strikt ab. Schadstoffe aller Art, Mikroplastik, Pflanzenschutzmittel, Gülle
3 und Nitrat haben nichts im Wasser und in unseren Gewässern verloren. Wir werden alles
4 tun, um ihren Eintrag zu vermindern.

5 Wir fordern die fristgerechte Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Dazu
6 müssen unsere Gewässer für die Fische wieder durchgängig werden. Auch die neue
7 Düngeverordnung muss in Bayern schnell und effektiv umgesetzt werden, um den
8 Nitrateintrag zu vermindern. Wir wollen wieder mehr natürliche Flüsse und Flussauen
9 schaffen. Das dient auch dem natürlichen Hochwasserschutz.

10

11 **Alpen**

12 Die bayerischen Alpen sind eine der letzten großen spektakulären Naturlandschaften in
13 Europa, mit eigener Kultur und Bewirtschaftung. Sie sind aber stark gefährdet durch die
14 Klimaerhitzung, durch immer mehr Verkehr, Freizeitnutzung und Tourismus.

15 Wir bekennen uns zum Schutz der bayerischen Alpen, zu den Zielen der internationalen
16 Alpenkonvention, vor allem zum Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung, und zum
17 bayerischen Alpenplan von 1972. Eingriffe aus Profit-Gründen wie am Riedberger Horn im
18 Oberallgäu lehnen wir strikt ab. Deshalb werden wir die Änderung des Alpenplans
19 rückgängig machen.

20 Wir setzen auf eine Wende hin zu einem klimafreundlichen und nachhaltigen
21 Ganzjahrestourismus. Dafür werden wir auch die Steuermittel einsetzen, mit denen bisher
22 der Ausbau von Schneekanonen subventioniert wird.

23 Wir wollen die Bergland- und Almwirtschaft stark fördern, die wesentlichen Anteil an
24 Schaffung und Erhaltung des einzigartigen Naturraums Alpen hat. Wir werden die
25 Unterstützung dieser Betriebe, je nach der Erschwernis der Bewirtschaftung, massiv
26 ausbauen.

27

28 **Verbraucherschutz**

29

30 Fehlender Wettbewerb, Konzernmacht, Lobbyismus und Intransparenz bringen erhebliche
31 Nachteile für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Im Gegensatz zur derzeitigen
32 Staatsregierung sehen wir den Staat nicht nur in der Pflicht, für Aufklärung und Transparenz
33 zu sorgen, sondern die Verbraucherinnen und Verbraucher auch aktiv zu schützen.

34

35 **Lebensmittelkontrollen**

36 Wir wollen effektive Lebensmittelkontrollen mit ausreichendem, gut ausgestattetem Personal.
37 Verstöße bei Eigenkontrollen der Unternehmen, Versäumnisse bei der Kennzeichnung und
38 Hygienemängel müssen schnell und spürbar sanktioniert werden. Es muss endlich Schluss
39 sein mit bayerischen Ekel- und Gesundheits-Skandalen wie Gammelfleisch, Müller-Brot oder
40 zuletzt Bayern-Ei.

41 Die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen müssen rechtssicher veröffentlicht werden. Wenn
42 es zu keiner Lösung auf Bundesebene kommt, werden wir eine verpflichtende Regelung wie
43 das dänische Smiley-System zur Offenlegung der Lebensmittelhygiene in Betrieben im
44 Freistaat einführen.

45

46 **Kennzeichnung von Lebensmitteln**

47 Wir wollen die Verbraucherinnen und Verbraucher transparent informieren und setzen uns
48 deswegen unter anderem für die Einführung einer Nährwertampel auf Lebensmitteln ein.

1 Außerdem müssen die Art der Tierhaltung, auch in verarbeiteten Produkten, und die
2 Herkunft durch eine gute Kennzeichnung klar erkennbar sein.

3

4 **Diesel**

5 Wir wollen eine Hardware-Nachrüstung von Diesel-Fahrzeugen, die die vorgeschriebenen
6 gesetzlichen Normen trotz Software-Updates nicht einhalten, auf Kosten der Hersteller.

7

8 **Verbraucherschutzorganisationen**

9 Die bayerischen Verbraucherschutzorganisationen müssen weiter finanziell und personell
10 weiter gestärkt werden, auch um im Verbraucherinteresse Musterprozesse gegen Konzerne
11 und Wirtschaftssünder führen zu können.

12

13 **Landwirtschaft**

14

15 Wir erkennen die wirtschaftliche Bedeutung unserer mittelständischen Land- und
16 Forstwirtschaft in Bayern an – jeder siebte Arbeitsplatz hängt von ihr ab!

17

18 Unser Ziel ist der Erhalt einer bäuerlichen und eigentümer*innengeprägten Landwirtschaft,
19 die von ihrer nachhaltigen Wirtschaftsweise leben kann, den ländlichen Raum wirtschaftlich,
20 kulturell und kulturlandschaftlich bereichert und für besondere, von der Gesellschaft
21 eingeforderte Leistungen angemessen entlohnt wird. Hinter allen Entscheidungen im Bereich
22 der Agrarpolitik stehen Menschen, unsere bäuerlichen Familienbetriebe um deren Leistung
23 wir wissen und die wir sehr anerkennen.

24

25 Die sozialdemokratische Agrarpolitik verbunden mit einer verantwortungsvollen Stärkung des
26 ländlichen Raums wird den Bäuerinnen und Bauern eine klare wirtschaftliche Perspektive für
27 die künftigen Generationen ermöglichen.

28

29 Landwirtschaft muss aber das Erzeugen von **gesunden Lebensmitteln** mit dem Weitblick
30 verbinden, dass nur **eine Produktionsweise, die Wasser, Boden, Klima, Insekten schützt**
31 und das **Tierwohl** im Blick hat, als nachhaltig zu bezeichnen ist und Zukunft hat.

32

33 **Glyphosat und Neonicotinoide**

34 Sie sind die größten Feinde unserer Bestäuber, der Honigbienen und Wildbienen. Wir setzen
35 uns für eine Landwirtschaft ohne Pestizideinsatz ein.

36 Keine weitere Monopolisierung der Pflanzenzucht - Fortschritte in der Pflanzenzucht tragen
37 wesentlich **zur Erhaltung der Biodiversität** und einer umweltfreundlichen und nachhaltigen
38 Landwirtschaft bei. Wir lehnen Patente auf Pflanzen und Tiere, die anhand im Wesentlichen
39 biologischer Verfahren gezüchtet werden, ab.

40

41 **Gentechnik und Klonen:**

42 Für uns bleibt klar: Keine Gentechnik auf unseren Äckern, dies gilt auch für gentechnisch
43 veränderte Organismen, welche mittels neuer Züchtungstechniken wie CRISPR/Cas9
44 erzeugt wurden. „Grüne Gentechnik“ und Klonen lehnen wir ab. Die sogenannten neuen
45 Züchtungsmethoden müssen rechtlich im Bereich der Gentechnik eingeordnet werden.

46

47 **Gewässerschutz**

48 Ein Grünstreifen entlang von Gewässern wird dazu beitragen, die Gewässerqualität
49 dauerhaft zu verbessern.

1 Die Novellierung der Düngeverordnung war ein richtiger Schritt, nun kommt es auf die
2 Ausgestaltung und Kontrolle an. Besonders in belasteten Gebieten muss schnell gehandelt
3 werden, hier müssen die Nitratüberschüsse konsequent vermindert werden.

4 5 **Keine Konzentration in der Landwirtschaft**

6 Scheinbar unaufhaltsam konzentriert sich die europäische/deutsche/bayerische Agrarfläche
7 in den Händen immer weniger landwirtschaftlicher Großbetriebe oder
8 außerlandwirtschaftlicher Konzerne. Wir arbeiten aktiv gegen diesen Konzentrationsprozess
9 durch einen veränderten Förderrahmen, Steuerprogramme und eine zielgerichtete
10 Durchsetzung bestehender Gesetze.

11 12 **Märkte für Lebensmittel**

13 Die Krisen auf den Märkten für Lebensmittel treten immer häufiger zu Tage – bisherige
14 Mechanismen zur Stützung, wie die Intervention, sind keine nachhaltige Lösung und
15 belasten die Märkte in der dritten Welt – wir müssen Kriseninstrumente entwickeln, die die
16 Erzeugung drosseln und die Verhandlungsmacht der Lebensmittelkonzerne beschneidet!

17 18 **Ökolandbau**

19 Wir werden den ökolandbau auf 20 Prozent der Landesagrarfläche ausbauen. Neben der
20 stärkeren Förderung der Betriebe wollen wir die Bildungsangebote ausbauen, die Forschung
21 und Beratung intensivieren und die Vermarktung bayerischer Bioprodukte aus einem Guss
22 flächendeckend fördern.

23 24 **Pestizide**

25 Wir brauchen eine bayerische Pestizidminimierungsstrategie – die alleinige Diskussion um
26 Glyphosat reicht nicht aus, um den Artenschwund zu stoppen. Wir werden die
27 Umweltbelastungen durch Pestizide effizient minimieren, beispielsweise durch eine
28 Förderung von sinnvollen Fruchtfolgen, dem Verbot von hochgiftigen Insektengiften und
29 hochgradig wassergefährdenden Substanzen.

30 31 **Agrarumweltmaßnahmen**

32 Wir werden den konsequenten Ausbau von Agrarumweltmaßnahmen vollziehen. Entgegen
33 der Förderung mit der Gießkanne nach Fläche, die aktuell vorherrscht, werden hier
34 Gemeinwohlleistungen honoriert. Die Agrarpolitik muss sich hier konsequent neu aufstellen.

35 36 **Bodenschutz**

37 Nur intakte und fruchtbare Böden verhindern die Auswaschung von Nährstoffen und
38 gewährleisten hohe Erträge ohne Überdüngung. Aus diesem Grund werden wir eine
39 Humusstrategie für Bayern starten, die unsere Böden nachhaltig stärkt.

40 41 **Privilegien für Agrarindustrie abschaffen**

42 Wir werden extrem große Stallbauvorhaben aus der Privilegierung im Baugesetzbuch
43 herausnehmen, so dass diese Vorhaben künftig nur noch mit der Zustimmung der
44 Bevölkerung beziehungsweise der Kommune vor Ort ermöglicht werden können.

45 46 **Klima- und weltgerechte Wald- und Jagdpolitik,**

47 Der Wald muss zügig weiter zu klimafestem Mischwald umgebaut werden. Wir werden dafür
48 die Mittel erhöhen und durch eine umwelt- und tierschutzgerechte Jagd die Grundlage für

1 eine natürliche Waldentwicklung legen. Der Naturschutz im Wald wird ausgebaut, und eine
2 Vielzahl von naturbelassenen Wäldern wird die Biodiversität fördern.

3 4 **Darüber hinaus:**

5 **Gemeinsame Europäische Agrarpolitik**

6 Wir werden aktiv mitwirken bei der Neugestaltung der Gemeinsamen Europäischen
7 Agrarpolitik (GAP).

8 9 **Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen**

10 Wir wollen Gemeinwohlleistungen wie z.B. Klimaschutz honorieren und nicht bloßen
11 Flächenbesitz bezuschussen.

12 13 **EU-Strategie für Futtereisweiß**

14 Kein Import mehr ohne lückenlose Einhaltung von ökologischen und sozialen
15 Nachhaltigkeitskriterien - Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft in ganz Europa, denn
16 diese Produktionsweise schützt die natürlichen Lebensgrundlagen am besten.

17 18 **Nachhaltige europäische Landwirtschaft**

19 Wir werden für eine nachhaltige Landwirtschaft eintreten, die der kleinbäuerlichen
20 Landwirtschaft in Drittstaaten durch Exportorientiertheit nicht schadet. Europäische
21 Dumpingprodukte (wie etwa Milchpulver oder Hühnerfleisch) zerstören afrikanische Märkte
22 und die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Afrika.

23 24 **Generationswechsel auf den landwirtschaftlichen Betrieben**

25 Mit einer Förderung von jungen Landwirt*innen und der Möglichkeiten einer attraktiven
26 Ausbildung wollen wir das Durchschnittsalter der Betriebsleiter in der Landwirtschaft senken
27 und so die mittelständische Struktur auf Dauer sichern!

28 29 **Tierschutz**

30 31 **Tierversuche**

32 Knapp 400.000 Tiere wurden im Jahr 2014 verwendet, oftmals ohne zwingenden Grund. Wir
33 werden ein Kompetenzzentrum für Ersatzverfahren zum Tierversuch installieren und die
34 universitäre Forschung ausbauen, damit dieses Tierleid so schnell wie möglich beendet wird!

35 36 **Tierwohl in der Nutztierhaltung**

37 Wir werden Maßnahmen, die das Tierwohl nachhaltig verbessern, stärker fördern. Wir wollen
38 die Landwirtschaft bei ihren Anstrengungen unterstützen und werden die gesetzlichen
39 Vorgaben für alle Nutztiere überprüfen. Das Töten männlicher Eintagsküken beispielsweise
40 muss umgehend unterbunden werden! Eine verpflichtende Kennzeichnung der
41 Tierhaltungsform wird das Tierwohl in Bayern enorm vorantreiben!

42 43 **Tiertransporte**

44 Die **Transportdauer in Europa für Lebewesen darf maximal 8 Stunden betragen**. Dies
45 muss für Zuchttiere ebenso gelten wie für Schlachttiere. Für uns gilt: Transport von Fleisch
46 statt Schlachttieren, von Samen statt Zuchttieren. Auch wollen wir in den Ruhezeiten
47 für eine bessere Versorgung der Tiere eintreten und die Kontrolldichte drastisch erhöhen

48 49 **Förderung bayerischer Tierschutzvereine /Tierheime**

1 Aktuell stehen viele Tierheime vor dem Aus – veraltete bauliche Anlagen, neue Vorschriften
2 für die Quarantäne oder der zunehmende illegale Tierhandel sind nur einige Probleme, die
3 unsere Tierheime in Ihrer Existenz gefährden. Wir werden umgehend eine
4 Investitionsförderung für Tierheime und einen Notfallfonds für besondere Ereignisse
5 installieren, um die Situation zu entschärfen. Außerdem werden wir die Kastration
6 freilebender Katzen fördern, um dieses Tierleid zu vermindern.

7

8 **Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen**

9 Wir werden ein gesetzlich festgelegtes Verbandsklagerecht für anerkannte
10 Tierschutzorganisationen schaffen, das den anerkannten Verbänden ein Klagerecht
11 einräumt. Dies ist bereits in vielen Bundesländern erfolgreiche Praxis und stärkt den
12 Tierschutz!

13

14

1 **Bayern der Zukunft: In wirtschaftliche Entwicklung investieren,** 2 **Rahmenbedingungen sicherstellen**

3 4 **Wirtschaft**

5 Der Art. 151 der Bayerischen Verfassung besagt: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient
6 dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für
7 alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“

8 Dieser über 70 Jahre alte Grundsatz ist nach wie vor unsere Richtschnur in der
9 Wirtschaftspolitik

10 Das heißt: wir stehen für gute wirtschaftliche Entwicklung in Bayern, mit guter Arbeit und
11 einer fairen Verteilung der Wertschöpfung. Auf dieser Grundlage stehen wir für die weiter
12 erfolgreiche Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit in Bayern.
13 Die Betonung der Digitalisierungspolitik in Bayern macht den Standort Bayern attraktiv.
14 Daher ist es unser Ziel, durch Innovationen, Investitionen und Planungssicherheit die
15 bayerische Wirtschaft zu unterstützen und neue Investoren zu generieren.

16 Wir wollen die unternehmerischen und individuellen Leistungspotenziale in all ihren Facetten
17 fordern und fördern. Dafür möchten wir die entsprechenden Instrumente – vom
18 Förderprogramm bis zum Wachstumskapital zugänglich machen. Viele alteingesessene
19 Betriebe sowie Global Player, Hidden Champions, Gründer*innen und Start-ups setzen auf
20 diese Rahmenbedingungen in Bayern.

21 Wir werden dafür

- 22 • Die regionale Strukturpolitik des Freistaats stärken. Das Gefälle zwischen
23 Metropolregionen und ländlichem Raum nimmt immer mehr zu, hier muss der
24 Freistaat aktiv gegensteuern und gerade im Bereich Infrastruktur gezielte
25 Investitionen setzen.
26
- 27 • Wieder eine bayerische Industriepolitik einführen, die sich um Ansiedlung und Erhalt
28 von hochwertigen Arbeitsplätzen in Bayern kümmert.
29
- 30 • Handwerk, Mittelstand und traditionelle Branchen stärken und nicht auf einseitige
31 Konzentration und exportorientierte „Leuchtturmprojekte“ setzen. Denn diese
32 Branchen sind ein zentraler Bestandteil des bayerischen Erfolgs.
33
- 34 • Mit Blick auf die Automobilindustrie eine Landesinitiative für Mobilität starten, die sich
35 mit künftigen Anforderungen an Mobilität befasst. Grundlage dafür ist für uns ein
36 bayerischer Transformationsbeirat, der den Wandel in der Automobilindustrie hin zu
37 neuen Antriebstechnologien berät und gestaltet.
38
- 39 • Maßnahmen zur Fachkräftesicherung einleiten, die sicherstellen, dass gut
40 qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern bleiben oder nach
41 Bayern kommen, um hier in Unternehmen zu arbeiten.
42

- 1 • Gezielte in Forschung und Bildung investieren, damit bayerische Arbeitsplätze
2 zukunftsfähig bleiben und die bayerische Wirtschaft insgesamt gut aufgestellt bleibt.
3 Insbesondere die Zukunftsfelder wie beispielsweise Klimawandel und demografische
4 Entwicklung fördern wir und halten nicht an alten Strukturen fest. Wir legen einen
5 Innovationsfonds auf, der eben diese Forschung unterstützt.
- 6 • die Energiewende nachhaltig gestalten und wirtschaftlich nutzen, statt unkoordiniertes
7 Stückwerk zu produzieren.

8

9 **Digitales**

10

11 Um Digitalisierung möglich zu machen, werden wir alle bayerischen Gewerbegebiete mit Up-
12 und Download- Geschwindigkeiten im Gigabit-Bereich versorgen. Weiterhin werden wir die
13 Versorgung der privaten Haushalte mit Geschwindigkeiten ab 100 Mbit/s erreichen sowie
14 eine flächendeckende Versorgung beim Mobilfunk mit 5 G. Dies setzt voraus, dass die
15 Funklöcher in Bayern geschlossen und auch technische Funklösungen für die bayerisch-
16 tschechischen Grenzregionen erarbeitet werden. Somit kann auch der Ausbau der WLAN-
17 Hotspots weiter vorangetrieben werden, die das Flächenland Bayern noch attraktiver
18 machen.

19

20 Wir wollen, dass die Finanzierung des Ausbaus über einen Fonds geregelt wird. Alle
21 Anbieter von Telekommunikationsdiensten zahlen nach Höhe ihres Umsatzes ein. Sollte es
22 auf Bundesebene nicht zu einer solchen Regelung kommen, streben wir eine bayerische
23 Lösung auf dieser Grundlage an. Der Ausbau wird dann von einer landeseigenen
24 Netzgesellschaft übernommen. So entstehen keine weiteren Verzögerungen durch
25 Ausschreibungen. Wir zeigen als einzige Partei einen Weg zur flächendeckenden
26 Versorgung mit breitbandigem Internet für alle auf. Die bisherige Kombination von privaten
27 Investitionen mit öffentlicher Förderung in Milliardenhöhe hat sich als bürokratisch, ineffizient
28 und teuer erwiesen. Diesen Weg werden wir nicht fortsetzen.

29

30 Darüber hinaus wird es in allen Lebensbereichen und politischen Ressorts durch die
31 Digitalisierung einschneidende Umbrüche geben. Die Einrichtung des Zentrums
32 Digitalisierung. Bayern (ZDB) im Sommer 2015 war daher überaus wichtig. Wir möchten
33 aber eine noch bessere Verflechtung der Themenplattformen (unterschiedliche
34 Forschungsakteure auf einem thematischen Arbeitsgebiet zusammenführen) in alle
35 Landesteile Bayerns schaffen und messbare Zielsetzungen vorgeben. Die Arbeit des ZDB
36 und das digitale Ziel Bayerns müssen überprüfbar gemacht und verbessert werden. Gleiches
37 gilt für die entsprechenden technologieorientierten Förderprogramme. Die Digitalisierung
38 unterliegt rasanten Innovationszyklen, die sich in den Förderprogrammen widerspiegeln
39 müssen. Hierfür braucht Bayern eine Digitalisierungsstrategie aus einem Guss. Deshalb
40 werden wir darauf hinwirken eine Stabsstelle „Digitalisierung“ in der Staatskanzlei
41 einzurichten.

42 Die digitale Arbeit fordert sozial gestaltete Rahmenbedingungen für Arbeit 4.0. Daher sind
43 klare Regelungen für die Zusammenarbeit zwischen Mensch und Maschine, dem Einsatz
44 von Robotik, der Flexibilisierung, Anpassung und dem Schutz der Arbeitszeiten, dem
45 Datenschutz und die ökonomisch sinnvolle Gestaltung von Betriebs- und Arbeitsformen und
46 die soziale Absicherung in der digitalen Arbeitswelt unausweichlich. Ziel ist es, Ergebnisse

1 des Dialogforums „Leben und Arbeiten 4.0“ in gesetzliche Rahmenbestimmungen einfließen
2 zu lassen. „Lebenslanges Lernen“ muss stärker in den Fokus rücken. Dies gilt auch für die
3 Generation der Digital Natives.

4 Schlussendlich setzten wir uns auf Bundesebene auch weiterhin für die gesetzliche
5 Verankerung der Netzneutralität ein, um die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen
6 Wirtschaft zu erhalten

7 **Energie**

8

9 Wir wollen möglichst schnell, spätestens bis 2035, die Energieversorgung Bayerns zu 100
10 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen erreichen. Dies werden wir bei für die Menschen
11 wie die bayerische Wirtschaft bezahlbaren Energiekosten erreichen, indem wir die Potentiale
12 Bayerns für erneuerbare Energien optimal nutzen, die Energieeffizienz steigern, die
13 Stromnetze im notwendigen Umfang ausbauen und die Forschung in innovative
14 Technologien (alternative Antriebe und Mobilität, Strom- und Wärmespeicherung etc.)
15 intensivieren.

16

17 Wir werden die Nutzungsmöglichkeiten erneuerbarer Energien verbessern, insbesondere
18 auch über die Landesplanung. Dazu gehört die Abschaffung der 10-H-Regelung bei der
19 Windkraft. Über das Landesentwicklungsprogramm und die Regionalpläne sollen Vorrang-
20 und Vorbehaltsgebiete für Erneuerbare Energiequellen (Wind, Wasser, Solar, Geothermie)
21 ausgewiesen werden, die die Konflikte zwischen optimaler Potentialausnutzung,
22 Siedlungsentwicklung, Naturschutz und Landschaftsbild abwägt und löst.

23

24 Wir werden ein Investitionsförderprogramm für Erneuerbare Energiequellen auflegen, das im
25 Bereich Strom vor allem Stadtwerke und Energiegenossenschaften, beim Bereich Wärme
26 zusätzlich die Kommunen, Wohnungsbauunternehmen und Gewerbenetzwerke beim Einsatz
27 entsprechender Technologien unterstützt. Dieses ergänzt das EEG, das KWKG und die
28 Investitionsprogramme des Bundes und der KfW.

29

30 Für einen Übergangszeitraum werden noch fossile Energieträger für die Stabilität des
31 Stromnetzes und die Wärme- bzw. Kälteversorgung benötigt werden. Dazu wollen wir auf
32 Gaskraftwerke (möglichst in Strom- und Wärmekombination) setzen und den Betrieb von
33 Kohlekraftwerken beenden. Einen Neubau von Kraftwerken dieser Art lehnen wir ab.

34

35 Mit Blick auf die Energiekosten müssen die hohen Potentiale Norddeutschlands bei
36 erneuerbaren Energien auch für Bayern erschlossen werden. Deshalb ist ein Ausbau der
37 Stromnetze notwendig. Wir werden ihn aber durch das optimale Nutzen bayerischer
38 Potentiale und eine bessere Engpassbewirtschaftung auf das notwendige. Auch die
39 Kooperation mit Österreich und anderen europäischen Nachbarn wollen wir ausbauen.

40

41 Wir wollen die Einsparpotentiale im Gebäudebestand heben. Dazu wird der Freistaat bei
42 eigenen Neubauten möglichst den Energie-Plus-Standard (mindestens Passivhausstandard)
43 nutzen und über Förderprogramme wie auch die bayerische Bauordnung entsprechende
44 Anreize und Vorgaben für kommunale und private Bauvorhaben setzen. In der
45 Wohnungsbauförderung werden wir Kostengrenzen und Fördersätze an die Kosten der
46 Effizienzstandards anpassen. Wir werden ein Sonderförderprogramm für die energetische

1 Sanierung von Wohn- und Gewerbequartieren auflegen, das insbesondere die Wärme- bzw.
2 Kälteversorgung als Kombination von erneuerbaren Energiequellen mit Wärmespeicherung
3 fördert. Das Förderprogramm im Wohnungsbau wird die Umlagefähigkeit von Kosten
4 energetischer Sanierung auf die Miete beschränken.

5
6 Wir werden ein Sonderförderprogramm für die energetische Sanierung von privatem
7 Wohnraum in ländlichen Gebieten auflegen, da dort die negative Wertentwicklung der
8 Gebäude die Kosten der Sanierung bei weitem nicht trägt.

9
10 Wir werden die Forschungsförderung für die Energiewende (u.a. Netzmanagement,
11 Speichertechnologien für Energie und Wärme, neuere Technologien der Energiegewinnung,
12 neue Antriebstechnologien im Verkehr) erheblich aufstocken, ohne dabei die notwendige
13 Grundlagenforschung z.B. im Bereich der Fusionsforschung zu beschränken. Diese
14 Forschungsförderung beinhaltet neben der Technologieforschung auch die Forschung zu
15 sozialen und ökonomischen Ansätzen und Folgen. Hierbei wird die Integration der Sektoren
16 Strom und Wärme einen besonderen Stellenwert einnehmen.

17
18 Wir werden die Energieberatung erheblich ausbauen und die Kommunen dabei unterstützen,
19 Energiekonzepte zu entwickeln und umzusetzen.

20 21 **Infrastruktur und Verkehr**

22
23 Wir brauchen die Verkehrswende, denn Mobilität in Bayern soll bezahlbarer,
24 umweltfreundlicher und digitaler werden. Der Verkehr der Zukunft ist komfortabel,
25 emissionsfrei und gut getaktet. Um der wachsenden Mobilität im Freistaat gerecht zu
26 werden, brauchen wir ein sinnvolles Miteinander der Verkehrsträger, eine optimal
27 ausgebaute Infrastruktur und eine bessere Vernetzung von Bussen und Bahnen. Gerade im
28 ländlichen Raum und bei mobilitätseingeschränkten Menschen gilt für uns: Niemand darf
29 abgehängt werden. Wir setzen uns für eine Schaffung gleicher Lebensverhältnisse im
30 ganzen Land ein. Dazu wollen wir ländliche Räume fördern und Ballungszentren entlasten.
31 Alle Bürger*innen in Bayern müssen im Einzugsbereich eines transparenten und
32 bezahlbaren Tarifverbands sein.

33
34 Die Verkehrswende benötigt eine Stadtplanung, die auf kurze Wege setzt:
35 Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeitgestaltung sollen möglichst so zusammenrücken,
36 dass die Wege leicht mit dem Fahrrad, zu Fuß oder dem ÖPNV zurückgelegt werden
37 können. Siedlungen müssen sich in angemessener städtebaulicher Dichte entlang von
38 Achsen orientieren, die mit dem ÖPNV erschlossen werden können.

39
40 Wir treten für eine Mobilitätswende, die einen emissionsfreien Verkehr ermöglicht. Hierzu wird
41 die Elektromobilität entscheidend sein. Elektromobilität muss jedoch über die gesamte
42 Wertschöpfungskette (Automobilhersteller, Zulieferer, Dienstleister, Energiewirtschaft, Handel
43 und Entsorgung) hinweg sozial- und umweltverträglich sein. Hierzu werden wir einen
44 „Transformationsbeirat“ „Rat für den Wandel der Mobilität“ schaffen, an dem Gewerkschaften
45 Kommunen, Umweltverbände und Unternehmen beteiligt werden. Bayern soll zum Vorreiter
46 emissionsfreier Mobilität werden.

47
48 Dabei setzen wir auf einen massiven Ausbau der Schieneninfrastruktur in Bayern. Höhere
49 Investitionen, ein Sonderprogramm von Freistaat und Bund und die Reaktivierung

1 stillgelegter Eisenbahnstrecken sollen mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. Mehr
2 Kapazitäten im Schienengüterverkehr wollen wir mit mehr Verladestationen, teils längeren
3 Ausweichgleisen, verstärktem Kombiverkehr und einer erhöhten Akzeptanz bei der
4 Bevölkerung durch verbesserten Lärmschutz erreichen.
5
6 Damit Nah- und Fernverkehr auf der Schiene für alle Bürger erreichbar wird, wollen wir uns
7 für mehr Direktverbindungen einsetzen und Kommunen finanzielle Möglichkeiten und den
8 Firmen Anreize bieten, um Bahnhöfe bürgerfreundlich und barrierefrei auszubauen. Auch die
9 Sicherheit an Bahnhöfen müssen wir verbessern. Pendler dürfen nicht in überfüllten Zügen
10 stehen und bangen, dass sie pünktlich zur Arbeit kommen. Wir benötigen einen schnelleren
11 Ausbau der Schieneninfrastruktur. Um die Schiene zu stärken, sollen 70 Prozent des
12 bayerischen Schienennetzes bis 2025 elektrifiziert sein. Wir brauchen mehr Landesmittel für
13 mehr Investitionen in den Öffentlichen Nahverkehr.

14 Wir sorgen für gute Arbeit im ÖPNV. Bayern ist bislang das einzige Bundesland, in dem es
15 noch kein Tariftreue- und Vergabegesetz gibt. Wir fordern, dass ein Unternehmen nach
16 Gewinn einer Streckenausschreibung die Mitarbeiter*innen zu den bisherigen Konditionen
17 übernehmen muss. Diese Regelung für die Beschäftigten bei Ausschreibungen im SPNV
18 und der Busbranche soll gewährleisten, dass Fachkräfte in Bayern nicht auf der Strecke
19 bleiben.
20

21 Um Bahn und Bus als umweltfreundliche und sichere Alternative für alle Bürger zu
22 etablieren, müssen Fahrpreise erschwinglich und Tarifverbünde umfassend sein. Eine enge
23 Zusammenarbeit öffentlicher und privater Verkehrsunternehmen mit den Kommunen, höhere
24 Zuschüsse des Freistaats für CO2-freie Busse und interkommunale Linien sind dafür die
25 Basis. Wir werden die ÖPNV-Förderung so ausgestalten und mit Finanzmitteln ausstatten,
26 dass überall in Bayern ein verlässlicher, attraktiver Busverkehr angeboten wird. Wir wollen
27 zudem die Elektromobilität in Bayern deutlich voranbringen.
28

29 Wir wollen in Kooperation mit der Wirtschaft Möglichkeiten schaffen, um lange Pendlerwege
30 zu vermeiden. Gerade in Ballungszentren muss das Fahrrad künftig eine größere Rolle
31 spielen: Neben dem Ausbau von Park + Ride Parkplätzen möchten wir sichere
32 Abstellanlagen an Bahnhöfen und Knotenpunkten, sichere und vor allem mehr Radwege und
33 kreuzungsfreie Schnellwege.
34

35 Unsere Staatsstraßen müssen sicher befahrbar bleiben und sinnvoll saniert und ausgebaut
36 werden. Derzeit sind bayernweit etwa ein Drittel der Straßen sanierungsbedürftig, in
37 manchen Regionen sogar 40 Prozent. Um diesen Missstand zu beheben, wollen wir
38 Bauämter mit neuen Planstellen stärken und für mehr Transparenz bei der Finanzierung
39 sorgen. Jede Straßen- und Brückenbaumaßnahmen soll zudem die Nutzung für möglichst
40 viele Verkehrsteilnehmer verbessern, zum Beispiel durch Radwege, Gehsteige und
41 Parkzonen.
42

43 Wir setzen uns für einen besseren Schutz vor Fluglärm ein. Durch geeignete Maßnahmen
44 zur Förderung des Schienenverkehrs wollen wir zudem erreichen, dass Kurstreckenflüge,
45 derzeit rund ein Viertel aller Flüge, auf die umweltverträglichere Schiene verlagert werden.
46 Wir sprechen uns deutlich gegen eine Umwandlung der Flughafen München GmbH in eine
47 Aktiengesellschaft aus. Außerdem sind wir weiterhin gegen die dritte Startbahn.
48

1 **Solide Landesfinanzen**

2 Solide Landesfinanzen sind die Grundlage für einen handlungs- und leistungsfähigen Staat
3 und für eine gute Politik. Nur eine auskömmliche und gerechte Finanzierung unseres
4 Freistaats Bayern schafft und baut den notwendigen Spielraum für sozial gerechte und
5 ausgeglichene Politik aus und ermöglicht es notwendige Zukunftsinvestitionen zu stemmen.

6 **Dreiklang für eine berechenbare und verlässliche Finanz- und Haushaltspolitik**

7 Unser Dreiklang für eine berechenbare und verlässliche Finanz- und Haushaltspolitik in
8 wirtschaftlich hervorragenden Zeiten, in denen die Steuereinnahmen sprudeln:

9

- 10 • Ausreichend und kräftig in die Zukunft und in soziale Gerechtigkeit investieren
- 11 • den Haushalt ausgeglichen und mit kontinuierlichem Schuldenabbau aufstellen
- 12 • Einnahmeverbesserungen realisieren

13 **In eine gute Zukunft für die Menschen in Bayern investieren**

14 Wir sind uns bewusst, dass nicht alles was wünschenswert ist, auch finanzierbar sein wird,
15 selbst bei einem Staatshaushalt von derzeit über 60 Mrd. Euro jährlich. Deshalb
16 konzentrieren wir uns bei den haushaltspolitischen Schwerpunkten bewusst auf Investitionen
17 in eine gute Zukunft Bayerns auch in den kommenden Jahrzehnten und auf den Aspekt der
18 sozialen Gerechtigkeit.

19

20 **Impulse setzen**

21 Hier werden wir kräftige Impulse setzen und wichtige Weichenstellungen vornehmen, nach
22 verlorenen Jahren des bloßen Verwaltens durch die Staatsregierung. Unser Ziel ist
23 mittelfristig endlich wieder eine Investitionsquote von zumindest 15 % zu erreichen, nachdem
24 sie derzeit bei nur 12,1 % liegt.

25

26 **Kluft zwischen Arm und Reich und innerhalb der Regionen schließen**

27 Die Kluft zwischen Arm und Reich sowohl beim Einkommen wie auch beim Vermögen darf
28 sich nicht, wie bei der derzeitigen Regierung, weiter vergrößern, sondern muss sich wieder
29 verringern.

30 Auch die Kluft der immer weiter auseinanderdriftenden wirtschaftlichen Leistungsstärke und
31 bei der Vergleichbarkeit der Lebensbedingungen zwischen den Regionen in Bayern muss
32 geschlossen werden. Hierfür sind strukturelle Hilfen für schwächere Gebiete vorzusehen.

33

34 **Investitionen anpacken**

35 Notwendig sind in ganz Bayern endlich ausreichend Investitionen aus dem Staatshaushalt in
36 die bayerischen Mittel für den Wohnungsbau, in Bildung, in Kitas, in Gesundheit und Pflege,
37 in die Digitalisierung, den Öffentlichen Personennahverkehr, Schienen- und Radwege aber
38 auch in die öffentliche Sicherheit als eine staatliche Kernaufgabe.

39

40 **Versteckte Verschuldung**

41 Deutlich mehr Geld für Bestandserhaltung und Modernisierung von Verkehrswegen und
42 öffentlichen Einrichtungen wie z.B. Schulen und Schwimmbädern sind ebenso dringend
43 notwendig. Der Oberste Rechnungshof weist in Bayern zu Recht seit langem darauf hin,
44 dass hier ein milliardenschwerer Sanierungsstau besteht, was letztendlich nichts Anderes als
45 versteckte Verschuldung ist. Die bestehende Infrastruktur zu vernachlässigen gefährdet die
46 Zukunftsfähigkeit des Freistaats.

47

48 **Enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Ebenen**

1 Viele dieser Aufgaben können nur in enger Zusammenarbeit mit unseren Städten,
2 Gemeinden, Landkreisen und Bezirken gelöst werden. Auch deshalb ist deren finanzielle
3 Ausstattung durch den Freistaat zu verbessern. Auch ihnen muss es möglich sein
4 ausreichend zu investieren und trotzdem ihre Verschuldung zu reduzieren. U.a. ein
5 kommunales Entschuldungsprogramm wird hier helfen. Wir brauchen starke und
6 leistungsfähige Kommunen.

7

8 **Verschuldung abbauen – Handlungsspielräume für die Zukunft schaffen**

9 In wirtschaftlich guten Zeiten kann und muss die Staatsverschuldung von derzeit über 25
10 Mrd. € abgebaut werden, nicht zuletzt um auch für die Zukunft größere Handlungsspielräume
11 zu schaffen. Ein ausgeglichener Haushalt und Schuldenabbau müssen erreicht werden ohne
12 Zukunftsinvestitionen zu vernachlässigen und Sozialabbau zu betreiben. Schuldenabbau
13 darf niemals Rechtfertigung für unsoziale Politik sein.

14

15 **Effektive und effiziente Erledigung staatlicher Aufgaben**

16 Ein nicht unerhebliches Potential zur Entlastung des Staatshaushalts liegt in effektiveren und
17 effizienteren Erledigung der staatlichen Aufgaben. Beispiele hierfür sind die immer wieder
18 riesigen Kostenüberschreitungen bei staatlichen Bauten in Bayern, aber auch die
19 mangelhafte Kontrolle über den Erfolg und die richtige Verwendung von staatlichen
20 Fördermitteln. Mit einem genauer an den Zielen orientiertem Einsatz der Mitarbeiter*innen
21 kann viel erreicht werden.

22

23 **CSU-Landesbankdebakel – Geld auf Euro und Cent zurückzahlen**

24 Das CSU-Landesbankdebakel von 2008 belastet den Haushalt nach wie vor massiv. Wir
25 bestehen darauf, dass jeder Euro und Cent des entstandenen Milliarden-Schadens von der
26 BayernLB an den Staatshaushalt und damit an die Bürgerinnen und Bürger Bayerns
27 zurückzahlt wird. Hierzu ist ein längerfristiger Tilgungsplan zu vereinbaren. Von den
28 ursprünglich 10 Mrd. € Hilfe des Freistaats sind bisher insgesamt erst 5,5 Mrd. €
29 zurückgeflossen. Hinzu kommt ein Schaden von bisher über 2,5 Mrd. € an Zinsen – und
30 dieser Betrag wächst aktuell noch um über 250 Mio. € pro Jahr an. Die BayernLB wird mit
31 uns weiterhin eine Bank mit öffentlichem Auftrag – aber effektiver Kontrolle – bleiben, eine
32 Privatisierung wird es mit uns nicht geben.

33 Neben der Rückzahlung des Geldes werden wir beim Wohnungsbau darauf achten, dass es
34 Ersatz für die 33.000 GBW-Wohnungen gibt und die 85.000 GBW-Mieterinnen und Mieter
35 nicht über drastisch erhöhte Mieten weiterhin die Zeche für das CSU-Versagen bezahlen
36 müssen. Wir drängen weiterhin auf eine lückenlose Aufklärung des Skandals – insbesondere
37 auch, warum die Staatsregierung die Wohnungen an ein privates Konsortium verscherbelt
38 hat.

39

40 **Staatliche Beteiligungen**

41 Die staatlichen Beteiligungen an Unternehmen in Bayern leisten eine wichtige Arbeit für den
42 Freistaat. Sie verwalten und bewirtschaften große Teile unseres Landeseigentums. Wir
43 werden sie erfolgreich weiterführen und konsequenter als bisher an den Staatszielen und am
44 Gemeinwohl ausrichten.

45

46 **Sparkassen und Genossenschaftsbanken**

47 Regional tätige Finanzinstitute wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind ein
48 Erfolgsmodell und wichtig für viele Menschen und Unternehmen in unserem Land. Sie sind
49 eine wichtige Säule für die Stabilität im Finanzsystem. Wir setzen uns mit ihnen zusammen

1 gegen eine immer mehr ausufernde und sehr teure Regulierung ein. Diese ist bei sog.
2 systemrelevanten Großbanken sinnvoll, gefährdet aber kleinere Institute in ihrem Bestand.

4 **Bayerns Einnahmen sichern – Steuergerechtigkeit im Blick**

5 Wichtig ist es nicht nur auf die Ausgabenseite zu schauen. Für zukunftsfähige Haushalte ist
6 auch die Sicherung einer soliden Einnahmehasis unverzichtbar.

8 **Umfassender Steuervollzug für mehr Steuergerechtigkeit**

9 Wir schaffen einen umfassenden Steuervollzug für mehr Steuergerechtigkeit. Die Einhaltung
10 bestehender steuerlicher Regelungen ist zu überprüfen und Steuerbetrug und –vermeidung
11 sind konsequent zu bekämpfen. Dies kann hunderte von Millionen Euro in die Staatskasse
12 spülen – und das ohne Veränderung heutiger Steuergesetze.
13 Zuerst ist hierzu endlich eine ausreichende personelle Ausstattung der Finanzverwaltung
14 in Bayern nötig. Wir werden es ändern, dass derzeit fast 10 % der Stellen nicht besetzt sind.
15 Die Betriebsprüfung, die „Sonderkommission Schwerer Steuerbetrug“, die „Sondereinheit
16 Zentrale Steueraufsicht“ und das „Internationale Steuerzentrum“ werden wir stärken und
17 ausbauen. Auch die technische Ausstattung werden wir deutlich verbessern.

18 Eine einheitliche Bundesverwaltung ist nicht erforderlich.

19 Der Ankauf und die konsequente Verwendung von sog. „Steuer-CDs“ ist richtig und weiter zu
20 verfolgen.

21 **Steuerfairness**

22 Zu Steuerfairness gehört Steuerhinterziehung, Steuervermeidung, unfairen
23 Steuerwettbewerb und Geldwäsche effizient und unbürokratisch im nationalen, europäischen
24 und internationalen Rahmen zu unterbinden. Steuerschlupflöcher sind zu schließen,
25 deutschlandweite Mindeststandards bei Betriebsprüfungen sind zu vereinbaren, die
26 internationale Zusammenarbeit ist zu verstärken.

27 Tricks zur Umgehung der Grunderwerbssteuer durch raffinierte Firmenkonstruktionen
28 werden wir einen Riegel vorschieben.

29 **Für eine gerechte Unternehmensbesteuerung**

30 Wir unterstützen in der Regierung alle Maßnahmen für eine gerechte
31 Unternehmensbesteuerung in Deutschland, Europa und darüber hinaus. Steueroasen sind
32 trocken zu legen. Wir brauchen eine Vereinheitlichung der Regelungen für eine ermäßigte
33 Besteuerung von Lizenzeinnahmen z. B. bei Apple in Irland und Starbucks in den
34 Niederlanden. Der Gewinn muss auch national dort versteuert werden, wo er erwirtschaftet
35 wird. Bei der Körperschafts- und Gewerbesteuer darf es keine Verschiebungen durch
36 Lizenzmodelle geben. Es muss international eine gemeinsame Grundlage zur Bemessung
37 der Körperschaftssteuer geben.

38 **Finanzpolitik muss kleine und mittlere Einkommen spürbar entlasten**

39 Mit unserer Finanzpolitik setzen wir uns dafür ein, dass kleine und mittlere Einkommen
40 spürbar entlastet werden. Steuersenkungen für die Mitte der Gesellschaft sind in
41 Zusammenarbeit mit dem Bund möglich und geboten. Hinzukommen müssen Entlastungen
42 bei den Sozialabgaben. Bei kleinen Einkommen, deren Steuerbelastung schon heute sehr
43 gering ist, reichen diese zur Herstellung von Gerechtigkeit nicht aus. Deshalb werden wir auf

1 Landesebene soziale Infrastruktur (Kita, Bildung) in guter Qualität kostenfrei bzw. zu
2 erschwinglichen Preisen (Wohnen) zur Verfügung stellen.

3 **Vermögens- und Erbschaftssteuer**

4 Da starke Schultern mehr tragen können und müssen als Schwache setzen wir uns dafür
5 ein, dass sich die Superreichen mit hohem Vermögen an der Finanzierung wichtiger
6 gesellschaftlicher Aufgaben stärker beteiligen, wie es auch im Grundgesetz und der
7 Bayerischen Verfassung ausdrücklich vorgesehen ist. Deshalb werden wir hohe Vermögen
8 künftig über die Vermögenssteuer oder eine Vermögensabgabe für die Finanzierung unseres
9 Gemeinwohls heranziehen.

10 Daneben setzen wir uns für mehr Gerechtigkeit bei der Besteuerung großer Erbschaften ein.
11 Die hohen Grundstückspreise bei bisher selbst genutztem Wohneigentum werden wir dabei
12 mindernd berücksichtigen. Eine Regionalisierung der Höhe der Erbschaftssteuer auf
13 Länderebene ist ungerecht und wird es mit uns nicht geben.

14

15

1 **Bayern: Sicher leben – Bürgerrechte stärken**

2
3 Die BayernSPD ist stolz auf die maßgeblich von Wilhelm Hoegner stammende Verfassung
4 des Freistaats von 1946. Die Verfassung beschreibt eine freiheitliche Gesellschaft und
5 Werteordnung und ist Richtschnur für unsere Innen- und Rechtspolitik.

6
7 Jede Einschränkung der persönlichen Freiheit und von Grundrechten bedarf der
8 Rechtfertigung und muss auf Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit geprüft und unterlassen
9 werden, wenn sie nicht zwingend erforderlich ist. Freiheit und Sicherheit sind keine
10 Gegensätze, sondern bedingen einander. Sozialdemokratische Innen- und Sicherheitspolitik
11 unterscheidet sich dadurch von den Konservativen, dass wir die Balance zwischen Freiheit
12 und Sicherheit halten wollen indem wir

- 14 • die freiheitliche Bayerische Verfassung endlich umsetzen und behutsam
15 fortentwickeln.
- 16 • die Justiz und den Rechtsstaat stärken statt schwächen.
- 17 • den Justizvollzug personell so ausstatten, dass Resozialisierung gelingen kann.
- 18 • den Menschen Vertrauen und daher Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte
19 ausbauen.
- 20 • die Sicherheit erhöhen und trotzdem die Freiheitsrechte schützen.
- 21 • (den Kampf gegen Rechtsextremismus verstärken)

22 Öffentliche Sicherheit

23
24
25 Der Staat hat die Aufgabe, die Bevölkerung vor Gewalt und Straftaten zu schützen. Das
26 Schutzbedürfnis des Einzelnen und die Sicherheitsinteressen des Staates müssen in einer
27 offenen, freiheitlichen Gesellschaft mit den Grund- und Freiheitsrechten in Übereinklang
28 gebracht werden.

29
30 Wir wollen, dass Bayern das sicherste Bundesland bleibt und treten deshalb seit Jahren für
31 eine **personelle Aufstockung und die bestmögliche technische Ausstattung der Polizei**
32 ein.

33 Trotz vieler Neueinstellungen fehlen an allen Dienststellen sowohl Polizeibeamtinnen und –
34 beamte als auch Tarifbeschäftigte. Die rechnerisch erforderliche Sollstärke wird fast nirgendwo
35 erreicht. Wir treten deshalb für ein Personalkonsolidierungsprogramm ein, wonach die
36 Abgänge durch Ruhestand nicht nur ausgeglichen, sondern um 10 % erhöht werden. Nur so
37 kann die erforderliche Sollstärke erreicht werden und die Polizei überall in Bayern auch auf
38 der Straße sichtbar bleiben und können auch kleine Polizeidienststellen in ländlichen Räumen
39 erhalten und rund um die Uhr besetzt bleiben.

40
41 Die Wiedererrichtung einer eigenen Bayerischen Grenzpolizei sehen wir als Angriff auf die für
42 die Grenzsicherung und -kontrolle zuständige Bundespolizei und in Zeiten der Europäischen
43 Einigung für ein falsches Signal. Die hierfür vorgesehenen Mittel verwenden wir für ein
44 Personalkonsolidierungsprogramm.

45
46 Private Sicherheitsdienste und kommunale Sicherheitswachen können und dürfen die Polizei
47 nicht ersetzen. **Wir sehen die Zunahme der Zahl privater Sicherheitsdienste und die**
48 **Ausweitung von Sicherheitswachen deshalb kritisch.**

1 Die Polizei muss nicht nur Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abwehren,
2 Straftaten ermitteln und aufklären können, sondern auch terroristische Bedrohungen
3 rechtzeitig erkennen und abwehren können. Grundvoraussetzungen hierfür sind motivierte
4 Mitarbeiter*innen, eine dem Stand der Technik entsprechende Ausrüstung und klare und
5 praxistaugliche Rechtsgrundlagen.

6
7 Die durch mehrere Gesetzesänderungen seit dem Jahr 2016 vorgenommene Absenkung der
8 Eingriffsschwelle bei der Gefahrenabwehr durch die neue Kategorie der „drohenden Gefahr“
9 und die Einführung neuer, weitreichender Befugnisse zum Eingriff in Grundrechtspositionen
10 zur Abwehr „drohender Gefahren“ lehnen wir ab, da es keinen Nachweis dafür gibt, dass sie
11 erforderlich sind, um Gefahren wirksam begegnen zu können. Durch die Ausweitung der
12 polizeilichen Tätigkeiten in das Gefahrenvorfeld hinein, kommt es zudem zu
13 Überschneidungen mit den Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz. **Da einzelne**
14 **Regelungen des Polizeiaufgaben-Neuordnungsgesetzes und des Gesetzes zur**
15 **Änderung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes gegen den**
16 **Verhältnismäßigkeits- und Bestimmtheitsgrundsatz verstoßen, werden wir zusammen**
17 **mit der SPD-Landtagsfraktion eine verfassungsgerichtliche Überprüfung in die Wege**
18 **leiten.** Das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz wird von uns ebenfalls kritisch gesehen, weil es
19 Menschen nicht hilft, sondern stigmatisiert und unzulässig in Bürger*innenrechte eingreift.

20
21 Zur öffentlichen Sicherheit gehört auch, die Kriminalität im Internet zu bekämpfen. Hierfür
22 braucht die Polizei nicht nur die bestmögliche technische Ausstattung, sondern auch mehr IT-
23 Fachleute. Wir wollen, dass an den Hochschulen vorhandene Knowhow für die Polizeiarbeit
24 nutzbar machen.

25
26 Wir wollen die **Videoüberwachung** öffentlich zugänglicher Räume mit Augenmaß an
27 tatsächlich gefährlichen, hoch frequentierten Orten und in Massentransportmitteln ausweiten
28 und so das subjektive Sicherheitsempfinden erhöhen, ohne jeden Schritt und Tritt der
29 Bürgerinnen und Bürger überwachen zu wollen.

30
31 Die Polizei darf den Bürgerinnen und Bürgern nicht anonym gegenüberreten. Wir treten
32 deshalb dafür ein, dass Polizeibeamte beim Einsatz in geschlossenen Verbänden durch
33 geeignete Kennzeichen identifizierbar sind. Dies ist auch im Interesse des Ansehens der
34 Polizei.

35
36 Wir verurteilen jegliche Gewalt und Aggressivität gegen Polizeibeamte und Mitarbeiter*innen
37 von Rettungsdiensten und Katastrophenschutzorganisationen und unterstützen die
38 Verschärfung entsprechender Strafandrohungen. Die Wertschätzung der Arbeit der
39 Sicherheitsbehörden muss durch Aufklärung und Imagekampagnen wieder erhöht werden.

40
41 Die Zunahme der Zahl von Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund muss
42 sich auch bei der Polizei widerspiegeln. Die **Stärkung der interkulturellen Kompetenzen der**
43 **Polizei** ist ein wichtiger Beitrag zum Erhalt der öffentlichen Sicherheit.

44
45 Wir wollen das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) zu einem analytischen
46 Informationsdienstleister weiterentwickeln, der tatsächliche und ernsthafte Gefahren für die
47 Demokratie und den Rechtsstaat rechtzeitig erkennt, analysiert und entsprechende
48 Informationen zur Verfügung stellt. Die Arbeit des LfV soll sich auf die Beobachtung und
49 Analyse gewaltorientierter Organisationen und Bestrebungen gegen den freiheitlichen

1 Rechtsstaat beschränken. Wir wollen einen Verfassungsschutz, der als politisches und
2 gesellschaftliches Frühwarnsystem funktioniert und der sich auch des Sachverstands der
3 Extremismusforschung und der Zivilgesellschaft bedient. Wir wollen die parlamentarische
4 Kontrolle des LfV verstärken, dem Beispiel des Bundes folgend auch in Bayern eine*n
5 Verfassungsschutzbeauftragte*n einrichten und das LfV verpflichten, einmal im Jahr öffentlich
6 im Landtag über seine Tätigkeit zu berichten.

7
8 Die Beobachtung von a.i.d.a. der VVN-BDA und sonstiger kritischer, aber auf dem Boden des
9 Grundgesetzes agierender Organisationen wollen wir beenden.

10
11 Polizei und Verfassungsschutz müssen wegen ihrer unterschiedlichen Aufgaben und
12 Befugnisse organisatorisch strikt getrennt bleiben, dürfen und müssen aber
13 zusammenarbeiten.

14 **Katastrophenschutz und Feuerwehr**

15
16 Der Einsatz der vielen Feuerwehrleute und Rettungskräfte ist für die Sicherheit in Bayern
17 unerlässlich. Die meist ehrenamtlich agierenden Retter übernehmen unverzichtbare
18 Aufgaben im Alltag, im Notfall und auch im Katastrophenfall. Mit hauptamtlichen Kräften
19 wären diese Aufgaben aktuell nicht zu leisten.

20
21 Uns ist wichtig, dass die Rettungskräfte bei ihrem Einsatz ausreichend Unterstützung
22 erfahren. Wir wollen, dass Bayern die Ausbildung der Feuerwehrleute besser fördert, sie für
23 den Einsatz besser ausrüstet und den Einsatz der Feuerwehrfrauen und –männer
24 entsprechend würdigt. Der Ausbau der Feuerweherschulen und die Einstellung von mehr
25 Lehrkräften muss konsequent vorangetrieben werden. Ebenso muss die mobile Ausbildung
26 der Feuerwehrleute vor Ort stärkere Förderung erfahren. Wir wollen die Kommunen bei der
27 Finanzierung von Fahrzeugen, Gebäuden und der Ausrüstung von Feuerwehrleuten sowie
28 dem Nachwuchs stärker gezielt unterstützen. Der ehrenamtliche Einsatz der Feuerwehrleute
29 muss stärker honoriert werden, sowohl gesellschaftlich, als auch durch Vergünstigungen und
30 Anreize des Freistaats. Wir wollen außerdem die Feuerwehrmänner und –frauen sowie ihre
31 Familien für den Fall eines Unglücks im Einsatz absichern.

32
33 Wir wollen den Katastrophenschutz endlich finanziell auf eigene Beine stellen. Wir setzen
34 uns für eine Finanzierung des Hochwasser- und Katastrophenschutzes ein, die den
35 Herausforderungen gerecht wird. Rettungskräfte müssen nicht nur gut ausgestattet werden, sie
36 müssen auch im Einsatz unterstützt werden. Die Rettungskräfte dürfen keine Nachteile
37 erfahren, wenn sie im Einsatz sind. Freistellung von der Arbeit, inklusive Lohnfortzahlung,
38 muss neben der Feuerwehr auch THW, Rotem Kreuz und Co. zuteilwerden. Wir machen uns
39 dafür stark, dass dies für alle Rettungskräfte im Einsatz und auch für Ausbildungs- und
40 Übungszeiten gilt.

41 **Die Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit der Justiz stärken**

42
43
44 Eine unabhängig, schnell, qualifiziert und bürgernah arbeitende Justiz ist nicht nur
45 Wesensmerkmal eines freiheitlichen Rechtsstaates, sondern auch ein wichtiger
46 Standortfaktor.

1 An den bayerischen Gerichten und Staatsanwaltschaften wird von Richterinnen und Richtern,
2 Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern und den
3 Mitarbeiter*innen in den Geschäftsstellen hervorragende Arbeit geleistet.

4
5 Wir wollen den Justizstandort Bayern weiter stärken und treten deshalb dafür ein, dass die
6 Personalengpässe an vielen Gerichten sowohl im richterlichen Bereich als auch in den
7 Geschäftsstellen und ganz aktuell in der Verwaltungsgerichtsbarkeit schnellstmöglich
8 behoben werden. Wir legen Wert darauf, dass in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren die
9 Sachleitungsbefugnis bei der Staatsanwaltschaft verbleibt und sorgen deshalb auch wegen
10 der Zunahme neuer Kriminalitätsformen wie cyber-crime für eine bessere personelle
11 Ausstattung der Staatsanwaltschaften.

12
13 Die nach der Auflösung der meisten Zweigstellen der Amtsgerichte noch verbliebenen
14 Gerichtsstandorte müssen erhalten bleiben und alle Gerichtsgebäude schnellstmöglich
15 barrierefrei umgebaut werden.

16 Wir halten an der Selbstständigkeit der Fachgerichtsbarkeiten fest und unterstützen Schritte
17 in Richtung Selbstverwaltung der Justiz. Bis dahin wollen wir die Mitbestimmungs- und
18 Mitwirkungsrechte der Richter und Staatsanwälte stärken. Wie in anderen Bundesländern
19 auch, wollen wir Richterwahlausschüsse einführen und erreichen, dass alle hohen Stellen in
20 der Justiz ausgeschrieben und transparent besetzt werden.

21
22 Wir unterstützen die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und achten hierbei darauf,
23 dass die Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter nicht tangiert, der Datenschutz gewahrt
24 und der Zugang zu den Gerichten nicht erschwert wird. Wir begrüßen die Einführung des
25 elektronischen Rechtsverkehrs, werden bei der Einführung aber insbesondere auf
26 Datenschutz, gutes Funktionieren, Barrierefreiheit und Anwenderfreundlichkeit achten.

27
28 Wir unterstützen Maßnahmen zum Ausbau der freiwilligen außergerichtlichen
29 Streitschlichtung, wollen aber verhindern, dass sich neben den staatlichen Gerichten
30 allmählich eine Paralleljustiz ohne Transparenz und öffentliche Kontrolle etablieren kann.

31
32 Wir treten auch weiterhin für die Schaffung einer voraussetzungslos zugänglichen, möglichst
33 alle Gerichtsbarkeiten umfassenden Rechtsprechungsdatenbank ein.

34 35 **Justizvollzug**

36
37 Der Strafvollzug darf nicht nur als Verwahrung und Teil der Gewährleistung öffentlicher
38 Sicherheit verstanden werden, sondern muss sich daran messen lassen, ob Resozialisierung
39 gelingt oder nicht.

40
41 Grundvoraussetzungen hierfür sind ausreichend und gut qualifizierte Bedienstete im
42 Allgemeinen Vollzugsdienst und den Fachdiensten.

43
44 Wir wollen den Personalnotstand und den Überstundenberg im Justizvollzug schnellstmöglich
45 abbauen. Da immer mehr Gefangene Migrationshintergrund haben, brauchen wir auch mehr
46 Vollzugsbeamte mit entsprechendem Background.

47
48 Therapieangebote für Sexual- und Gewaltstraftäter müssen erweitert und
49 Deradikalisierungsprogramme in den JVs ausgebaut werden.

1
2 Die ärztliche Versorgung in den JVs muss wegen der Tatsachen, dass es immer mehr
3 Gefangene mit Suchtmittelabhängigkeit und alte und pflegebedürftige Gefangene gibt, deutlich
4 verbessert werden. Die äußerst rigide Praxis der Methadonsubstitution in bayerischen
5 Justizvollzugsanstalten wollen wir beenden.

6
7 Zur Vermeidung von Subkulturen in den JVs muss bedürftigen Gefangenen ein Taschengeld
8 für den Einkauf gewährt werden. Da die Gefangenen auf das Leben in Freiheit vorbereitet
9 werden sollen, ist es erforderlich, ihnen den Zugang zum Internet zu ermöglichen, soweit
10 dadurch die Sicherheit in den JVs nicht gefährdet wird.

11 Durch ein größeres Angebot an gemeinnützigen Arbeitsmöglichkeiten wollen wir den Vollzug
12 von Ersatzfreiheitsstrafen so weit als möglich verhindern und dadurch den Justizvollzug
13 entlasten.

14
15 Das Management am Übergang vom Strafvollzug in das Leben in Freiheit wollen wir durch
16 frühzeitige Zusammenarbeit der Sozial- und Jugendhilfebehörden mit den
17 Vollstreckungsbehörden und den Justizvollzugsanstalten deutlich verbessern. Dies werden wir
18 durch eine bessere personelle Ausstattung der Bewährungshilfe gewährleisten.

19
20 Der Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen trägt zur Überbelegung von Justizvollzugsanstalten bei.
21 Wir treten deshalb für die Ausweitung der Projekte „Schwitzen statt Sitzen“ ein, damit der
22 Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen vermieden werden kann.

23
24 **Mehr Demokratie und Transparenz in Bayern**

25
26 Wir stehen für eine lebendige Demokratie auf allen Ebenen, von den Gemeinden bis zum
27 Staat, von den Schulen und Hochschulen bis in die Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen.
28 Wir freuen uns deshalb, dass von den Möglichkeiten von Volksbegehren und Bürgerbegehren
29 in den Gemeinden rege Gebrauch gemacht wird. Wir wollen die Hürden für die Einleitung von
30 Volksbegehren abbauen und setzen uns für die Verankerung von Volksinitiativen in der
31 Bayerischen Verfassung und die Schaffung direktdemokratischer Instrumente auf
32 Bundesebene ein.

33
34 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in den Kommunen müssen noch bürgerfreundlicher
35 werden. Bürgeranträge nach der Gemeinde- und Landkreisordnung wollen wir zu
36 Einwohneranträgen fortentwickeln

37
38 Direkte Demokratie beginnt nicht erst bei Bürgerbegehren und Volksbegehren, sondern bereits
39 bei der Beteiligung an Planungsprozessen für Groß- und Infrastrukturprojekte. Wir wollen,
40 dass Planungen transparent erfolgen, sich die Betroffenen frühzeitig einbringen können und
41 dass die Rechtsschutzmöglichkeiten auch der Natur- und Umweltschutzverbände ausgebaut
42 werden.

43
44 Wir treten für ein Bayerisches Transparenzgesetz nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz ein
45 und werden im neuen Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen und
46 unterstützen darüber hinaus alle Bestrebungen, in den Kommunen und in den Bezirken
47 Transparenz- und Informationsfreiheitssatzungen zu erlassen.

48

1 Für eine offene und tolerante Gesellschaft

2 3 Rechtsextremismus bekämpfen:

4
5 Wir wollen alle vereinsrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um rechtsextremistische
6 Vereinigungen und Netzwerke zu verbieten und prüfen fortlaufend, auf welche extrem
7 rechten Parteien die im Urteil zur NPD entwickelten Kriterien zur Anwendung kommen
8 könnten.

9
10 Die Arbeit des polizeilichen Staatsschutzes, dem bereits jetzt ein umfangreiches
11 nachrichtendienstliches Instrumentarium zur Verfügung steht, muss auf den Bereich der
12 Strafverfolgung und Gefahrenabwehr beschränkt bleiben. Die bisherige Praxis des Einsatzes
13 von V-Leuten wollen wir eindämmen und einer strikten rechtstaatlichen Kontrolle
14 unterwerfen.

15
16 Zur wissenschaftlichen Untersuchung autoritärer Einstellungen und Formen
17 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Bayern sowie der Entwicklung
18 rechtsextremistischer Organisationen, Parteien und Aktivitäten werden wir ein unabhängiges
19 „Demokratie-Institut“ einrichten.

20 21 22 Landesprogramm

23
24 Der beste Schutz für unsere Demokratie sind selbstbewusste Demokratinnen und
25 Demokraten, die für die Werte unserer Verfassung einstehen. Demokratische Erziehung und
26 Demokratisches Engagement müssen gestärkt werden.

27 Wir wollen deshalb mit einem gut ausgestatteten Landesprogramm zur Förderung der
28 Demokratie das gesellschaftliche Engagement und die politische Bildung stärken.

29
30 Vorbild ist für uns das Miteinander öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure im Bereich
31 der Salafismus-Prävention, in denen wichtige Aufgaben an unabhängige, fachlich
32 qualifizierte, zivilgesellschaftliche Träger übertragen wurden.

33
34 Stärkung der Demokratie, Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus sind
35 ressortübergreifende Aufgaben. Deshalb werden wir in der Staatskanzlei eine eigene
36 Stabsstelle zur Koordinierung der Ziele und Maßnahmen des Landesprogramms für
37 Demokratie einrichten.

38
39 Die Förderung der demokratischen Engagements und die politische Bildung kann nicht
40 Aufgabe der Sicherheitsbehörden sein. Der Verfassungsschutz und seine Informationsstelle
41 BIGE haben in der Schule nichts zu suchen.

42
43 Zivilgesellschaftliche Initiativen werden momentan projektbezogen gefördert, was sie von
44 Zeit zu Zeit mit der existentiellen Frage konfrontiert, ob die Projekte auch fortgeführt werden.
45 Wir setzen uns dort, wo es Sinn macht, für einen Übergang in die Regelförderung ein.

46
47 Ausstiegsberatung aus der Rechtsextremen Szene: Die Erfahrung zeigt, dass unabhängige
48 Beratungsstellen deutlich stärker angenommen werden und mehr und bessere Erfolge

1 erzielen. Daher werden wir eine zivilgesellschaftliche Ausstiegsberatung aus der
2 rechtsextremen Szene fördern. Gleiches gilt für die Betreuung von Opfern rechter Gewalt.
3
4 Wir werden ein humanitäres Bleiberecht für Geflüchtete, die in Deutschland Opfer rechter
5 und rassistischer Gewalt werden, auf den Weg bringen.
6 Auch in der Einwanderungsgesellschaft findet sich Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
7 wieder. Wir bekämpfen daher Rassismus und Antisemitismus, egal von wem er kommt. Wir
8 lehnen eine Zusammenarbeit oder einen Dialog – wie ihn die Staatsregierung führte - mit
9 den rechtsextremen Grauen Wölfen und anderen ultranationalistischen und antisemitischen
10 Bewegungen ab.
11
12 Auch für Initiativen wie die BDS-Kampagne (Boycott, Divestment, Sanctions) ist in der
13 Sozialdemokratie kein Platz. Wir fordern hier Städte und Gemeinden auf, BDS-nahen
14 Organisationen keine Räume zur Verfügung zu stellen oder sie sonst wie zu fördern.
15
16 Auch menschenfeindliche Bestrebungen verändern sich und passen sich der Zeit an.
17 Deshalb wollen wir unser Landesprogramm für Demokratie fortlaufend von unabhängigen
18 Wissenschaftlern evaluieren lassen, um frühzeitig die notwendige Weichenstellung
19 vornehmen zu können.
20 Die Sicherheitsbehörden brauchen wissenschaftlichen Input. Die Sicherheitsbehörden sind
21 konsequent fortzubilden, um etwa neue Formen des Antisemitismus zu erkennen.
22
23 Wir werden dem Beispiel anderer Bundesländern folgen und alle Tötungsdelikte mit
24 Hinweisen auf eine extrem rechte Motivation der Täter unabhängig untersuchen lassen und
25 die Opfer und Angehörigen aus den entsprechenden Hilfsfonds unterstützen.
26
27 Seit Jahrzehnten setzt die Bayerische Staatsregierung bei der Beurteilung
28 demokratiefeindlicher Entwicklungen ausschließlich auf die Extremismustheorie. Dies führte
29 zu einigen fatalen Fehleinschätzungen. Die Reichsbürgerbewegung dürfte es nach diesem
30 Erklärungsansatz z.B. eigentlich gar nicht geben. Auch das ist ein Grund für die jahrelange
31 Ignoranz gegenüber der demokratiefeindlichen Radikalisierung in dieser Szene.
32 Deshalb brauchen wir für unsere Sicherheitsbehörden unabhängige wissenschaftliche
33 Unterstützung, die sich nicht ideologisch auf einen einzigen Erklärungsansatz stützt.
34
35 Die Beobachtung der VVN-BdA durch die bayerischen Sicherheitsbehörden werden wir
36 beenden.
37
38 **Reichsbürger:**
39
40 Durch die jahrelange Verharmlosung durch die Staatsregierung konnte sich in Bayern eine
41 große „Reichsbürger*innen“-Szene etablieren, die personell größte in der Bundesrepublik.
42
43 Geworben wurde mit dem Versprechen, keine Abgaben und Bußgelder mehr zahlen zu
44 müssen, Seminare von Multiplikatoren fanden teilweise in gemeindeeigenen Räumlichkeiten
45 statt, es entwickelten sich regelrechte Geschäftszweige rund um die Verkauf von
46 Fantasiedokumente und Papiere. Ein Teil der Szene radikalisierte sich hin zu offener Gewalt
47 gegen den demokratischen Staat und die Mitarbeiter*innen von Polizei und Behörden. Einer
48 sich immer besser vernetzenden Szene standen oftmals alleingelassene Bedienstete

1 gegenüber. Antisemitische Klischee werden in der „Reichsbürger*innen“-Szene bedient und
2 verstärkt.

3

4 Wir fordern deshalb:

5

- 6 • Schluss mit der Verharmlosung durch die Sicherheitsbehörden: Klare Kante gegen
7 die Multiplikatoren des Gedankengutes der „Reichsbürger*innen“-Ideologie und die
8 damit verbundene Geschäftemacherei.
- 9 • Konsequente Entwaffnung der Reichsbürger*innen Szene. Anhänger*innen der
10 Reichsbürgerideologie bieten nicht die nötige Gewähr für eine waffenrechtliche
11 Zuverlässigkeit.
- 12 • Konsequente Beratung und rechtliche Unterstützung der Bediensteten im öffentlichen
13 Dienst, die von Anhänger*innen der Reichsbürgerideologie bedroht werden oder mit
14 finanziellen Forderungen überzogen werden.
- 15 • Hilfe und Fortbildung zum Umgang mit Anhänger*innen der Reichsbürgerideologie für
16 die Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes.
- 17 • Bessere Informationen für die Bevölkerung über die Propaganda-Tricks der Szene
18 und das dahinterstehende demokratiefeindliche Weltbild und Staatsverständnis.

Gleichstellung ist Verfassungsauftrag

Auch hundert Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechtes und knapp 70 Jahre nach der Verankerung im Grundgesetz ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft noch immer nicht verwirklicht. Sie ist weder selbstverständlich noch kommt sie von selbst. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik. Für uns ist Gleichstellungspolitik ein Querschnittsthema, das wir in allen Politikfeldern und auf allen politischen Ebenen einbringen. Gleichstellung ist nicht nur Verfassungsauftrag, sie ist Voraussetzung für ein zukunftsfähiges, modernes und gerechtes Bayern und es liegt an uns, sie weiter voranzubringen.

Deshalb fordern wir:

- Arbeitsleistung endlich unabhängig vom Geschlecht zu bewerten
- Mehr Aufstiegschancen für Frauen zu schaffen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern
- Sexismus offensiv zu bekämpfen
- Einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffenen Frauen
- Öffentliche Mittel geschlechtergerecht zu verteilen
- Mehr Frauen in politische Verantwortung zu bringen

Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt

Frauen sind bei den Bildungsabschlüssen gleichauf mit den Männern oder haben sogar die Nase vorn. Aber weder in ihrer beruflichen Position noch in ihrem Gehalt spiegelt sich diese Leistung wider. Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch fast ein Viertel weniger als Männer.

Ihr Anteil im Niedriglohnssektor und in Minijobs ist überproportional hoch.

Zusätzlich liegt der Einkommensunterschied daran, dass Frauen häufig im sozialen, gesundheitlichen oder pädagogischen Bereich und in Dienstleistungsberufen arbeiten, die schlecht bezahlt sind. Diese Berufe müssen ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend anerkannt und entlohnt werden.

Wir wollen die Beseitigung struktureller Diskriminierungen bei Gremienbesetzungen und bei Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen in Führungspositionen. Der Öffentliche Dienst nimmt dabei eine Vorbildrolle ein. Wir werden Vorstände und Aufsichtsräte der landeseigenen Betriebe paritätisch besetzen. An den Hochschulen streben wir einen Frauenanteil von 50 Prozent der Professuren an. Mit einer Verankerung von Zielquoten bei Promotionen und Habilitationen werden wir den Frauenanteil in diesem Bereich deutlich erhöhen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Für Familie braucht man Zeit. Zum einen einfach nur, um mit dieser zusammen zu sein, zum anderen für die Familienaufgaben, die sie mit sich bringt, sei es die Fürsorgearbeit für Kinder, für pflegebedürftige Angehörige, sei es die Organisation des Alltags wie die Unterstützung bei Hausaufgaben oder der Haushalt. Meist übernehmen Frauen die Familienfürsorgeaufgaben und treten dafür entweder im Job kürzer oder nehmen es in Kauf, fast gänzlich auf ihre eigene Freizeit zu verzichten. So fehlen Frauen mittleren Alters etwa im Ehrenamt. Diese Situation gilt es zu ändern- die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie bildet die Grundvoraussetzung für gleiche Teilhabechancen. Um die

1 Familienfürsorge partnerschaftlich zu verteilen, fordern wir Arbeitszeitmodelle, die es Vätern
2 und Müttern gemeinsam ermöglichen, ihre Kinder zu erziehen, den Haushalt zu managen
3 oder Angehörige zu pflegen und trotzdem den Anschluss im Beruf zu halten und sich hier
4 auch weiterzuentwickeln. Flexible Arbeitszeitmodelle, Home-Office und Führungspositionen
5 in Teilzeit müssen in den Betrieben und Unternehmen, aber auch im Öffentlichen Dienst zur
6 Regel werden und nicht die Ausnahme bilden. Hierfür werden wir Anreize schaffen.

8 **Sexismus offensiv bekämpfen**

9 Sexismus ist allgegenwärtig. Wir dürfen nicht weiter zulassen, dass Frauen in unserer
10 Gesellschaft meist nur auf ihr Äußeres reduziert werden. Jungen Mädchen wird auf diese
11 Weise sehr früh vermittelt, viel Zeit und Geld in ihr Aussehen zu investieren, als
12 Schmuckstück eines Mannes aufzutreten und dabei schön zu sein, aber ja im Hintergrund zu
13 bleiben – nicht zu laut, ja nicht fordernd aufzutreten. Diesen gesellschaftlich verankerten
14 Sexismus wollen wir aufbrechen und durch landesweite Aktionen die Auseinandersetzung
15 mit Sexismus, wie er wirkt und zu was er führen kann, anregen, um ihn Schritt für Schritt
16 überwinden zu können. Damit Freiheit endlich Wirklichkeit wird!

18 **Gewalt gegen Frauen bekämpfen**

19 Jede dritte Frau in Bayern wird in ihrem Leben mindestens einmal Opfer sexualisierter
20 Gewalt. Viele von ihnen sind in der Folge auf ein bedarfsgerechtes Hilfesystem wie etwa
21 Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen angewiesen. Wir sehen darin eine wichtige
22 Aufgabe von Staat und Gesellschaft und fordern einen Rechtsanspruch auf bedarfsgerechte
23 Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen.

24 Wir treten dafür ein, dass Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen die nötige personelle
25 und finanzielle Aufstockung erfahren und eine verlässliche Finanzierung, die nicht von der
26 Kassenlage der Kommunen abhängt, erhalten. Wir fordern eine bundesweit verbindliche
27 Finanzierungsregelung von Frauenhäusern. Sie sind wichtige Zufluchts-, Schutz- und
28 Beratungsstellen bei häuslicher Gewalt.

29 Darüber hinaus werden wir ein flächendeckendes Netz von ambulanten Beratungsstellen,
30 Frauennotrufen und Fachzentren für Frauen nach sexualisierter Gewalterfahrung aufbauen.
31 Diese Frauennotrufe leisten wertvolle Arbeit und benötigen planbare Regelfinanzierung von
32 Fachpersonal in den Städten und besonders im ländlichen Raum.

34 **Geschlechtergerechte Gestaltung öffentlicher Haushalte**

35 Die geschlechtergerechte Gestaltung von öffentlichen Haushalten (Gender Budgeting) dient
36 der Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen, deshalb werden wir dies in allen
37 Haushaltsplanungen und -steuerungen Schritt für Schritt umsetzen.

38 Als Einstieg für eine systematische Umsetzung werden wir umgehend Pilotprojekte in
39 verschiedenen Ministerien realisieren. Im Anschluss werden wir schrittweise in allen
40 Bereichen der Landesverwaltung eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung und -
41 steuerung verwirklichen. Wir werden uns dafür einsetzen, das europäische Ziel – Gender
42 Budgeting auf allen Ebenen – umzusetzen.

44 **Mehr Frauen in politischer Verantwortung**

45 Die paritätische Wählbarkeit von Frauen ist die Voraussetzung für die gerechte Vertretung
46 und Durchsetzung der politischen Belange und Interessen aller Bürgerinnen und Bürger.
47 Ohne gleichberechtigte Parlamente keine gleichberechtigte Gesetzgebung und keine
48 gleichberechtigte Gesellschaft. Dafür wollen wir uns mit der Frage der Umsetzung der Parité
49 im Wahlgesetz auseinandersetzen und eine Enquete-Kommission einsetzen

1 **Queeres Bayern**

2 Für die bayerische Sozialdemokratie ist es selbstverständlich, dass Menschen nicht wegen
3 ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität benachteiligt werden dürfen. Queere
4 Lebensweisen, egal ob es hierbei um Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente, Transgender
5 oder Intersexuelle (LSBTTI) handelt, sind Teil unserer gesellschaftlichen Gemeinschaft. Die
6 Würde aller Menschen zu anzuerkennen und vor Ausgrenzung, Diskriminierung, Isolation und
7 Gewalt zu schützen, ist Aufgabe und Herausforderung einer sozialdemokratisch geführten
8 bayerischen Staatsregierung.

9

10 **Landesaktionsplan gegen Diskriminierung, Homo-, Trans- und Interphobie**

11

12 Die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen stellt für uns eine wichtige
13 Querschnittsaufgabe dar, welche wir durch eine gezielte Förderung der Akzeptanz in einer
14 landesweiten Kampagne entwickeln möchten. Durch die gemeinsame Erarbeitung eines
15 Landesaktionsplanes werden hierbei in Zusammenarbeit aller Verbände, Initiativen, Vereine,
16 Selbsthilfevereinigungen und Ministerien konkrete Maßnahmen für den Abbau von
17 Diskriminierungen, Homo-, Trans- und Interphobie in Bayern erarbeitet und umgesetzt.
18 Schwerpunkte müssen hier Bildung mit zeitgemäßen altersgerechten Aufklärungskonzepte,
19 im Alter mit einer Identität wertschätzenden Pflege und Begleitung und im Sport mit effektiven
20 Maßnahmen gegen Homo-, Trans- und Interphobie gelegt werden

21

22 **Gesamtbayerische Koordinierungs- und Gleichstellungsstelle für LSBTTI- Fragen**

23

24 Wir werden eine Koordinations- und Gleichstellungsstelle für LSBTTI errichten um eine
25 gesamt-bayerische Anlaufstelle für die Probleme und Fragen rund um das Thema
26 Diskriminierung zu errichten und lokale Organisationen aktiv zu vernetzen.

27

28 **Wandel in den öffentlichen Verwaltungen und Ministerien voranbringen - Vorbild sein**

29

30 Der Freistaat muss Vorbild sein im Umgang mit queeren Mitarbeiter*innen. Deshalb werden
31 wir der Charta der Vielfalt beitreten und in allen Bereichen der Verwaltung und staatlichen
32 Unternehmen queere Mitarbeiter*innengruppen aktiv unterstützen und mit ihnen
33 zusammenarbeiten. Gesetzesentwürfe und Gesetzesvorhaben bundesweit unterstützen und
34 aktiv fördern. Bayern soll nicht mehr Bremser bei Fortschritten in queerer Gesellschaftspolitik
35 sein!

36

37 **Die inklusive Gesellschaft menschenwürdig und sicher gestalten**

38

39 „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ Trotz dieses Grundrechtes werden besonders
40 Menschen mit Behinderung oft in ihrer Würde und Sicherheit angetastet. Der Grundsatz
41 „Niemand darf wegen einer körperlichen, sensorischen, geistigen oder seelischen
42 Beeinträchtigung oder Behinderung von einer menschenwürdigen, gleichberechtigten,
43 selbstständigen und selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt
44 werden.“ bleibt dabei häufig auf der Strecke. Dabei ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung
45 von Beeinträchtigung oder Behinderung betroffen.

46 Wir werden

47

- **Barrieren in den Köpfen abbauen**

48

- **Barrieren Schritt für Schritt beseitigen und Sicherheit schaffen**

- 1 • **inklusive Bildungseinrichtungen ausbauen**
- 2 • **Teilhabe auch für nichterwerbsfähige Menschen mit Behinderung gewährleisten**

3 4 **Barrieren in den Köpfen abbauen**

5 Barrierefreiheit fängt in den Köpfen an. Durch bessere Aufklärung fördern wir das Bewusstsein
6 und die Akzeptanz für die Belange aller Menschen mit Behinderung. Unser erster Schritt: Den
7 pauschalen Wahlrechtsausschluss für Menschen unter Betreuung werden wir abschaffen.

8 **Barrierefreies Leben gleichberechtigt, menschenwürdig und sicher umsetzen**

9 Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen sehen sich täglich vielen Barrieren
10 gegenüber. Um Barrierefreiheit herzustellen, brauchen wir Verkehrsmittel, Straßen, Plätze,
11 Grünanlagen, private und öffentliche Gebäude und Einrichtungen ohne Hindernisse. Die
12 Normen (DIN 18040) müssen bei privatem und öffentlichem Wohnraum, bei Neubauten
13 sowie bei Sanierungsmaßnahmen umgesetzt werden. Passende Hilfsmittel müssen zeitnah
14 dort sein, wo sie gebraucht werden. Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen
15 müssen jederzeit finanzierbare gesundheitliche Vorsorge und Hilfsmittel erhalten die ihren
16 Bedürfnissen angepasst sind. Auch Reisen und Kultur-, Sport- und Freizeitbereichen müssen
17 für alle Menschen mit Behinderungen problemlos möglich sein. Frauen mit Behinderungen
18 sind nicht selten mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt. Wir sehen es als eine besondere
19 gesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung an, besonders Frauen mit Behinderung
20 abzusichern und zu unterstützen. Wir machen Bayern barrierefrei und sicher für alle
21 Menschen.

22 **Ausbau inklusiver Bildung von der Kinderkrippe bis zur beruflichen Aus- und** 23 **Weiterbildung**

24 Inklusiver Unterricht prägt maßgeblich die Persönlichkeit eines Menschen und baut
25 Berührungängste ab. Inklusive Bildung gelingt, wenn ausgebildetes pädagogisches Personal
26 in ausreichender Zahl und fachlich qualifizierte, individuelle Förder- und Therapieangebote
27 vorhanden sind. Inklusive Bildung kennt kein Alter. Von der Kita über die Schulen bis hin zu
28 Hochschulen und lebensbegleitenden Angeboten sorgen wir für gute, Ausstattung, einfachen
29 und unbürokratischen Zugang und gut ausgebildetes Lehrpersonal.

30 **Inklusion muss in der Berufswelt die Norm sein**

31 Jeder Weg in die Berufswelt muss inklusiv gestaltet werden. Dafür müssen förder- und
32 sozialpädagogisch speziell geschulte Ausbilder*innennnen, angepasste Schulungs-, Studien-
33 und Arbeitsplätze, technische Ausstattungen sowie bedarfsgerechte persönliche Assistenzen
34 vorhanden sein. Der Zugang zu Unterstützung muss jederzeit unbürokratisch gewährleistet
35 sein, damit allen Menschen der Einstieg in die reguläre Erwerbsarbeit ermöglicht wird.

36 Bei den meisten Menschen tritt eine Behinderung erst im Laufe ihres Erwerbslebens ein. Für
37 diese bereits berufstätigen Menschen sind vor allem die qualifizierte Umschulung sowie die
38 Schaffung und Anerkennung neuer Berufsbilder wie beispielsweise die „Assistenz für
39 Inklusion“ erforderlich. Da nur anerkannte Berufsbilder förderfähig sind, sehen wir eine
40 Zertifizierung neuer Berufe als wichtige Eingliederungshilfe in den Arbeitsmarkt an.
41 Integrationsfirmen, die einen stressfreien Erst- oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt
42 unterstützen, müssen besonders gefördert werden.

43 **Nicht mehr erwerbsfähige Menschen mit Behinderung müssen gleichberechtigt** 44 **teilhaben können**

1 Viele Menschen mit Beeinträchtigen und Behinderungen können aus gesundheitlichen
2 Gründen nicht arbeiten. Sie leben oftmals knapp am oder unter dem Existenzminimum.
3 Gesundheitliche Vorsorge, viele Hilfsmittel oder eine gesellschaftliche Teilhabe am Leben
4 können sie sich finanziell nicht leisten. Für diese Menschen mit Behinderungen muss das
5 Persönliche Budget jederzeit unbürokratisch abrufbar sein.
6

1 Gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land

2 3 Kommunen und Ländlicher Raum: Gut Leben vor Ort

4
5 Gerechtigkeit bedeutet gleichwertige Lebensverhältnisse und Entwicklungschancen in allen
6 Teilen Bayerns. Deshalb dürfen die Metropolregionen und der ländliche Raum nicht
7 gegeneinander ausgespielt, sondern müssen miteinander entwickelt werden. Denn
8 Leerstand im ländlichen Raum und Wohnungsnot in Ballungszentren sind zwei Seiten ein-
9 und derselben Medaille. Privatisierungen in der Daseinsvorsorge lehnen wir ab. Wir vertreten
10 das Konzept der öffentlichen Verantwortung gegen das Prinzip der Gewinnmaximierung:
11 hohe Qualität, allgemeine flächendeckende Verfügbarkeit, Bezahlbarkeit.

12
13 Gute Politik für ganz Bayern ist machbar:

- 14
15 • Die Wohnungsproblematik muss gelöst werden: Wohnungsbauoffensive für
16 ausreichende und bezahlbare Mietwohnungen in den Ballungsräumen und Konzepte
17 gegen unbewohnte Gebäude in den ländlichen Räumen
- 18 • Der ÖPNV muss ausgebaut und günstiger gestaltet werden - „Bayernweit mobil – auch
19 im ländlichen Raum“
- 20 • Die Kommunen müssen ein bedarfs- und kindergerechtes Angebot an Kita-Plätzen
21 bereitstellen
- 22 • Wir brauchen eine Stadtentwicklung, die sich vor allem auf den Erhalt der
23 Lebensqualität und sinnvolle Flächennutzungskonzepte konzentriert

24 25 **Wir bauen für Bayern**

26
27 Wir drücken beim Wohnungsbau aufs Tempo und gründen eine landesweite
28 Wohnungsbaugesellschaft. Wir sorgen dafür, dass das Heft des Handels bei den Städten und
29 Kommunen bleibt, in dem wir den kommunalen Wohnungsbau stärken.

30
31 Das klappt so:

- 32
33 • Stärkung des **Genossenschaftswesens** durch langfristige, günstige Kredite und die
34 Bereitstellung günstiger Grundstücksflächen.
- 35 • Priorität bei Nachverdichtung und Aufstockung beim Bau neuer Wohnungen, um
36 weitere **Flächenversiegelung zu vermeiden**.
- 37 • Einführung einer **Grundsteuer C** (Spekulationssteuer) um die explodierenden
38 Bodenpreise zu deckeln.
- 39 • Wirksames Vorkaufsrecht für die Kommunen.

40 41 **Wir verbinden Bayern.**

42
43 Mit einem attraktiven öffentlichen Personennahverkehr verbinden wir die Metropolregionen mit
44 dem ländlichen Raum. Dafür werden wir Geld in die Hand nehmen und in die Infrastruktur, in
45 Straße, Schiene, Bus und Bahn investieren. Wir setzen auf ein intelligentes und nachhaltiges
46 Verkehrsnetz, dass flexible Modelle wie Rufbussysteme ebenso integriert, wie Carsharing- und
47 E-Mobilitätskonzepte inklusive der dafür notwendigen flächendeckenden Ladeinfrastruktur.
48 Dadurch eröffnen wir vielen Menschen die Möglichkeit auf dem Land zu leben und in der Stadt

1 zu arbeiten. Das nimmt den Druck auf den Wohnungsmarkt in Ballungsräumen und schont die
2 Umwelt.

3
4 Ein mobiles Bayern gelingt uns so.

- 5
- 6 ▪ ÖPNV-Zuweisungen an Kommunen von 50 Millionen Euro auf 250 Millionen Euro
- 7 jährlich erhöhen.
- 8 ▪ Modellregionen „Mobil im Land – 2023“ (Testphase, Testregionen zu kostenlosen
- 9 ÖPNV, Elektromobilität, Digitalisierung im ÖPNV und Ausbau des Netzes).
- 10 ▪ Bedarfshalte und Bahnhalte im Schienenpersonennahverkehr im ländlichen Raum
- 11 ausbauen.
- 12 ▪ Entwicklung von Mobile-Apps für ländlichen Raum fördern.
- 13 ▪ Mittel für Investitionen in die kommunale Verkehrsinfrastruktur von 333 Millionen auf
- 14 1,5 Milliarden Euro erhöhen. (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)
- 15 „Mobilitätsmilliarde“.
- 16

17 **Wir versorgen Bayern.**

18
19 Vom Allgemeinarzt bis zur Apotheke, vom Breitbandausbau bis zum Bäcker, vom Supermarkt
20 bis zum Sozialtreffpunkt – wir sichern die flächendeckende Grundversorgung in ganz Bayern.
21 Wir stärken die lokalen Initiativen zum Erhalt der Lebensqualität ländlicher Räume und die
22 interkommunale Zusammenarbeit zwischen Städte und Gemeinden. Denn gemeinsam geht
23 besser.

24
25 Grundversorgung für alle klappt so:

- 26
- 27 ▪ Sonderförderprogramm für die Errichtung von Dorf- und Stadtteilläden bzw.
- 28 Förderung von Stadtteilläden und Dorfläden erleichtern
- 29 ▪ Servicestellen Nahversorgung einrichten
- 30 ▪ Ärzt*innen und Apotheken auf dem Land erhalten
- 31 ▪ Die Bezahlung in den Kommunen muss wettbewerbsfähig mit der in der Wirtschaft sein

32 **Wir stärken die Regionen**

33
34 Bayern ist schön und vielfältig. Millionen Menschen machen hier gerne Urlaub. Jede Region
35 hat ihre Besonderheiten und Schönheiten und eine einzigartige Kulturlandschaft. Wir wollen,
36 dass das so bleibt. Wir schützen unsere Kulturlandschaften vor Zersiedelung und zu hohem
37 Flächenverbrauch. Wir wagen weniger Zentralismus und mehr Regionalität. Weil man
38 Probleme am besten vor Ort löst, geben wir unseren Städten und Gemeinden mehr finanziellen
39 Handlungs- und Gestaltungsspielraum.

40
41 Regionen stärken klappt so:

- 42
- 43 ▪ Regional- und Strukturförderung planbar gestalten
- 44 ▪ Verbundquote erhöhen
- 45 ▪ Mehr Mittel für Räume mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH)
- 46 ▪ LEADER-Kürzung zurücknehmen
- 47 ▪ Ausweitung des Programms Soziale Stadt
- 48 ▪ mehr Personal für die Regierungen und Ämter für ländliche Entwicklung.

- 1 ▪ Entwicklung der Städte und Gemeinde am Erhalt der Lebensqualität in Bayern
- 2 orientieren.
- 3 ▪ Reform des Landesentwicklungsprogramms (LEP)
- 4 ▪ Erstellung von Flächennutzungskonzepten
- 5 ▪ Schnellere Umsetzung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

6 **Bezirke als dritte kommunale Ebene stärken**

7 Die Wiedereinrichtung demokratisch verfasster Bezirke als dritte Ebene der kommunalen
8 Selbstverwaltung war eine Forderung der BayernSPD nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir
9 stehen auch weiterhin zu den Bezirken und zur Tätigkeit unserer Bezirkstage als Bindeglied
10 zwischen Verwaltung und Bürger.

11 Wir fordern weiterhin ein Bezirkswahlrecht für EU-Bürgerinnen und Bürger. Bisher können sich
12 Bürger aus EU-Staaten zwar an Kommunalwahlen beteiligen. Ein Bezirkswahlrecht ist ihnen
13 aber verwehrt. Wir wollen die Bezirke als dritte kommunale Ebene wahlrechtlich der
14 kommunalen Familien gleichstellen.

15
16 Die Bezirke leisten gute Arbeit für eine moderne, humane und dezentrale psychiatrische
17 Versorgung im Freistaat. Bestrebungen zur Privatisierung von Einrichtungen des Bezirks
18 lehnen wir entschieden ab.

19

20 **Europapolitik: Denn Bayern ist mittendrin**

21 Bayern ist die größte Region im Herzen Europas. Wir Sozialdemokrat*innen wissen: Bayern
22 kann nur mit Europa und nicht gegen Europa erfolgreich sein, denn Bayern ist ein großer
23 Profiteur des europäischen Binnenmarkts und des Euro. Der Export – gerade in unsere
24 Nachbarländer – nimmt in Bayern eine zentrale Stellung ein. Ein starkes Europa ist wichtig für
25 ein starkes Bayern. Wir setzen uns daher für Solidarität in Europa ein, weil diese auch den
26 Menschen in Bayern hilft. Was wir wollen ist ein stärkeres Europa – und das geht nur mit einem
27 sozialeren Europa:

- 28 • europäische Richtlinien für Arbeitszeit, Schutz der Leiharbeiter*innen und
- 29 Regulierung bei Werkverträgen
- 30 • kleine und mittlere Unternehmen durch Nutzung der Struktur- und Sozialfonds stärken
- 31 und ihnen schnelle und unbürokratische Zugänge zu Fördermitteln ermöglichen.
- 32 • dafür sorgen, dass auch weiterhin Gelder aus den Sozial- und Strukturfonds der
- 33 Europäischen Union nach Bayern fließen und hier sinnvoll verwendet werden. Die
- 34 Förderung wollen wir transparenter und einfacher gestalten.